Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 170 26. März 1977

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 (!) Uhr



Seite 1 : *Aufruf zu Aktionen gegen Wanzen und Staasschutz / Erklärung über geheime Manipulationen in ZUsammenhang mit dem Tod Ulrike Meinhofs / Zwei Mitglieder des Gefangenenrats wieder in Freiheit / Veranstaltung zu Ehrengerichtsverfahren gegen linke Anwälte / ''Unternehmen Entebbe'abgesetzt*

frankfurt	FANTOMAS — eine rezension	2
köln	prozeßbericht zu roland otto und karl-heinz roth	4
schwäbisch gmünd	prozeß gegen vier aus dem frauenknast wegen "meuterei"	5
frankfurt	neues zum asylrecht absolut heimlich verabschiedet	7
westberlin	reformvollzug in TEGELTOWN	8
köln	die buchläden durchschnüffler werden immer schlampiger	8
london/frankfurt	konferenz gegen repression in der brd	9
leverkusen	berufsverbotsdemonstranten niedergeknüppelt	9
marburg	neuer prozeß zum "asta-GERANGEL"	9
frankfurt	jugendpresse-kongress geplant	10
frankfurt	heimschließung als reaktion auf mietstreik	10
göttingen	REITSTALLVIERTEL : viel sypathie für hausbesetzer	11
oberwildflecken	das 100 000 mark mißverständnis des anton kuhnert ODER : wie zerstört man einen betriebsrat	12
stetten/remstal	jugendzentrum im schwabenland BESETZT	12
stuttgart	dem besetzten haus alexanderstraße droht abriß	13
frankfurt	komitee gegen politische entlassungen, gewerkschaftsausschlüsse und berufsverbote gegründet	13
köln	erste frauenversammlung im WDR	14
fulda	treffen des linken buchhandels, abteilung ''projekte''	14
frankfurt	neuer filmdienst : monatsschau für unabhängige kinos	14
marburg	inzwischen vier alternative zeitungen am ort	14
hamburg	MEDIENzentrum sucht kontakte	15
mannheim	schulbuch-zensur durch den staat	15
bremen	radio bremen will gegen BREMER BLATTklagen	15
frankfurt	zum wagenbach konflikt	16
frankfurt	augenzeugenberichte über das, was in GROHNDE war	17
grohnde	erklärung der ERMITTLUNGSausschüsse der bürgerinitiativen	19
grohnde	presseerklärung der bürgerinitiativen vom ort	21
kassel	kkw-NEE-Osterspaziergänge	22
itzehoe/marschen	"brokdorf oder itzehoe", eine weitere stellungnahme	22
	Niemals-Brokdorf-Wyhl-oder-sonstwo-Rock-77	*seite 23*
niebüll	solidarität mit verfolgten AKW-GEGNERN	24
sontheim	demonstration gegen AKW-Neckarwestheim	24

INTERNATIONALES

frankfurt	75 strahlentote in japan	24
rom/berlin	abtreibung des historischen kompromisses	25
paris/berlin	prozeß wegen abtreibung	25
london/berlin	frauenkrankenhaus besetzt	25
new york	gesetz zum schutz der homosexuellen	25
windscale	drohung durch truppen erzwingt streikende	26
birmingham	gegen die rechtsextreme national front	27
oberursel	situation der irischen politischen gefangenen	27
madrid/frankfurt	guardia civil und rechtsextreme morden weiter	28
mulhouse	SCHLUMPF-arbeiter besetzen MUSEUM des generaldirektors	28
bologna	über die offizielle geschichtsschreibung nach auseinandersetzungen	
kopenhagen	europäische selbsthilfegruppen treffen sich in Christiania	30
wien	minderheitencharta in österreich	30
madrid	was geschieht mit 'ehebrecherinnen' in spanien ?	31

herausgeber:
frankfurter informationsdienst e.v.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel.: 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28-602

kontaktzentren :

2000 hamburg
die hälfte des himmels
schluterstr. 79
tel. 040/410 42 62

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/70 23 36

5000 köln
der andere buchladen
zülpicher str. 197
tel. 0221/42 02 14

7400 tübingen
aktion politischer buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23 393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 0811/280 95 22

schweiz :
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/ 39 12 67

Einzelverkaufspreis:

1,50 mark incl. 5,5% mwst

druck: druckladen

vierteljahres-abo:
18 dm gegen vorauskasse auf das postscheckkonto:
frankfurter informationsdienst e.v.
6000 frankfurt 90
nr. 52 52 28 - 602
bitte genaue anschrift und abonummer angeben, gegebenenfalls stichwort „adressänderung'' oder „neuabo''.

AN ALLE

AUFRUF ZU DEN ABHÖRGESCHICHTEN USW. VOM MÜNCHNER BLATT

MÜNCHEN

Die jüngsten Ereignisse, besonders die Stammheim-Aktivitäten von BKA und BND haben recht viel Unruhe in der Presse gestiftet und vor allem Interesse bei der Bevölkerung erregt. Wir sehen hier die Möglichkeit, vom bestehenden Ordnungsstaat und seiner Entwicklung zum zwangsläufig totalitären Atomstaat eine klarere Vorstellung zu kriegen und besonders zu vermitteln.

Wir rufen deshalb alle Gruppen, Kollektive, Initiativen und Leute in der BRD dringend dazu auf:
1) Jetzt sofort dezentrale Aktionen auf der Straße und wo auch immer sonst zu organisieren und durchzuführen. Solche Aktionen können ohne großen Aufwand vorbereitet werden und machen ne Menge Spaß. In München wird das laufen vor, während und nach dem Straßenmusikfestival vom 27.3. – 30.3. Hier vorgeschlagene Aktionen u.a.: ‚Demo' aus wandelnden Wanzen, Straßengeheimdienstteater, Erbsenverteilen in der U-Bahn (‚so groß ist eine Wanze.')
2) Sich auch aufgrund der bei diesen Aktionen gewonnenen Erfahrungen überlegen, ob eine zentrale Aktion, wie z.B. eine Sternfahrt nach Stammheim sinnvoll und durchführbar ist. (Abgesehen von eventuell geplanten Osterspaziergängen). Es ist unbedingt nötig, einen Überblick darüber zu gewinnen, was wo passiert und in welche Richtung Aktionen laufen. Wir wollen deshalb diese Informationen koordinieren. Deshlab bitten wir euch, entweder telefonisch oder shriftlich bis zum 1.4. dem Blatt darüber Bescheid zu geben, welche Aktionen bei euch gelaufen sind, wie die Leute reagiert haben usw.

Blatt, Adelgundenstr. 18, 8000 München 22, Tel.: 089/ 223 221

PRESSERERKLÄRUNG DER INTERNATIONALEN UNTERSUCHUNGSKOMMISSION ZUR KLÄRUNG DER TODESUMSTÄNDE VON ULRIKE MEINHOF

ARBEITSTREFFEN VOM 19.3.77, AARHUS, DÄNEMARK MARK

„Die erst jetzt bekannt gewordenen Abhörpraktiken in Stuttgart-Stammheim, deren Ausmaße noch nicht abzusehen sind, erhärten die Zweifel an der von offizieller Seite verbreiteten Selbstmordthese im Zusammenhang mit dem Tod von Ulrike Meinhof. Das Mitwirken des Bundesnachrichtendienstes (BND), der eng mit dem CIA in der Anwendung „internationaler Techniken" zusammenarbeitet. „unter die alle Methoden fallen, die nachrichtendienstlich weltweit angewendet werden" (Maihofer) lassen die Vermutung zu, daß der Tod von Ulrike Meinhof diese „äußerste Möglichkeit, über das letzte Mittel hinaus" ist, von der in den öffentlichen Erklärungen geredet wird.

Vorgeblich sollten durch die Anwendung äußerster nachrichtendienstlicher Mittel bevorstehende Befreiungsaktionen verhindert werden.

Die Zweifel an der Selbstmordthese verstärkten sich auch in der Diskussion der vorläufigen Arbeitsergebnisse der Gruppen in der IUK zu kriminalistischen oder juristischen Fragen, Haftbedingungen und medizinischen Gutachten. Unsere Arbeitsergebnisse im Zusammenhang mit dem Abhörskandal werden deshalb die Fragen auf:

– Wurden auch andere nachrichtendienstliche Mittel als das technische Lauschen angewandt?
– Wurde versucht, etwa mittels Anwendung von Narkotika bei Ulrike Meinhof während der Nacht vom 8. auf den 9. Mai Informationen zu beschafffen?
– Mußte Ulrike Meinhof sterben, um einer ihr etwa bevorstehenden Befreiung vorzubeugen?

Die IUK fordert öffentlich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Landesregierung Baden-Württemberg auf, alles bisher unterdrückte Material, z.B. die abschließenden Obduktionsgutachten, zur Klärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof zur Verfügung zu stellen. Ein internationales Gremium von Gutachtern wird dann im Auftrag der IUK einen Bericht erstellen, der der Öffentlichkeit zugünglich gemacht werden soll. Zwischenergebnisse zu den Punkten, die Zweifel am Selbstmord erhärten, werden in einem vorläufigen Bericht demnächst veröffentlicht.

Henrik Kaufholz, Sjaellandsgade 127, DK – 8000, Aarhus C, Dänemark, Tel.: 612 8511

ULLA HALBEKANN UND WOLFGANG WRAASE SIND FREI

Grüßt euch, Genossen!

FRANKFURT 24.März

Ulla Halbekann und Wolfgang Wraase sind am Freitag, den 18.März 1977, nach 10 Monaten Knast mit zeitweiliger Totalsiolation, freigelassen worden. Damit wird es nur noch unklarer, wie die Untersuchungshaft der übrigen Leute vom Gefangenenrat noch legitimiert werden soll: Anne Stobbe, Peter Erlach und Felix Keblys sitzen nun schon seit Dezember 75 in Frankfurt-Preungesheim – mit den gleichen windigen Begründungen, unter denen Ulla und Wolfgang bis jetzt festgehalten wurden. (ID 131 und 151–153)

VERANSTALTUNG ZU EHRENGERICHTSVERFAHREN gegen linke Anwälte und Maßnahmen zur Einschränkung politischer Verteidigung in Stammheim und anderswo (Wanzen u.a.) mit RAn Heldmann, Ströbele, Plottnitz, Hannover, Wächtler am

Freitag, 1. April 1977, 19.30 Uhr im Volksbildungsheim in Frankfurt, großer Saal

DES DRUCKLADENS ADRESSE

Im ID 168 stand eine "Hinterhausmitteilung" über den Druckladen drin, der unseren ID und auch noch anderes druckt. Die Adresse fehlte, hier ist sie:

Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel. Nr. 0611/70 57 72

„UNTERNEHMEN ENTEBBE" ABGESETZT

NEU–ISENBURG 12. März

Etwa 50 Jugendliche versammelten sich am 12. März gegen 17.30 Uhr vor dem Neu-Isenburger Astoria Kino. Sie verteilten Flugblätter, in denen sie die Absetzung des Films „Unternehmen Entebbe" forderten und diskutierten mit den Passanten darüber. Einige Jugendliche entfernten die Plastikbuchstaben der Filmankündigung, worauf der Kinobesitzer die Polizei alarmierte. Nach einigem Hin und Her entschloß sich der Kinobesitzer, den Film abzusetzen und einen anderen zu zeigen.

In Frankfurt erschien am 23. März ein neuer Band von Uwe Nettelbecks Zeitschrift „Die Republik", der über 200 Seiten interne Diskussionsmaterialien aus der Polizeiführungs-Akademie Hiltrup im Wortlaut dokumentiert. Wegen der Wichtigkeit der Veröffentlichung druckt der ID die nachstehende Rezension.

Fantômas — eine Rezension

FRANKFURT 23. März Fantômas ist mit der Strategie der Doktoren Herold und Maihofer nicht beizukommen — trotz Datenbanken, Datensichtstationen, computerisierter Paßprüfung im einstelligen Sekundenbereich, zentraler Beweismittelsammelstelle im Bundesamt für Verfassungsschutz und „dritter kriminaltechnischer Revolution" (Herold). Rechtzeitig zur bundesweiten Wanzendiskussion hat Fantômas sachdienliche Hinweise an Uwe Nettelbecks wichtige neue Zeitschrift „Die Republik" gegeben. Fantômas verfügt offensichtlich über ausgezeichnete Informationsquellen.

Nichts ist mehr sicher: interne Diskussionsdokumente aus der Polizei-Führungsakademie Hiltrup aus den Jahren 1970 - 1975 werden in „Die Republik" (Band 3, Nr. 10 - 15, Bezugsadresse: Zweitausendeins, Postfach 710249, 6 Frankfurt/M) im Wortlaut dokumentiert.

Wem wäre nicht aufgefallen, daß bisher in der Traube-Affäre und auch in der öffentlichen Auseinandersetzung um die illegalen Abhörpraktiken in Stammheim das Bundeskriminalamt (BKA) nicht erwähnt wurde und sich seinerseits höflich-demokratisch-zurückhaltend gebärdet? Dazu paßt es, wenn BKA-Chef Herold jetzt in Stammheim behauptet, „kein eigenes Sachwissen" über die Ermittlungsvorgänge in der Aufklärung des sog. BM-Komplexes zu haben. Und weiter: „Die Frage, ob Müller von den Vernehmungsbeamten Zusagen für den Fall gemacht worden seien, daß er zu Aussagen bereit wäre, beantwortet Herold generell verneinend: ‚Für das BKA möchte ich das ausschließen. Ich habe auch keine Fakten, die auf solche Pflichtwidrigkeiten hinweisen.'" (FAZ, 16. 3. 77)

In „Die Republik" liest es sich anders:

> Auch die Notwendigkeit eines wesentlich verbesserten Zeugenschutzes gehört hierher. Wenn das Rechtsfindungs- und Rechtsdurchsetzungsinstrument durch Beschimpfung, Einschüchterung oder sonstige Maßnahmen gegen Zeugen weitgehend funktionsunfähig gemacht werden kann, dann rührt dies an die Grundlagen des Rechtsstaats überhaupt. Man muß deshalb mit großem Ernst prüfen, wie der Zeugenschutz verbessert werden kann, wie es beispielsweise möglich ist, Zeugenaussagen in ein Verfahren einzuführen, ohne einen Zeugen und seine Person nachfolgenden Sanktionen auszusetzen, wie es erreicht werden kann, daß zuverlässige wichtige Quellen nicht wegen eines Einzelfalls „verbrannt" werden müssen. Die Probleme des Zeugen vom Hörensagen, die Möglichkeiten der Begrenzung der Angaben zur Person, die Frage eines verdeckten Auftretens des Zeugen vor Gericht, Umfang von Zusagen an Zeugen usw. bedürfen gerade im Hinblick auf eine effektive forensische Bekämpfung moderner Kriminalität einer neuen grundlegenden und den wahren Verhältnissen gerecht werdenden gesetzlichen Fundierung. (S. 178 f.)

„Wenn wir für die innere Sicherheit einen Preis zu zahlen haben, dann wollen wir den Preis kennen. Auch der Atomstaat, solange er parlamentarisch-demokratisch verfaßt ist, muß trachten, ein Rechtsstaat zu bleiben — und stünden wir gegen eine fallende Wand." (Spiegel, 28. 2. 77) „Besonnen und kräftig müssen wir uns den Bequemlichkeiten aller übergesetzlichen Notstände entgegenstemmen — und stünden wir gegen eine fallende Wand." (Spiegel, 21. 3. 77)

Die angebohrte Wand scheint mittlerweile über Herrn Augstein, der diese dramatischen Worte schrieb, hereinzubrechen. Die Dynamik der „Enthüllungen" wird nicht mehr allein dadurch gebremst, weil Herr Augstein und das BKA es so wollen. Wer sich nach der Spiegel-Veröffentlichung der Traube-Akte fragte, wer ein Interesse daran haben könnte, so den Verfassungsschutz ins öffentliche Visier zu rücken, hat jetzt nach Lektüre von „Die Republik" gute Gründe anzunehmen, daß dabei institutionelle Interessen des BKA eine Rolle gespielt haben.[1]

Das BKA, das über die letzten Jahre selbst immer mehr zur unkontrollierten Geheimen Staatsmacht wurde, will seinerseits — so Ltd. Regierungskriminaldirektor Günther Scheicher von der TE-Abteilung des BKA, lt. „Die Republik" — daß die „Einrichtung einer ständigen Koordinierungs- und Kontrollinstanz für unsere Nachrichtendienste in die Tat umgesetzt wird." (S. 152) Genau diese parlamentarisch ausgeweitete Kontrolle war aber bisher die einzige Forderung, zu der sich „kritische" Stimmen in den Regierungsparteien aufraffen konnten.

Die westdeutsche Linke kann sich mit solchen Augenwischereien nicht zufrieden geben. Ein neuer sozialliberaler Etikettenschwindel, der faktisch nichts an der vorverlagerten Staatsschutzpraxis ändert, wäre die Folge.

Wie die Praxis des BKA wirklich aussieht, ahnen viele, die sich nicht belügen wollen. Welche politisch-ideologischen Grundlagen sie hat, ahnt mancher, der sich gezielt informiert. Mit dem Erscheinen von „Die Republik" können wir aufhören, bloß zu ahnen. „Dem Bundeskriminalamt wird im Gegensatz zur Vergangenheit nunmehr unbestritten zugestanden, daß es ... selbst Nachrichten und Unterlagen gewinnt." (S. 143) Im Fall Traube mußte ein Klempner vom BND eingeschaltet werden, sonst steht meist das BKA zur Verfügung:

> So kommt es, daß ... (es) nicht nur die vielleicht wichtigste und bestimmt sicherste Informationsquelle der Vorfeldbehörden ist. (Es) ... nimmt darüber hinaus im Wege der Amtshilfe eben diesen Behörden einen großen, wenn nicht den größten Teil der gezielten Nachrichtengewinnung ab und führt die aus den Erstinformationen resultierenden Ermittlungen durch. (S. 145)

Wenn Amtshilfe als formelle Arbeitsgrundlage nicht ausreicht, fällt dem BKA immer noch etwas ein:

> Dennoch ist nicht zu verkennen, daß über die Brücke der Zuständigkeit des Generalbundesanwalts mit nachfolgender Auftragserteilung an das Bundeskriminalamt oder über die Anordnung von Ermittlungen durch den Bundesminister des Innern aus schwerwiegenden Gründen außerhalb der wenigen Fälle originärer Kompetenz des BKA im repressiven Raum eine breite Basis für Abwehr und Bekämpfung politisch motivierter Straftaten verschafft worden ist. Wir fühlen uns daher in diesem Bereich den Länderpolizeien zumindest ebenbürtig..." (S. 144)

Wie sieht nun die „dritte kriminaltechnische Revolution ... in einem Umfang, wie ihn sich vor einigen Jahren nur wenige Menschen vorzustellen vermochten" aus?

> Gerade hier kommt es ganz wesentlich nicht darauf an, eine oder einige bestimmte Taten beweiskräftig festzustellen und zur Aburteilung zu bringen (repressives Ziel), noch einige weitere Straftaten zu verhindern (präventives Ziel), sondern darauf, daß eine solche kriminelle Organisation oder Bande umfassend in ihrer Aktivität zum Erlöschen gebracht werden kann (operatives Ziel). (S. 175)

---

1 Dem BKA ist von einem leitenden Beamten des Verfassungsschutzes vorgeworfen worden, es überschreite seine Zuständigkeit, wenn es „wie geschehen — Erkenntnisse gesammelt und Berichte verfaßt". Regierungsdirektor H. Hellenbroich vom Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln, führt weiter aus:

> Fragwürdig ist demnach eine Vereinbarung zwischen BfV und BKA aus früheren Jahren über den „Einsatz von Vertrauenspersonen bei der Bearbeitung von Staatsschutzangelegenheiten für die Polizei" (sogenannte „Rahmenanleitungen"). Diese Vereinbarung ... stellt ... fest, daß V-Leute und Gewährspersonen „nach Absprache und im Einvernehmen mit dem zuständigen Amt für Verfassungsschutz" von der Polizei geführt werden

dürfen. Die verfassungsrechtliche Grundsatzentscheidung wird verwischt, wenn gewissermaßen „im Wege der Amtshilfe" das BfV originäre Zuständigkeiten auf das BKA überträgt. Der Verfassungsverstoß wäre evident, wenn etwa das BKA das BfV „ermächtigte", in bestimmten Fällen selbst Durchsuchungen oder Beschlagnahmen vorzunehmen.

Gekämpft wird um Seelen: „Die innere Sicherheit ist nicht nur ein objektiver Zustand, sondern hat auch eine subjektive Seite, nämlich gerade das Sicherheitsgefühl der Bürger."(ebd.) Wer da nicht mitspielt, muß „sich selbst Einschränkungen kraft eigenen Mißbrauchs gefallen lassen". (S. 180)

Der Fall Traube wäre mit Sicherheit keine Sensation geworden, jedenfalls keine einmalige, wenn jeder in der BRD das Recht hätte, bei Behörden über ihn gespeicherte Daten und Dossiers einzusehen (vgl. Freedom of Information-Act in den USA, nach der Watergate-Affäre verabschiedet, und die vielen darauf folgenden Prozesse gegen das FBI). Das BKA hat einen etwas anderen Begriff vom „Datenschutz", statt Öffentlichkeit setzt das BKA auf den technischen Fortschritt und noch mehr Datenfülle:

> Aktuellere Informationen verhindern mit Sicherheit manchen ungerechtfertigten Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Bürgers. (S. 74)

Und wenn behauptet wird, daß es „dem Datenschutz nicht unwesentlich Rechnung" trage, wenn jeder Teilnehmer am polizeilichen Datenverbund die Daten erhält, „die er für die Bewältigung seiner Aufgaben benötigt", dann bedeutet das ganz schlicht: das BKA bekommt alle Daten. Heutzutage wird sich schon immer irgendein Staatsnotstand bemühen lassen. Dabei sollte man den „eigentlich ‚übermenschlichen'" Vorteil der Datenverarbeitung mehr beachten: immerhin stößt die Datenverarbeitung „mit der Fähigkeit, alle gespeicherten Fakten, die praktisch unbegrenzt angehäuft werden können, ... nach dem von ihm vorgegebenen Programm in übersichtlichen Ausdrucken zu liefern ... auch im Polizeibereich über konkrete quantitative Suchziele zu abstrakten, qualitativen Erkenntnissen vor." (Herold, S. 85).

Um was für „Erkenntnisse" geht es? Und welche Gesichtspunkte sollen „logisch" miteinander „verknüpft" werden?

> Die Kombinationsmöglichkeiten sind dabei unerschöpflich: sämtliche Daten können in beliebiger Weise miteinander verknüpft werden. Beispiel: Alle Pendler, die rheinischen Dialekt sprechen, unter 1,70 m groß sind und wegen gefährlicher Körperverletzung in Gasthäusern auffällig geworden sind. (S. 90)

Schwerwiegende Probleme wirft das modus-operandi-Gebiet auf:

> ... und zwar insbesondere solche, die völlig außerhalb der Maschinentechnik liegen, wie z.B. die Frage der Zuordnung bestimmter Begriffe zu bestimmten Dingen oder Sachverhalten. Wann ist eine Nase groß, wann ist sie normal? (S. 71)

Eine interessante Frage in diesem Zusammenhang, die sicher schon Napoleon, oder, sagen wir, Rudolf Augstein oder Helmut Schmidt beschäftigte, ist die nach „dem Problem der Beziehung zwischen Körpergröße und Verbrechen" (S. 98).

Grundsätzlich gilt jedenfalls, daß die Polizei „nicht mehr in der Starre historisch und politisch bedingter organisatorischer Zwänge verharren kann, sondern sich gleichsam als lebender Organismus mit einem elektrischen Nervensystem zu verstehen haben wird". (S. 96 f.)

Achtung: Eigenheimbesitzer! Das BKA braucht mehr Zeit, als ihm „das Gesetz zubilligt": „Bei einem Verdacht nach § 99 StGB sind zwei Tage für die fachgerechte Durchsuchung eines Einfamilienhauses nicht zuviel." (S. 160) Es wird eben nicht nur gefahndet, sondern auch geforscht:

> Das Ziel ging auf den Aufbau eines integrierten Systems hin, dessen Datenbestand in beliebigen Durchdringungen sowohl „fahndend" als auch „forschend" ausgebeutet werden kann. (S. 86)

Hier läuft schon einmal „die Praxis der Norm davon", für das BKA ist es nicht so einfach, anzufangen und aufzuhören: schon die „Vorphase" beginnt „oft recht weit vor dem Punkt... an dem der Verdacht strafprozeßfähig wird" (S. 146 f.)

Sebastian Cobler („Der vorverlegte Staatsschutz", Rotbuch) hat in mühsamer Kleinarbeit die neue Vorwärtsstrategie der Polizei analysiert. Die Herren vom BKA sind in internen Diskussionen dazu selbst recht deutlich:

> Ich hoffe, daß die ausgewählten Beispiele deutlich machen, in welchem Umfang die Polizei die Grenzen ihres Tätigwerdens zum Vorfeld hin verschieben mußte. Es ist nach meiner Auffassung aber nicht damit getan, daß der Aufgabenzuwachs gebilligt wird. Es ist die Arbeit selbst gesetzlich abzudecken, was m.E. nur bedeuten kann, daß der Polizei bei den in das Vorfeld verlagerten eigenen Aktivitäten eine zumindest partielle Befreiung vom Legalitätsprinzip zuteil werden muß. ... Im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre eine solche Regelung insbesondere im Hinblick auf die Maßnahmen und Ergebnisse der „Verdeckten Fahndung" nützlich, die beispielsweise Erkenntnisse aus technischen Überwachungen oder dem Einsatz von Vertrauens- bzw. Gewährspersonen verwertet. (S. 149 f.)

Aha!

„Noch weiter vorne" sind „einige neu eingerichtete Spezialmeldedienste" etabliert, die

> mit der Bekämpfung anarchistischer Gewalttäter in Zusammenhang stehen, überwiegend Fahndungszwecken dienen und von uns als sog. Vorwärtsermittlung verstanden werden. (S 148)

Unter der Rubrik „Vorwärtsermittlung" läuft seit 1974, so kann man in „Die Republik" lesen, ein besonderes Programm:

> Der Bereich der Personenfahndung wird im Laufe des Jahres 1974 zu einer neuen Form der Beobachtung von etwa 1000 Personen erweitert, die zwar nicht zur Festnahme gesucht werden, für die es wegen der Schwere der von ihnen früher verübten Delikte oder wegen des dringenden Verdachts der Begehung besonders gemeinschaftsschädlicher Straftaten, wie z.B. den Rauschgifthandel, angezeigt erscheint, dem Polizeibeamten, der diese Personen betrifft, Informationen zuzuführen. Diese Form von Informationsbereitstellung, die den nicht voll zutreffenden Arbeitstitel „Beobachtende Fahndung" trägt, dessen Inhalt durch das Wort „Hinweisfahndung" besser erfaßt wäre, stellt an die Entschlußkraft des Polizeibeamten hohe Anforderungen, da sie keine Basis für Exekutivhandlungen liefert, sondern ihm lediglich erhöhte Aufmerksamkeit signalisiert, sich die Basis für eventuelle Maßnahmen durch Umsicht selbst zu beschaffen. (S. 205)

Das BKA hat Großes mit uns vor: „Die automatische Datenverarbeitung ... leitet den dritten menschheitlichen Kulturabschnitt ein":

> Erst in diesen Tagen jedoch bricht nach jahrelang im kleinen Kreis isoliert geführter Diskussion allgemein die Erkenntnis durch, daß mit der automatischen Datenverarbeitung die Basis jedwelcher polizeilicher Arbeit von Grund auf verändert wird, so als ob einem Körper, hier dem Körper der Polizei, ein vollständig neues Nervensystem mit vervielfachter Sensibilität und Reaktionsfähigkeit eingepflanzt würde. ... Zum ersten Male wird das angehäufte menschliche Wissen verarbeitungsfähig in allen gewünschten Zusammenhängen und Kombinationen; erst mit der automatischen Datenverarbeitung kann der Mensch beginnen, die bisherigen Grenzen aufzugeben, konnte er buchstäblich und im übertragenen Sinne die Erde verlassen. (S. 197)

In einem Quiz des Bundesinnenministeriums läßt Prof. Werner M. ganz putzig fragen: „Wofür sollte die Polizei vorrangig eingesetzt werden? Für den Schutz des Bürgers vor Überfällen?" Anders als von den Autoren gemeint haben sie ganz recht, wenn sie schreiben: es gibt „‚Gefahrenlagen, die das Zuwarten verbieten".

Das BKA hat Probleme: „Wir ... stehen vor der Notwendigkeit, mit neuen Strategien und Taktiken eine Kriminalität zu bekämpfen, deren Urheber sich in diffundierender Konsistenz bewegen." Im Kampf gegen diffundierende Konsistenzen braucht die Polizei mit festen Gesetzesbestimmungen natürlich nicht zimperlich umzugehen:

> Hier gibt es Kollisionsmöglichkeiten mit § 163 StPO, und zwar dann, wenn sich die Polizei ohne Einschaltung der Staatsanwaltschaft entscheiden muß, ob sie ihrer Pflicht zum Einschreiten gegenüber einzelnen erkannten Tätern oder bei Straftaten von untergeordneter Bedeutung nachkommt, wenn ihr dabei gleichzeitig bewußt wird, daß durch eben dieses Eingreifen die umfassende Enttarnung der ganzen konspirativen Apparatur in Frage gestellt wird. (S. 147)

Wenn schon die StPO im Zweifel nicht gilt, dann läßt sich die Polizei schon gar nicht an umfassender Verdächtigung des innenpolitischen Gegners hindern: „auch wenn Veröffentlichungen ihren verfassungsfeindlichen Charakter oft nicht ohne weiteres preisgeben" werden sie der neuen „Zentralen Beweis(!)mittelsammelstelle" (S. 149) zugeführt.

Es stellt sich jetzt heraus, daß das BKA sich insgeheim als Initiator für neue repressive Gesetzgebung betätigt hat: wie die Entwicklung der letzten beiden Jahre zeigt, sogar höchst erfolgreich. Im April 1975 fordert Regierungskriminaldirektor Scheicher (BKA-TE), daß entweder „durch Änderung von Art. 104 Grundgesetz und § 128 StPO die Vorführfrist (für die Beantragung eines Haftbefehls) verlängert" wird oder den Gerichten die Möglichkeit eingeräumt wird, „durch Modifikation von § 112 StPO... bei Delikten, die erfahrungsgemäß konspiratives Verhalten bedingen, Haftbefehl bereits beim Vorliegen einer Verdachtsqualität, die schwächer als der dringende Tatverdacht ausgeprägt ist, zu erlassen". (S. 161) Diese Erleichterung des Erlasses von Haftbefehlen bei sog. terroristischen Vereinigungen ist dann auch 1976 parlamentarisch sanktioniert worden, eine Änderung von Art. 104 des Grundgesetzes wurde wohl als zu auffällig eingeschätzt.

Für die Polizei ist ebenfalls „die Stellung des Strafverteidigers im Strafverfahren ... eine sehr heikle Frage":

> Praktische Probleme treten hier auf beim Überlassen der Ermittlungsakten, beim Verkehr mit dem Beschuldigten, bei der Stellung in der Hauptverhandlung usw. Hier gilt es, eine Regelung zu finden, die beiden Belangen (dem für jeden Beschuldigten geltenden rechtsstaatlichen Interesse, in seinen Verteidigungsmöglichkeiten nicht eingeschränkt zu werden, einerseits und dem anderen rechtsstaatlichen Interesse der Allgemeinheit, weitere Rechtsverletzungen abzuwenden) hinreichend gerecht wird, ohne die Gefahr von extremen Auswüchsen in sich zu haben." (S. 179)

Das Verteidigerausschlußgesetz, die Möglichkeit zur Beschränkung des schriftlichen Verkehrs mit einem Verteidiger sind inzwischen „Recht und Gesetz" — ganz zu schweigen davon, daß gerade in diesen Tagen deutlich wird, daß selbst diese Regelungen zumindest gelegentlich weiter überschritten werden. Wenn dann schließlich vorgeschlagen wird, „die Pflichten zur Belehrung des Beschuldigten bei der Vernehmung durch Beamte des Polizeidienstes (§ 163a Abs. 4 StPO)", also die Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht, neu zu durchdenken (S. 180), dann fragt man sich, wann das wohl auch gesetzlich ratifiziert wird.

Sebastian Cobler, Der vorverlegte Staatsschutz, Rotbuch, Berlin 1976

solange vorrätig:
„Die Republik", hrsg. von Uwe Nettelbeck, Nr. 10 - 15, bei Zweitausendeins, Postfach 710249, 6000 Frankfurt/M

PROZESS GEGEN ROLAND OTTO UND KARL-HEINZ ROTH

KÖLN 18.März

20.Prozeßtag, am 18.März

Anläßlich der neuen Abhöraffaire in Stammheim fordert die Verteidigung das Gericht auf, von Staatsschutzbehörden und den JVAs verbindlich erklären zu lassen, daß die Gefangenen bei ihren Verteidigergesprächen nicht abgehört wurden. Bereits heute sahen sich die NRW-Minister Hirsch und Posser aufgrund von öffentlich gewordenen Verdachtsmomenten gezwungen, zu erklären,in Nordrhein-Westfalen wurden Keine Verteidigergespräche abgehört.

Karl-Heinz weist das Gericht darauf hin, ihm gegenüber sei erklärt worden, daß in der Zelle 3/38 — wo er liegt — alle Gespräche (auch Selbstgespräche) abgehört werden. Die Verteidiger stellen ein weiteres Verdachtsmoment fest: ihre Gespräche mit den Angeklagten finden grundsätzlich in besonderen Räumen statt; stehen diese nicht nur Verfügung, müssen die Verteidiger warten. Offensichtlich müssen Vorbereitungen getroffen werden!
Die Verteidigung wiederholt in diesem Zusammenhang ihren Antrag, die anwesenden Polizeibeamten im Zuhörerraum nach Abhörgeräten, Tonbändern und Waffen zu durchsuchen. Bevor noch über diesen Antrag entschieden ist, verlassen drei Zivile auffällig schnell den Zuhörerraum. Draber lehnt den Antrag ab. Er sieht keinen „konkreten Anhaltspunkt" gegeben. Draber muß wohl die Wanzen sehen, bevor er dran glaubt!

Bei der weiteren Zeugenvernehmung geht es vor allem um folgendes: Roland Otto habe bei seiner Festnahme eine durchgeladene, entspannte und entsicherte Pistole bei sich gehabt. Die Anklageschrift zieht daraus den Schluß, daß er schießen wollte. Gleichzeitig erklärt Eck, daß die Polizei immer ihre Dienstwaffen in diesem Zustand bei sich tragen, weil die Sicherung einer Pistole für die Schußbereitschaft letztlich keine Rolle spielt. „Die Waffe ist genügend gesichert, auch wenn sie entsichert ist."

Am Nachmittag wird der Einsatzleiter Barzik vernommen. Aus seiner Aussage lassen sich jetzt schon erhebliche Widersprüche zu den bisherigen Polizeiaussagen feststellen. Die früheren Polizeizeugen haben erklärt, das Ergebnis der Personenfeststellung über Funk sei vor der Schießerei noch nicht bekannt gewesen. Barzik sagt aus, daß er über Funk gehört habe, die Überprüfung sei ohne Ergebnis verlaufen und Hoffmann habe diese Meldung bestätigt.
Auch Barzik ist, wie alle anderen Polizeizeugen von Polizeirat Sengespeick auf die Vernehmung vorbereitet worden und hat sich die polizeiinterene ,Handakte' angesehen. Diese der Verteidigung immer noch unbekannte Handakte hat nach seiner Angabe einen Umfang von mehreren Aktenordnern.

21.Prozeßtag, am 22.März

Die Zuschauer machen sich vor Beginn der Verhandlung vorschnelle Hoffnungen: sind in Köln etwa der Vorsitzende und der beisitzende Richter wegen einer Lauschaktion abgesetzt, zurückgetreten oder verhindert? Denn auf dem Teminzettel sind andere Richter benannt. Leider stellt sich das später als ein Fehler der Verwaltung heraus.

Trotz der skandalösen Vorfälle in Stammheim und anderen Haftanstalten verschärft der Vorsitzende Draber weiterhin seine bereits extrem gehandhabten sicherungspolizeilichen Maßnahmen:

Von den Anwälten will er wissen, wieder einmal, warum sie nicht aufstehen. Diese antworten: solange sie in der bisherigen Art und Weise untersucht und damit als potentielle Verbrecher behandelt würden, seien sie nicht bereit, vor Gericht aufzustehen. Die Durchsuchung der Zuschauer geht diesmal bis zum Ausziehen von Schuhen und Strümpfen. Die Anwälte benennen die anwesenden Zuschauer als Zeugen für diese Durchsuchungsmaßnahmen, weil sie darin eine unerhörte Beeinträchtigung der Öffentlichkeit sehen.

Mit der Begründung, Roth und Otto hätten in den Pausen Kontakte mit Zuschauern gehabt, ordnet Draber als weitere Verschärfung der sicherheitspolizeilichen Maßnahmen an, die Angeklagten seien in den Pausen in die Vorführzellen zu bringen. Nur mit dem Hinweis auf seinen Gesundheitszustand können die Anwälte von Roth durchsetzen, daß er im Verhandlungsraum bleiben kann. Otto wird in jeder Pause abgeführt. Er stellt Befangenheit der Berufsrichter fest: er bestreitet die Richtigkeit der Behauptung einer ,unerlaubten' Kontaktaufnahme und verlangt die Vernehmung derje-

nigen als Zeugen, die eine derartige Kontaktaufnahme bemerkt und behauptet haben.

Die Staatsanwaltschaft will aufgrund der Vorfälle die Verhandlung unterbrechen lassen, da eine „sachgemäße Verhandlung" nicht mehr möglich sei. Dieser Antrag wird zurückgewiesen und den Anträgen der Verteidigung auf Protokollierung der Durchsuchungsmaßnahmen und der angeblichen Kontaktaufnahme zwischen Angeklagten und Zuschauern wird stattgegeben. Die Anwälte charakterisieren die Situation an diesem Morgen mit einem „Sitzungspolizeistaat" und „normal gewordenen Ausnahmezustand".

Die Zuschauer zeigen, daß sie auf ihre Weise mit diesem Ausnahmezustand fertig werden können. Ein Zuschauer singt im Treppenhaus, für alle gut hörbar:

„Lied von den politischen Gefangenen

Die Gefangenen in Knästen
Ossendorf und Santa Fu
Oder sonst im Freien Westen
Geben immer noch nicht Ruh
Denn in den Gefängnisgängen
Schlurft der Tod sehr laut und nah
Und man sah schon manche hängen
Und der Henker war nicht da

Doch bei uns herrschen Angst und auch Selbstbetrug
Und die Hoffnung, s'wär alles halb so schlimm
Und wir tragen an unserem Leid genug
Und so haben wir die auch mit
lebendig begraben.

Diese Leiche auf Plakaten
Halb noch Mensch und halb Skelett
Ohne Urteil: Tod auf Raten
Im Stammheimer Folterbett
Vornehm lächeln seine Richter
Während Holger Meins verreckt
Hat uns das vielleicht paar Lichter
Übern Staatsschutz aufgesteckt?

Nein, bei uns herrschen Angst....

Und der Zahl in seiner Zelle
Der die frechen Verse kräht
Und mit kluger Narrenschelle
Seine Knast-Hofrunden dreht
Den hat man, weil er noch schrein kann
Zu zehn Jahren mehr verdammt
Wer hat da dem Richterschwein dann
Seine Bude eingerannt?

Ach, bei uns herrschen Angst...

Karl Heinz Roth, unseren Genossen
Machen die in Ruhe kalt
Die Gesinnung hat geschossen!
Sagt die herrschende Gewalt
Und als Karl Heinz fast krepiert wär
Hat der Knast-Arzt bloß gegrinst
So als ob das nicht sein Bier wär
Und der Kerl ist noch im Dienst...

Und bei uns herrschen Angst....

Und was ist mit alle den andern
Deren Namen niemand kennt?
Die solang im Kreis rumwandern
Bis ihr Ofen nicht mehr brennt.
Sehr viel schlimmer als das Essen
Im Gefängnis ist die Wut
Daß die draußen dich vergessen
Wenn sich drinnen nichts mehr tut

Denn bei uns herrschen Angst...
Mensch das Unrecht hier im Rechtsstaat
Trifft nicht nur einen Verein
Frag nicht bloß, ob einer recht hat,
Frag: wen machen sie da ein?
Diese Schlinge aus Gesetzen
Paßt doch auch auf unseren Hals
Und wenn die das Messer wetzen
Triffts uns später — bestenfalls

Nein, uns schützen keine Angst und kein Selbstbetrug
Denn in Wahrheit ist alles grad so schlimm
Und wer's Maul hält und taub ist und blind - ja,so klug!
Hat sich selber mit den anderen
Lebendig begraben.

(von Walter Mossmann, Februar 1977)

Roth verhört den Einsatzleiter Barzek: ob zusätzlich zur Personenüberprüfung über Funk auch die Einsicht in die Kriminalpolizeiakte verlangt wurde. Das wird bestätigt. Diese Überprüfung verlief ebenso wie die Personenüberprüfung negativ. Weiterhin wird gefragt, wann und von wem(über Funk oder nicht) die Meldung kam, „Roth sei ein vermutlicher Anarchist"? Die Antworten bleiben widersprüchlich. Roth stellt den Antrag, den diensthabenden Beamten der Funkeinsatzstelle als Zeugen zu laden und die Tonbandaufzeichnungen des entsprechenden Funkverkehrs als Beweismaterials in den Prozeß einzubringen.

Auch bei dem wichtigen Komplex der Vernehmung zur Waffe von Roth (wann sie wo gelegen haben soll) sind auch bei diesem Polizeizeugen die Aussagen äußerst widersprüchlich: in unterschiedlichen Vernehmungen hat er unterschiedlich belastende Aussagen gemacht. So hat Barzek in der ersten Vernehmung gesagt, die Pistole „lag am Ort". In der letzten Vernehmung will er jedoch auf einmal die Waffe unter der rechten Hand gesehen haben. Heute kann er sich nur erinnern, eine Pistole zwischen Roth und dem NSU gesehen zu haben. Auch nach Vorlage der Photos, die seinen Aussagen offensichtlich widersprechen, vermutet Barzek nun, daß die Pistole (die auf dem Foto nicht sichtbar ist) durch die offenstehende Autotür des NSU verdeckt sei.
Vor vier Wochen haben die Anwälte Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags auf Hinzuziehung des Vertrauensarztes Dr. Beck formuliert. Heute erst ist diese Beschwerde beim OLG, das darüber zu entscheiden hat, eingegangen. Wer verschleppt hier eigentlich den Prozeß?

Untersützungsbüro für Roland Otto und Karl Heinz Roth
Glasstraße 80,5000 Köln, Tel. 0221 / 52 05 79

SOLIDARITÄT ANGEKLAGT

SCHWÄBISCH GMÜND
24.März

Am Mittwoch, dem 16.3. begann der Prozeß in Schwäbisch Gmünd gegen vier Frauen, die ehemals in der JVA Gotteszell (Schwäbisch Gmünd) inhaftiert waren. Die Anklage lautet auf Meuterei. Was damals tatsächlich passiert ist, entnehmen wir einem Brief der mitangeklagten Bettina Vake:

„1976, 20.MAI - GOTTESZELL FRAUENKNAST

Eine gefangene Frau wird von drei männlichen Bullen brutal mißhandelt.Die Frau wurde geschleift,gezerrt, getreten und gestoßen, An den Füßen gepackt und eine ca. 50 Meter langen Gang mit Steinstufen entlanggewaltätigt, so daß der Kopf jeweils auf die Steinstufen aufknallte.

Mitgefangene, die nicht zusehen konnten, was mit der Frau gemacht wurde, versuchten diese zu retten, indem sie

die Bullenarme versuchten zu halten, sich dazwischenzustellen usw. Sie wurden ebenso angegriffen und mißhandelt, in die Brust geboxt.
Die fortgeschleifte Frau hatte extreme Schockeinwirkung, konnte nicht mehr essen, kaum sprechen, nicht mehr ihren Namen schreiben. Totale Apathie. Wir verlangten gleich nach dem Rollkommando nach einem Arzt , den man uns verweigerte.
Nach 24 Stunden endlich, einer, der nur feststellte,Schmerzen, die ich nicht sehe gibt es nicht' und ne Valium verschrieb...

Alle Gefangenen konnten als Laien erkennen,daß die mißhandelte Frau nicht nur unter Schock stand, sondern daß was kaputt ist. Die Frau selbst verlangte ständig einen Arzt und hatte furchtbare Kopfschmerzen. Wir drohten einen Hungerstreik an für den Fall, daß die Frau nicht sofort nach draußen in ein Krankenhaus zum Röntgen kommt. Sie kam ins Krankenhaus Schwäbisch-Gmünd, wo man sie sofort nach dem Röntgen zur Beobachtung wegen des Verachts auf Gehirnerschütterung dabehielt. (Diagnose vorhanden).

Leute, die mit dem Anstaltsleiter telefonierten, um sich nach dem Befinden der Frau zu erkundigen bekamen zur Antwort: ‚daß er es nicht so gerne habe, wenn man sie im Krankenhaus besuche...'. Es war ihm völlig egal, wie's der Frau geht, für ihn war nur wichtig, bestmöglichst zu vertuschen und zu verniedlichen. Der Anstaltsleiter ist übrigens derselbe, der gleich nach dem ‚Mannheimer Gefängnisskandal' im Mannheimer Knast war und der allseits bestens bekannt ist für seine Methoden der Manipulation und Beeinflussung von gefangenen Zeugen. Unter genau diesem Aspekt läuft auch derzeit ein Prozeß in Mannheim.

Wir schreiben von drinnen Berichte nach draußen über die Vorkommnisse, machten Strafanzeigen gegen die schlagenden Bullen usw.
Viele Menschen draußen waren zutiefst empört und betroffen und identifizierten sich mit unserer Situation drinnen, vor allem die Frauenzentren waren spontan aktiv. Viele FZ's machten, weil die Entfernung zu weit war, sofort schriftliche Beschwerden und zeigten sich voll solidarisch. Das Mannheimer Frauenzentrum entschloß sich spontan zu einer Aktion vor dem Knast,um uns ihre Solidarität zu vermitteln und den Bullen zu zeigen, daß sie mit uns sind und gemeinsam mit uns gegen diese Schweinerei vorgehn werden und nicht die Augen schließen.

Für uns drinnen war diese Solidarität ein kollossales Ereignis, wir hatten Mut und die Gewißheit, nicht mehr allein hinter den Mauern ohnmächtig zu hängen.

Für die Bullen war das schlimm, weil's nichts schlimmeres für die gibt als Solidarität, sie wissen daß es unsre beste und stärkste Waffe ist. Und deshalb versuchen sie uns mit allen Mitteln zu trenen und zu spalten. Die Bullen gerieten in Panik, weil sie keinen Rat wußten, wie die Solidarität zerschlagen werden kann, da diesmal ja Leute Frauen von draußen da waren. Einige neue Lage für sie...

Wir traten in einen unbefristeten Hungerstreik mit 10 Forderungen, die auf der minimalsten menschlichen Ebene lagen, d.h. Punkte, die für jeden Menschen, die ‚selbstverständlichsten Dinge' sind, über die man gar nicht spricht. Punkte, die vom Inhalt her schon aufzeigten, daß, wenn wir Gefangene Forderungen dieser Art stellen (kostenlos), wir unmenschlichen Haftbedingungen unterworfen sind.
U.a. forderten wir sofortige Untersuchungen von einem unabhängigen Gremium (von draußen und von uns gewählt), Transparenz und freie Kontakte mit wem wir wollten,innerhalb und außerhalb der Mauern.

Um so zu verhindern, daß wir drinnen zusammengeschlagen werden können und gefoltert werden. Unsere Forderungen wurden von allen FZ's unterstützt. Unsere letzte Forderung war: Keinerlei Repressalien für die Menschen, die mit uns solidarisch sind und sich über die nackte Vergewaltigung an uns Whrlosen menschlicher- und richtigerweise empören und solidarisieren mit uns gegen die Gemeinheit sind. Keine Repressalien gegen das Frauenzentrum!

Bis zur Entlassung im August hungerten wir — die mißhandelte Frau und ich — wir wurden dann von Stammheim aus der Intensivstation entlassen.

Ca. am Jahresende erfuhren wir alle, daß Anzeigen gegen die Schlägerbullen eingestellt wurden und gleichzeitig gegen uns Anklage wegen Gefangenenmeuterei erhoben ist. (Übrigens waren die Bullen , gegen die Anzeigen liefen,nach 2 Tagen wieder voll im Dienst).

Das ist die typische Form dieser Justiz: die totale Umkehrung von Tatsachen. Also Strafverfahren gegen uns und nicht gegen die Berufsschläger und Vergewaltiger!
Zur gleichen Zeit bekam eine Frau des FZ's Mannheim einen Strafbefehl wegen ‚Verstoßes gegen das Versammlungsrecht'..

Man hat von ca. 30 Frauen die da waren, bei der Aktion vorm Knast genau eine Frau rausgepickt, als ‚Rädelsführer und Wortführer'... die alte Spaltertaktik der Schweine mit der Spekulation, daß ein halbes Jahr lang ist und wir alle nichts mehr miteinander zu tun haben und inzwischen alle ‚vergaßen' und mit der ‚alten Geschichte nichts mehr zu tun haben wollen', daß jeder ‚bereut', solidarisch gewesen zu sein und sich engagiert zu haben, weil's nichts bringt ‚außer Ärger'...

2.Soll den Angeklagten klargemacht werden mittels Verurteilung daß es uns nichts angeht, nichts anzugehen hat, wenn nebenan Teile von uns totgeschlagen und mißhandelt werden, daß wir uns da rauszuhalten haben — und wenn nicht: Urteil und Strafe.
Es wird und soll uns klargemacht werden, daß wir die ‚Rechtswege nutzen dürfen' — die eh nie unser Recht sind. Die lautlosen und latenten ‚Rechte' die ihre sind und von ihnen be- und entschieden werden.

3. Solidarität — so soll uns klargemacht werden — ist kriminell. Ist illegal, strafbar. Jede menschliche Reaktion ist strafbar. Auch Liebe unter uns.

4. Was aber das schlimmste ist im Fall einer Verurteilung: Nämlich allen derzeit noch und in Zukunft drinnen hängenden Gefangenen wird mit unserer Verurteilung klargemacht und gezeigt, daß jeder Widerstand gegen Vernichtung Totschlag und Folter, sinnlos ist, unmöglich ist. Daß sie sich nicht einzumischen haben wenn nebenan mißhandelt wird, daß sie nur noch den Mund zu allem zu halten haben, daß es unmöglich ist, sich berechtigt zu wehren, weil dieses bestehende Recht nur unser Unrecht ist.

Nur noch kuschen. Daß sie nie die Wahrheit vertreten dürfen und nie sagen dürfen, was ihre Augen sehen und sei es noch so wahr. Daß sie bedingungslos ausgeliefert sind, daß sie hoffnungslos der Vernichtungspreisgegeben sind, daß Menschenwürde nur ein hohles Wort ist, daß sie nichts angeht. Daß sie in der Hand von skrupellosen Killern sind, gegen die's kein sich — wehren gibt.
Die absolute Hoffnungslosigkeit.
Eine Verurteilung von uns Angeklagten, wird eine symbolische für alle Gefangenen sein!

1977, 16.MÄRZ -SCHWÄBISCH GMÜND- AMTSGERICHT

Den Angeklagten wird untersagt, neben ihren Verteidigern Platz zu nehmen, worauf die Verteidigungs Befangenheitsanträge gegen den Richter, Dr. Röhrle stellt, da durch diese Maßnahme die Verteidigung grob behindert wird.
Der Prozeß wird nach 20minütiger Dauer vertagt. Es hatte

den Anschein, daß dem Gericht der Befangenheitsantrag gelegen kam, um die Solidarität der ca. 80 Menschen, die aus verschiedenen Städten kamen, schnell aufzulösen. der Prozeß sollte zunächst in einem Winzzimmerchen stattfinden. Mußte aber in den sogenannten ‚großen Sitzungssaal des Amtsgerichts' verlegt werden, um überhaupt eine Öffentlichkeit zu gewährleisten. Da dieser ‚Saal' nur 32 Sitzplätze hatte, wurden Eintrittskarten ausgegeben. Die bei politischen Prozessen übliche Totaldurchsuchung und einsweilige Beschlagnahmung aller mitgeführten Gegenstände fand natürlich auch hier statt.
Das Gericht konnte also nicht den stillen, heimlichen normalen Prozeß mit einer stillen Verurteilung durchziehen. Aber nicht nur die Justiz war auf die Solidarität vorbereitet. Das Stadtbild von Schwäbisch Gmünd war durch Bullen in allen Varianten geprägt. Zivile, Uniformierte, Vollzugspolizisten im und außerhalb des Dienstes observierten,fotografierten und kontrollierten die anreisenden Genossen in einem fort. Als nach dem Prozeß alle im langen hupenden Autokonvoi vor den Knast zogen, hatten sich die Bullen dort schon eingerichtet. Aus dem Schulsaal im (!) Knast wurden alle Beteiligten gefilmt. Es bildeten sich Sprechchöre: power-check-bullenweg; power-check - Knäste weg. Und die anfängliche Stille Im Knast wandelte sich bald in lautstarken Protest. Auf der Rückfahrt wurden einige Genossen von den Ordnungshütern angehalten, Personalien überprüft und mit Anzeigen bedroht.

1977, 21.MÄRZ 2.PROZEßTAG IN SCHW.GMÜND

Durch strengste ‚Sicherheitsvorkehrungen' wurde die Öffentlichkeit terrorisiert: Leibesvisitationen, Paßkontrollen, Sitzkartenverteilung, ca. die Hälfte der Plätze war schon von Zivilbullen besetzt, sodaß viele Genossen nicht reinkamen, die dann in die Stadt gingen, um die Leute über den Prozeß zu informieren. Der Rechtsanwalt stellte einen Antrag auf Rauswurf der Spitzel, da sie der Öffentlichkeit die Plätze wegnehmen und wiederholte den Antrag, daß Verteidiger und Angeklagte nebeneinander sitzen können. Es wurde nur stattgegeben, die noch freien Plätze zu besetzen, alles andere wurde abgelehnt.

Alle drei Angeklagten geben eine Erklärung über das Dasein im Knast ab, über die unmenschlichen Methoden, wie dieses System aufrecht erhalten wird:
Mißhandlungen, Demütigungen, Kaposystem, Hausstrafen, Folter, Vergewaltigung...
Danach Zeugenvernehmung.
Alle Zeugen sind Bullen aus der JVA. Ihre verlogenen und widersprüchlichen Aussagen wurden vom Richter suggestiv gefördert, die Anträge und Fragen der Angeklagten und der Verteidiger wurden abeschmettert. Durch diese Art der Verhandlungsführung entstand im Saal eine stark emotional aufgeladene aggressive Atomsphäre, bis einer der Genossen sich nicht mehr halten konnte, und seiner Empörung durch durch den Ausruf ,,Einspruch" Ausdruck gab.
Nach der Frage des Richters, wer das gewesen sei, antwortete der Genosse, daß er eine Erklärung abgeben wolle, woraufhin der Richter sofort anordnete, den Mann unmittelbar aus dem Saal entfernen zu lassen. Der Genosse sagte, daß er sich als Teil der Öffentlichkeit verstehe und darum bleibe. Daraufhin stürmten eine Horde Bullen in den Saal, um ihn gewaltsam rauszuschmeißen. Die in einer Reihe sitzenden Genossen hakten sich sofort ein und leisteten passiven Widerstand. Trotzdem gelang es den Bullen, den Genossen rauszuschleifen. Man konnte noch sehen, wie er hinter der Tür auf den Boden geschmissen wurde und wie ein ganzer Haufen Bullen auf ihn eindrosch. Alle anwesenden Genossen stürmten zur Tür und versuchten, sie aufzudrücken. Die Bullen auf der anderen Seite stemmten sich alle gegen die Tür und drückten sie immer wieder zu. Es wurde gesehen, wie der Genosse verprügelt wurde und wie ein Stück Vieh in den Keller geschleift wurde. Danach wurde die Saaltür geöffnet, alles strömte in die Halle,aber die Bullen waren sofort wieder da, um den nächsten Genossen zu holen, der dagegen protestiert hatte, daß eine Frau geschlagen worden ist. Ein Rechtsanwalt sah, wie er mit dem Kopf nach unten die Kellertreppe runtergeschleift wurde.

Der Richter wollte den Prozeß weiterführen, als wäre nichts geschehen, worauf der Rechtsanwalt dem Richter empört mitteilte, daß er gesehen habe, daß dieser furchtbare Polizeieinsatz das gleiche sei, wie der gegen die Angeklagten im Knast und daß sowie die Angeklagten jetzt nicht psychisch in der Lage seien, diesen Prozeß fortzusetzen. Die Angeklagten gaben eine Erklärung ab, daß sie den Prozeß nicht fortsetzen würden, solange die Genossen im Keller nicht in den Saal gebracht würden.Außerdem erklärten sie den Richter für befangen, da er diesen Einsatz verfügt hat, der mit der damaligen Knastsituation vergleichbar ist.
Der Röhrle drohte den Angeklagten mit einer Ordnungsstrafe wenn sie den Prozeß boykottieren würden. Die Erklärung der Angeklagten ignorierte er. Als daraufhin die Verteidigung den Befangenheitsantrag stellte, wurde die Verhandlung ausgesetzt.

Die nächste Verhandlung findet am 30.März, 8,45 Uhr in Schwäbisch Gmünd statt.

Alle Ge nossen werden aufgefordert, zu diesem schweinischen Prozeß zu kommen, und sich überall weitere Aktivitäten zu überlegen. Es wäre notwendig und gut, wenn alle eine 1/2 Stunde früher da sind, um den Einlaß gemeinsam zu organisieren.

NEUES ASYLRECHT

FRANKFURT 16. März

Vom Frankfurter Chile-Komitee eine Stellungnahme:

'Am 4. März sollte vom Bundesrat ein Entwurf des Bundesinnenministers zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz verabschiedet werden. Die in großer Geschäftigkeit und absoluter Heimlichkeit betriebene Verabschiedung kam nicht zustande, sie wurde auf den 11. März vertagt.

In 'Nr. 6 zu Paragraph 38 AuslVwv' sollen Grenz- und Ausländerbehörden ermächtigt werden, gestellte Asylanträge unter der Voraussetzung, daß sie 'asylfremde' Ziele verfolgen, als 'rechtsmißbräulich' auszulegen. Die unmittelbare Ab-, bzw. Ausweisung des Asylsuchenden wäre die praktische Folge. - Nach Nr. 4 zu Paragraph 11 kann gegen jeden Asylbewerber die Ausweisung verfügt werden - selbst, wenn ein anhängiges Gerichtsverfahren noch schwebt -, wenn mit dem Antrag nach Meinung der Behörden 'asylfremde' Zwecke verfolgt werden. (Selbstverständlich steht jedem Ausgewiesenen der Rechtsweg frei; aber was nutzt ihm daß, wenn er bereits in den Händen seiner Henker ist?)

Wer sich über die bevorstehende Änderung jener Verwaltungsvorschrift empört, übersieht möglicherweise, daß mit ihr eine gängige Ausweisungspraxis festgeschrieben wird. Es soll also der Ermessungsspielraum der Ordnungsbehörden vergrößert werden. Diese Maßnahme reiht sich somit bruchlos in die allgemein verschärfte Anwendung des Ausländergesetzes - seine Revision steht noch an - ein. Nur mit einer besonderen Variante: die Polizeiorgane des Staats sollen in Zukunft direkter und reibungsloser verfahren können, wenn ein p o l i t i s c h Verfolgter Asyl begehrt. Das bisher übliche Verfahren der Prüfung durch ein Bundesamt erwies sich schon des öfteren als hinderlich (im bürokratischen Sinn), wenn es darum ging, politisch mißliebige Personen über die Grenze abzuschieben!!!

Das neue Asylrecht ist inzwischen verabschiedet. Daß es sogleich praktiziert wird, belegt eine Information von 'Amnesty International':

Die Organe der chilenischen Militärjunta versehen den Paß jedes Chilenen, der als 'unerwünscht' eingestuft wird, mit einem 'L' (Bedeutung unbekannt). Da die westdeutschen Grenzbehörden nicht jeden Touristen aus Chile - ob Geschäftsmann, DINA–Geheimagent oder politischer Flüchtling - erkennen können, übernehmen sie schlicht das Kriterium der chilenischen Faschisten und weisen Leute mit dem 'L' ab. Es ist dieselbe Praxis, die vor 35 Jahren von der Schweiz Menschen gegenüber angewandt wurde, die den Judenstern tragen mußten.

REFORMVOLLZUG IN TEGELTOWN

WESTBERLIN
22.März

Aus einem Brief aus der JVA Tegel:

„Liebe Menschen, jetzt geht es aber hier in Tegeltown los!

Die Knastsäcke drehen total durch! Und drehen den ‚Reform'vollzug immer weiter zurück! So ist dem hiesigen Anstaltskommandanten Glaubrecht und seinem Gefolge: Kohlhaas, Ort, Arnold, Wendt und dann so weiter diese Faschistenclique abwärts (oh ja, ganz tiiiiiiiiieffffff) in der letzten Zeit ziemlich viel Scheiße ins Gehirn gekommen!

1. den Einkauf haben die Schweine auf 26 DM herabgesetzt! Wer nicht jetzt nach Arbeit rennt und dafür Terror macht, kriegt keinen Einkauf, weil „er sich nicht bemüht hat"!

2. Dem Genossen Horst Mahler haben die Faschisten jetzt Zellenarbeit angeboten, wo diese Säcke gar keene haben!!! Aber Einkauf kriegt er trotzdem nicht, weil er die „Arbeit abgelehnt" hat!!! Wer kann Arbeit ablehnen, die er gar nicht hat?

3. Die Oster- und Geburtstagspakete haben se uff WERTinhalt von 26 DM festgesetzt!! Also so grad 400 Gramm Kaffee und schon ist der Ofen aus!! 26,- DM für Nahrungs- und Genußmittel!

4. Wer nun keen Geld hat, und arbeitet und ooch keen Paket von irgendwoher erhält, der konnte sonst von der Rücklage einkaufen, det geht ooch nich mehr, denn jetzt muß derjenige – wat se heute Überbrückungsgeld nennen, vollhaben (zum Beispiel ein Lediger 570 DM Rücklage). Det heißt, dat der so etwa mindestens zwei Jahre im Knast ackern muß, bis er sich nen Paket koofen kann!

Hinweis: Früher waren de Pakete so bis 40,-DM WERTinhalt für Kaffee und so angesetzt, jetzt aber haben die Mistsäcke det ooch herabgesetzt.

6. Dann können hier die Gefangenen Blutspenden. (Wir wollen mal nich darüber reden, ob det nun hier richtig und sonstwie richtig ist), dafür gibt es 35,- DM. Die konntest de sonst zusätzlich zum Einkauf nehmen. Jetzt machen die Schweine det so, daß die, die kein Eigengeld zum Einkauf haben, wat se ooch nur kriegen, wenn sie ohne Schuld ohne Arbeit sind; die kriegen nun Taschengeld: 1,09 DM Pro Arbeitstag (!), also da streichen die Schweine det Taschengeld gleich wieder ein und sagen, du hast ja Blutgeld erhalten. Also hat keener keen Pfennig von dieser Knete!

7. Dann haben se ooch hier jetzt ne neue Masche druff wegen der ganzen Initiativzeitungen. Die lehnen se mit § 68 des Strafvollzugsgesetzes ab und zusätzlich sagen die Scheißer, daß wir die hier nich über Vermittlung der Anstaltsaffen bezogen haben.

8. Die wenigen einigermaßen noch auszuhaltenden Beamten hier fangen se jetzt an nach der Isohölle Moabit zu ‚verlegen'! Also verschleppen se nicht nur uns, sondern ooch jetzt ihre Bullen selber!

Na dann, auf denn, nen fröhlichen Ostermarrrrrrrrrrsch!!!"

Wegen den neuen Vorschriften haben Gefangene eine gemeinsame Beschwerde gegen den Berliner Justizsenator und den Leiter der JVA Tegel eingereicht. Darin heißt es u.a.:

„Nachdem sich die ‚Errungenschaften' des Strafvollzugsgesetzes als unverschämte Propagandalügen entpuppt haben, werden wir jetzt Zeugen, wie die Vollzugsbürokratie dieses erbärmliche ‚Reform'gesetz und ihre eigenen Ausführungsvorschriften auch noch mit Füßen tritt. § 33 StVollzG sieht vor:

> „Der Gefangene darf dreimal jährlich in angemessenen Abständen ein Paket mit Nahrungs- und Genußmitteln empfangen. Die Vollzugsbehörde kann Zeitpunkt und Höchstmengen für die Sendung und für einzelne Gegenstände festsetzen."

Das Gesetz spricht also eindeutig nur von der Festsetzung von Höchstmengen. Eine Ermächtigung zur Bestimmung von Wertgrenzen ist darin nicht enthalten. Denn sowohl nach dem allgemeinen als auch nach dem juristischen Sprachgebrauch sind Mengen und Preise (Werte) verschiedene Dinge. Die Herabsetzung der Wertgrenze würde unsere Angehörigen nur veranlassen, gegen ihren Willen – also auch zu ihrem Ärger – die billigsten Qualitäten in die Pakete zu geben, damit wir wenigstens mengenmäßig über die Runden kommen. Wir sollen also nicht nur bei der Anstaltsverpflegung, sondern jetzt auch bei der Geschenksendung unserer Angehörigen mit Ausschußwaren abgespeist werden. Da die Preise für Tabak und Kaffee seit dem 1.1.77 steil angestiegen sind, wirkt sich die Herabsetzung der Wertgrenze besonders einschneidend aus.

Die von der Vollzugsbehörde angestrebte Regelung ist auch praktisch garnicht durchführbar. Wie sollen die Kontrollbeamten den Wert der Paketinhalte feststellen? Sollen unsere Angehörigen die Rechnungen beilegen? Viele Absender füllen – um das Verpackungsgewicht zu vermindern – die Genußmittel um in Plastikbeutel. Soll dann etwa jeder einzelne gewogen, die Qualität (vielleicht durch Kosten) ermittelt und dann der Preis taxiert werden? Oder will man die Absender zwingen, zum Beispiel Pulverkaffee originalverpackt in den schweren Gläsern zu schicken?

Die Wertgrenze muß sofort zurückgenommen werden!
Die Herabsetzung des Höchstbetrages für den Ersatzeinkauf muß sofort zurückgenommen werden!

Wir werden unsere Angehörigen und Freunde auffordern, die willkürliche Wertgrenze zu ignorieren. Etwaige Versuche der Kontrollbeamten, die Pakete ganz oder teilweise wegen Überschreitung der Wertgrenze zurückzuweisen, werden wir nicht hinnehmen!"

DIE SCHNÜFFLER WERDEN IMMER SCHLAMPIGER

KÖLN
März 1977

Im ID 165 berichteten die Genossen vom Bochumer Bücherladen, daß bei ihnen nicht nur Briefe und Pakete von interessierten Stellen offensichtlich vor der Auslieferung begutachtet werden, sondern daß die Herren sich immer öfter sich nicht mal die Mühe machen, die untersuchten Sendungen wieder zu verschließen.

„Der „andere Buchladen" in Köln, Zülpicherstr. 197, hat jetzt auch seine Erfahrungen mit den Praktikern der Hüter unserer Freiheit gemacht. Aus ihrem Brief an das zuständige Postamt geht hervor:

„Am 15.2.1977 erhielten wir eine Nachnahmesendung des Verlages Arndtstr. in Frankfurt/Main. Als wir nach den Karnevalstagen dieses Päckchen öffneten, stellten wir fest, daß sich vier der in Rechnung gestellten Bücher nicht in der Sendung befanden.

Ein der verschlossenen Sendung beiliegender Brief wurde von uns arglos geöffnet. Erst später stellten wir fest, daß es sich hierbei um ein nicht an uns gerichtetes Einschreiben der Israelischen Botschaft handelte (RO80 dd Bonn Bad Godesberg).

Inhalt der Sendung war der israelische Pass Nr. 976261. Unser Geschäft befasst sich in erster Linie mit dem Verkauf von Büchern, Zeitschriften, Plakaten und anderen Druckwerken, zu denen aber keine Pässe gehören. Wir haben auch nicht die Absicht, etwa jetzt mit dem An- und Verkauf von Pässen zu beginnen. Deshalb können wir den Pass auch nicht als Ausgleich für die fehlenden Bücher (3 Exemplare „Antifeministen", je 16.-- und ein Exemplar „Neuorientierung", DM 5.--) ansehen.

Wir wenden uns nun an Sie, in der Hoffnung, uns bei der Wiederbeschaffung der fehlenden Bücher behilflich zu sein. Insbesondere interessiert uns aber die Frage, wie es möglich ist, daß ein eingeschriebener Brief der israelischen Botschaft, der nicht an uns gerichtet war, in eine verschlossenen Sendung an uns gelangen konnte. Sollte es sich hier etwa um eine Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses handeln?

Wir haben mit gleicher Post die israelische Botschaft benachrichtigt, mit der Bitte, den Pass seinem rechtmäßigen Eigentümer zukommen zu lassen.

Abschließend möchten wir Sie noch bitten, den Sicherheitsbeauftragten der Post über den Vorfall in Kenntnis zu setzen, damit diese Angelegenheit geklärt werden kann.

Hochachtungsvoll..."

KONFERENZ GEGEN REPRESSION IN DER BRD

L ONDON/FRANKFURT
22. März

Am 7./8. Mai findet eine Konferenz in London gegen die Repression in der BRD statt. Der Veranstalter der Konferenz ist die Campaign against Repression in West Germany. Die Konferenz ist in verschiedene 'Workshops' (Arbeitsgruppen) aufgeteilt worden, nämlich: Frauen – Polizei und der repressive Apparat – Knast und Justiz – Immigranten in der BRD – Berufsverbot und Schule – § 88a, Zensur und Medien – AKWs, Bürgerinitiativen und die Linke.

Britische Genossen/innen, die in den verschiedenen Bereichen aktiv sind, sind zu den entsprechenden Workshops eingeladen worden. Die Workshops werden von in der BRD arbeitenden, deutschen und ausländischen Genossen/innen geleitet. Außer den Workshops gibt es Filme, Video, Theatergruppen und ein großes Fest. Genoss innen und Genossen, die Interesse haben, mit nach England zu fahren, sollen so bald wie möglich an den ID schreiben.

BERUFSVERBOTS–DEMONSTRATION NIEDERGEKNÜPPELT

LEVERKUSEN
23.März

Aus Leverkusen erreichte uns ein Bericht über ein Berufsverbot bei der Arbeiterwohlfahrt und seine Folgen:

„Anfang Februar wurde dem nebenamtlichen Mitarbeiter im Haus der Jugend, in den Kämpen, Günther Glocksin, telefonisch vom Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Werner Kubitzki, fristlos gekündigt. In der offiziellen schriftlichen Kündigung, die übrigens erst auf Druck des Arbeitsgerichts ca. einen Monat später ausgehändigt wurde, heißt es, daß Günther Glocksin von der Veröffentlichung eines Artikels, der unsaubere Personalpolitik beschreibt, gewußt habe und dies nicht sofort dem Geschäftsführer Kubitzki mitgeteilt hat. (In der 'Fachsprache' heißt das: 'Verletzung der Loyalitätspflicht gegenüber dem Arbeitgeber'!) Jeder Mitarbeiter der AWO, der sich nicht zu Spitzel- und Zuträgerdiensten verpflichten läßt, läuft also Gefahr, aus diesem Grunde gefeuert zu werden.

Gegen diese Zustände fand am Donnerstag den 10.3. eine Demonstration statt. Ca. 250 Leute zogen unter 'Polizeischutz' von der Leverkusener City bis zur AWO-Geschäftsstelle in Küppersteg. Dort warteten bereits ungefähr 30 uniformierte Polizisten. Die gesammelte AWO-Belegschaft, allen voran Geschäftsführer Kubitzki und sein Rechtsberater Gurk, standen auf dem Balkon des AWO-Gebäudes und amüsierten sich offensichtlich.

Die Türen zur Geschäftsstelle waren selbstverständlich geschlossen. Nachdem Kubitzki zunächst immer wieder in Sprechchören ergebnislos aufgefordert wurde, sich einer Diskussion zu stellen, ließ er sich schließlich dazu herab, durchs Polizeimegaphon zu verkünden, daß er hoffe, die Jugendlichen verständen seine Entscheidungen und daß er im übrigen zu einer Diskussion nicht bereit sei. Sprachs, drehte sich um und verschwand wieder in seiner Festung.

Die Reaktion darauf war, daß ihm einige rohe (noch nicht mal faule) Eier hinterherflogen.

Während der ganzen Zeit wurde vom Balkon der AWO aus von zwei Männern in zivil gefilmt, die auf jede Aufforderung, damit aufzuhören, lediglich mit einem Grinsen reagierten. Wen wundert's, daß sie zur Zielscheibe der restlichen Eier wurden?

Und dann ging's los: die Bullen knüppelten mit einem Mal wild auf die Jugendlichen ein. Die meist hilflosen Versuche, sich aus der Gewalt der Bullen zu befreien, wurden mit brutalen Aktionen beantwortet.

Typisch für das Vorgehen der Bullen war, daß sie meist zwei oder mehr einen Demonstranten zum Einsatzwagen oder ins AWO-Gebäude schleiften und ein anderer Bulle hinterherlief und mit dem Schlagstock auf den Kopf des Betreffenden eindrosch. Es gab unter uns viele Verletzte. Die Verletzungen gehen von Würgemalen am Hals, schweren Hautabschürfungen, blauen Augen, herausgeschlagenen Zahnkronen bis hin zu schweren Gehirnerschütterungen.

Auf die Aufforderung hin, für ein Mädchen, das buchstäblich krankenhausreif geschlagen wurde, einen Krankenwagen zu alarmieren, wurden wir von den Bullen darauf hingewiesen, daß wir das an der nächsten Telefonzelle (Entfernung ca. ein halber Kilometer) selbst machen könnten. Im übrigen fehlte uns laut Polizei „ein kleiner Hitler". Derlei Beispiele ließen sich endlos fortsetzen.

Während der brutalen Prügelscene, die sich auf der Strasse vor der AWO abspielten, standen Kubitzki und Konsorten auf dem Balkon des AWO-Gebäudes und spielten das Publikum in diesem makabren Schauspiel. Zu einem solchen Verhalten muß wohl nichts mehr hinzugefügt werden.

Fünf von uns wurden festgenommen und auf der Wache 3 Stunden lang erkennungsdienstlich behandelt. Die Anzeigen reichen von Lnadfriedensbruch, Widerstand gegen die Vollstreckungsbeamten über Sachbeschädigung bis hin zur Körperverletzung.

Die Repressalien der AWO ließen auch nicht lange auf sich warten:

Gleich am drauffolgenden Tag, Freitag, den 11.März, war das Haus der Jugend 'bis auf weiteres' geschlossen und es wurde bekannt, daß zwei weitere nebenamtliche Mitarbeiter fristlos entlassen sind und für sämtliche Einrichtungen der AWO Hausverbot haben. Darüberhinaus ist von Kubitzki angekündigt worden, daß zwei Ersatzdienstleistende versetzt werden.

Durch die Schließung des Hauses soll die Bewegung offensichtlich blockiert werden. Die lokale Presse tut ein Übriges dazu, das Ganze zu diffamieren. So sind z.B. die Presseberichte zusammengesetzt aus Polizeiberichten und AWO-Stellungnahmen. Fazit: Es sind mal wieder „linke Extremisten", die die an sich ja so harmlosen Jugendlichen „unterwandert und schamlos ausgenutzt" haben!

Unsere nächsten Aktionen: Vollversammlungen, jede Menge Öffentlichkeitsarbeit (Fotodokumentationen über die Demo, Info-Stände, Wandzeitungen, Flugblattaktionen) Presseerklärungen, Leserbriefe, Demo etc.

Info- und Kontaktadresse:

Leverkusener Stadterreger c/o Günther Glocksin
Burscheider Straße 40, 509 Leverkusen 31

NEUER PROZESS ZUM „ASTA-GERANGEL" IN MARBURG

MARBURG
März 1977

Im Mai 1976 war es in Marburg zu einer sponaten Aktion gekommen, um den Asta (MSB und SHB) seines Amtes zu entheben. Dabei wurden zwei Genossen der Basisgruppen und eine KSVlerin willkürlich herausgegriffen , verhaftet und ange-

klagt. Der erste Prozess fand im Oktober 1976 statt, währte drei Tage und wurde dann vertagt. Marburger Genossen der Basisgruppen schickten uns jetzt einen Bericht der neuesten Ereignisse:

„Nach den letzten Prozessen gegen Hans-Werner Schreiner und Jürgen Buckel von den Basisgruppen und einer KSVlerin im Oktober 76 (s. ID 147) haben Genossen aus den Basisgruppen eine Arbeitsgemeinschaft gebildet, die sich seitdem kontinuierlich (!) mit diesen Prozessen und der Rolle von Recht und Justiz im großen Rahmen befasst hat. Die Neuauflage des ersten Prozesses stand jetzt am 7./8. März vorm Landgericht Marburg an. Da dieser Termin sinnigerweise in die Ferien gelegt wurde, war es zuerst mal wichtig, eine breite Öffentlichkeit zur Unterstützung der angeklagten Genossen herzustellen. Hier überlegten wir (die AG) uns hier in Marburg neue Aktionsformen, weil wir bezweifeln, daß mit den konventionellen Agitformen noch jemand hinter dem Ofen hervorzulocken ist. Und wir brachten folgendes auf die Beine:
— ne Menge Lieder, die der Öffentlichkeit, in den letzten Seminaren, einigen Kneipen und Schulen, der Mensa und am langen Samstag in der Stadt präsentiert wurden. Unterstützt wurden wir von Werken Brechts, Frieds und Zahls.
— Der Magistrat ließ es sich nicht entgehen, über Nacht in Zusammenarbeit mit Justiz und Univerwaltung die Marburger Bevölkerung mit einer amtlichen Bekanntmachung in Form von Plakaten und Hauswurfsendungen über seinen „rechten" Weg aufzuklären. Leider folgte niemand aus der Bürgerschaft seinem Aufruf, der Aburteilung von Linksradikalen beizuwohnen, das Stadtwappen geriet ihm auch noch falschherum auf das Papier...
— Am Wochenende vorm Prozess rockte sich die ca. 98. Fete zur Füllung der Un- und Prozesskostenkasse bis zum späten Morgen durch.

Am Montag, 7. März, ging der 1. Prozess los. Die Anklage -Hausfriedensbruch- (Kläger SPD-Unipräs. Zingel), Widerstand gegen die staatliche Gewalt und schwere (!) Körperverletzung (die ein verstauchter Bullenfinger war und daher ein Bulle als Kläger auftrat) — wurde auf Widerstand und fahrlässige Körperverletzung reduziert. Obwohl Zingel auf seine Friedensbruchklage bestand, verwarf sie das hohe Gericht. Trotz der widersprüchlichen Aussagen der Bullen wurden die beiden Angeklagten natürlich verknackt: 300.-- bzw. 225.-- DM und Prozesskosten (einige tausend Mark!). Spenden sind schon eingegangen, aber bei der immensen Summe noch zu wenig.

Die für uns wichtigste Erfahrung war die Vorbereitung und die Durchführung der Solidaritätsdemo am 1. Verhandlungstag. Die Kundgebung vorm Gericht selbst war verboten worden, sie sollte in einer unbedeutenden Nebenstrasse stattfinden. Der MSHB Asta folgte diesem Befehl natürlich widerspruchslos, während sich die Basisgruppen und KB, KSV, KSB (Zusammen ca, 250 Leute) einig waren, Widerstand dagegen zu leisten, indem sie versuchten, vors Gericht zu ziehen. Erwartungsgemäß verpissten sich die MSHBler und Asta-Prominenz bei der Demo in besagte Nebenstrasse und begannen, etwas kundzugeben. Zur gleichen Zeit riegelten etwas 20 Bullen den Weg zum Gericht ab, und gingen auf uns los, nachdem sie vorher den ASTA darüber informiert hatten. Davon erfuhren wir schon zwei Tage später. Im allgemeinen Chaos wurden dann zwei Genossen festgenommen, die mit einer Vorladung rechnen können.

Der beschissene Ablauf ist auf strategische Fehler und auf noch nicht genügende Verständigung über den Sinn der Aktion (Problem der Inhaltlichkeit von Ideen, die sich in Widerstandsformen artikulieren) zurückzuführen. Was wir hier nicht in Kürze und dokumentarisch widergeben können, sind die Schwierigkeiten, unsere Aktionen so zu reflektieren, daß gemachte Lernprozesse sich in den folgenden Aktionen auch darstellen.

JUGENDPRESSEKONGRESS GEPLANT

FRANKFURT 23. März

Die Deutsche Jugendpresse (djp), ein Verein, den verschiedene Jugendzeitschriften gegründet haben, plant einen Jugendpressekongreß unter dem Motto: 'Für eine freie Jugendpresse - gegen Zensur und Repressalien' vom 3. bis 5. Juni in Frankfurt, in dessen Verlauf auch eine größere Veranstaltung gegen die Einschränkung der Jugendpressefreiheit stattfinden wird. Eingeladen sind Redakteure aus Schüler-, Lehrlings-, Studenten- und anderen Jugendzeitungen. Informationen gibts beim:

Tagungsbüro der Deutschen Jugendpresse e.V., Junge Presse Hessen, Große Bockenheimer Straße 29, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/28 58 07

HEIMSCHLIESSUNG ALS REAKTION AUF MIETSTREIK

FRANKFURT 22. März

Seit März 1975 befinden sich die Bewohner des Broßwitzheims in Frankfurt in einem Mietstreik. Ziel des Streiks war, einerseits gegen die materielle Misere der Studenten wie Bafög-Kürzungen, Erhöhung der Lebenshaltungskosten usw. anzukämpfen, sich andererseits gegen unzumutbare Wohnverhältnisse im Heim (seit 6 Jahren keine Renovierungen, 6 Kochplatten für 50 Bewohner) zu wehren. Wir bezahlten weiterhin die alte Miete an den Träger des Hauses, die Stiftung Studentenhaus und nicht die vom Stiftungsvorstand durchgesetzten neuen Mieten.Seit Januar 77 wird die Hälfte der alten Miete von uns zurückgehalten, nachdem sich der Vermieter weiterhin weigerte, hier zu renovieren. Das tun wir jetzt selbst, von der halben Miete, die wir einbehalten.

Nachdem die Versuche des Vermieters, den Streik mit Hilfe von Drohungen, Erpressungen (bei Ausländern mit der Anzeige bei der Ausländerpolizei und Botschaft) sowie Kündigungen zu zerschlagen, ins Leere gingen, im Gegenteil die Streikbeteiligung immer höher wurde (80%), griff dieser jetzt zur drastischsten Methode: Geschäftsführer Grawe beschloß durch seinen Marionettenvorstand die Schließung des Heimes. „Wir sind Ihnen keine Begründung schuldig." und „Alle, die keine Mietschulden haben (die hat natürlich jeder Mietstreiker), können einen Platz in einem anderen Wohnheim erhalten" war alles, was Grawe noch zu sagen hatte. Die Vorstandssitzung, auf der dies beschlossen wurde fand hinter verschlossenen Türen statt und wurde vorher nicht einmal angekündigt.

In der Presse (FR vom 11.3.77) labert Grawe weiter:„Das Heim müsse aus wirtschaftlichen Gründen geschlossen werden." Verständlich! — In seinen neu ausgebauten Betonsilos Ginnheim I und II stehen augenblicklich 70 Zimmer leer. Dort sollen wir einkaserniert werden, in die von dortigen Bewohnern geforderten Gemeinschaftsräume!!

Der vorläufige Gipfel seiner Spaltungs- und Lügenpolitik war seine Presseerklärung, daß der Vorstand seinen Beschluß möglicherweise revidiere, falls ihm der Hausbesitzer, die Bundesvermögensverwaltung, ein günstigeres Pachtangebot mache. Vom Hausbesitzer erfuhren wir dann, daß von Herrn Grawe keinerlei Angebote vorlägen. Sie selbst seien bereit, der Stiftung 50%! der Miete zu erlassen. Uns erzählt Grawe: „Die Verhandlungen sind sehr sehr schwierig geworden.".... und Kündigungen schickt er uns zur gleichen Zeit!! Am 30. April sollen wir das Heim verlassen haben. Inzwischen schickt er auch Hausmeister hierher, die den Auftrag haben, Wandzeitungen abzureissen. Wir haben ihm daraufhin Hausverbot erteilt.

Wir sehen in dem Beschluß des Vorstands einen Angriff auf unseren notwendigen Kampf gegen unsere miserablen Lebensbedingungen. Es ist insbesondere ein Schlag gegen Studenten aus sozial schwachen Verhältnissen, denn gerade diese müssen in Studentenwohnheimen leben. Es ist weiterhin ein neues Beispiel von Wohnraumzerstörung in Frankfurt, denn das Haus, ein ehemaliger Luftschutzbunker, würde anschließend wahrscheinlich leer stehen.

Wir lassen uns das nicht gefallen und bleiben drin!!

- Keine Schließung – Wir bleiben drin!!!
- kein Rausschmiß der Mietstreiker –
- für die noch anstehenden Renovierungen und 90 Mark Miete danach –
- Übernahme durch das Studentenwerk –
- für Selbstverwaltung in allen Heimen –

Die Heimbewohner

(Kontaktadresse: Studentenwohnheim, Konrad Broßwitz-Straße 45, 6000 Frankfurt)

LEHRSTÜCK REITSTALLVIERTEL

GÖTTINGEN
21. März

Am 9. März um 5 Uhr morgens wurde auf Beschluß der Stadt Göttingen das von friedlichen Demonstranten besetzte städtische Haus Weender Straße 79 von Polizei gewaltsam geräumt und anschließend sofort abgerissen.

Seit Montag, den 7.März, war das Haus erfolgreich besetzt worden, um den Abbruch des Reitstallviertels zu verhindern. Die Besetzung fand breite Unterstützung. Ebenso erreichte die Bürgerinitiative Nördl. Innenstadt 4 Resolutionen und Solisaritätsadressen aus Göttinger Betrieben, die die Aktion voll unterstützten.



Photos: Einheiten der Polizei und des Bundesgrenzschutzes riegelten am 9. März das Gebäude des Reitstalls in Göttingen (Oetker-Besitz) hermetisch ab und räumten es unter brutalem Einsatz gegen passive Demonstranten. (ID-Bilderdienst)

Im Stile einer Notstandsübung riegelten 7 Hundertschaften Polizei und Bundesgrenzschutz das gesamte Viertel hermetisch ab und vertrieben ca. 100 Demonstranten vor dem Haus. Danach brachen sie im Schutze der Dunkelheit mit Sägemaschinen und Brechwerkzeugen durch die Nord- und Südwand des Hauses.

Die 22 Hausbesetzer leisteten nur passiven Widerstand. Sie wurden festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt.

Das Viertel blieb den ganzen Tag über hermetisch abgeriegelt. In Polizeistaatsmanier wurden Anwohner erst nach Ausweiskontrollen durchgelassen und teilweise auf ihrem Weg bis zur Wohnung überwacht.

Im Schutze dieser totalen Abriegelung wurde das Haus vollständig dem Erdboden gleichgemacht.

Damit räumte die Stadt dem Oetkerkonzern ein wesentliches Hindernis aus dem Weg.

Dies war der vorläufige Höhepunkt einer jahrelangen Spekulation.

Seit Januar 77 riß Oetker planmäßig seine Häuser ab. Um einen profitablen Neubau errichten zu können, fehlte ihm jedoch das städtische Grundstück Weender Straße 79, auf dem zwei Häuser stehen (Vorder- und Hinterhaus).
In offiziellen Erklärungen behaupten Rat und Verwaltung ständig, daß sie mit diesem Faustpfand Oetker an einer Verwirklichung seiner Großbaupläne hindern wollten.
Tatsächlich aber streben Oetker und Stadt gemeinsame Ziele an. Mit großzügigen Versprechungen hat die Stadt den Konzern ins Viertel hineingeholt. Folgerichtig deckte sie nicht nur dessen jahrelange Zweckentfremdung und Zerstörung von Wohnraum, sondern ebnete ihm schließlich mit dem Abriß eines eigenen Hauses den Weg zur Verwirklichung seiner Pläne.

In diesem Fall wird zur Rechtfertigung behauptet – so der Oberstadtdirektor Busch – „. . . diese Maßnahme sei notwendig, um die öffentliche Sicherheit und Ordnung wiederherzustellen."

DAS 100 000 MARK — MISSVERSTÄNDNIS DES ANTON KUHNERT ODER: WIE ZERSTÖRT MAN EINEN BETRIEBSRAT

OBERWILDFLECKEN 22. März

In Oberwildflecken in der Rhön, da arbeiten 500 Leute in einer *Papierhülsen* - und *Papprohrfabrik*, ihre Arbeitskraft bringt dem geschäftsführenden Gesellschafter *Anton Kuhnert* einen Jahresumsatz zwischen 50 und 60 Mio. DM.

Kuhnert ist ein unheimlich sozialer Typ, seit 1952 hat er über sechs Millionen DM an 'seine' Belegschaft an zusätzlichen Leistungen verteilt, und am 7.12.1976 hat Kuhnert auf einer Betriebsversammlung der Belegschaft nochmals einhunderttausend DM angeboten, wenn sie darauf verzichten würde, einen Betriebsrat zu wählen. Ein Teil des Geldes, den würden die Kollegen gleich direkt auf die Hand bekommen und mit dem Rest, da wollte Kuhnert ein duftes Betriebsfest machen.

Mit den Betriebsfesten, da hat's dieser Mann, der auf ganz besondere Art das Problem der Existenz eines Betriebsrates löst. Bei der Papierhülsenfabrik Paul & Co gab's einen Betriebsrat, doch der wollte nicht ganz so wie der Chef und eines Tages wurde geklagt, weil der liebe Herr Chef doch glatt vergessen hatte, daß es ein Betriebsverfassungsgesetz gibt - nicht etwa weil er der Meinung war, daß es ohne sozialer ginge, sondern weil er ohne Zustimmung des Betriebsrates Kündigungen aussprach und auch sonst sechs konkret angeführte betriebsverfassungsrechtliche Pflichten verletzt hatte.

Kuhnert ließ seine Betriebsräte antanzen und erklärte ihnen, wenn dieses Beschlußverfahren nicht zurückgezogen würde, dann müsse er einiges überdenken, so wörtlich:
'Ich habe drei Tage vor dem Betriebsausflug, ein Sonderzug war bestellt, davon erfahren (vom Gerichtsverfahren A.d.Verf.) und gesagt, daß ich mir den Ausflug noch einmal überlegen müsse, wenn dieser Antrag des Betriebsrates nicht zurückgenommen werde.'

Der Betriebsrat kriegte Muffensausen, zog den Antrag zurück und kurze Zeit später löste er sich ganz auf. Kuhnerts Betriebsfest war gesichert.

Doch nicht überall laufen hauptamtliche Gewerkschafter herum, die nichts tun, hier tat einer was und die IG Druck übernahm den Fall des zurückgetretenen Betriebsrates und vor dem Arbeitsgericht wurde dem 'sozialen' Kuhnert aufgetragen, sich an das Betriebsverfassungsgesetz zu halten, andernfalls man ihm eine Strafe von DM 20.000,– aufbrummen müsse.

Für Kuhnert, der dieses Urteil würdigte, heißt das: 'Das Urteil ist keine Bestrafung, nicht einmal eine Feststellung, das ist so ein Bußgeldkatalog, wie im Verkehrswesen!' Obwohl Kuhnert den berühmten Blick durch die RÖHRE getan hat, geht sein Abtrieb der Rechte weiter; ein Belegschaftsmitglied äußert sich statt ihm:

'Innerhalb des Betriebsrates klappte es nicht so, man stritt wegen Bagatellen. 99% stehen hinter dem Chef, wenn man von dem etwas will, da darf man nicht gleich mit der Faust auf den Tisch hauen, es geht doch auch anders, das muß man eben im Umgang mit dem Herrn Kuhnert berücksichtigen.'

An all diesem schrecklichen Mißgeschick ist auch einer schuld, der Betriebsratsvorsitzende Werner Mohr. Den hat der Chef beurlaubt, wie das so läuft, erzählt er auch sehr offen: 'Der Mann hat sowieso noch Urlaub, und er hat ihn auch nötig. Das hat mit der Misere nichts zu tun. Der Mann ist so nervös, der ist zur Zeit überhaupt nicht in der Verfassung zu arbeiten. Mit solch einem Menschen hat man nur Ärger. Mohr ist ein Weltverbesserer, der glaubt, nur mit Hilfe der Gewerkschaft zum Ziel zu kommen. Er rennt den ganzen Tag herum und sucht nach Paragraphen, mit dem er mir eins auswischen kann!'

Aber Kuhnert ist ein rechter 'Reformer' - er hätte lieber SPD-Abgeordneter werden sollen - im Arbeitskreis 'Reform des Betrugsverfassungsgesetzes' wäre er sicherlich eine gefragte Fachkraft - für seine 500 köpfige Belegschaft schlägt er statt des Gesetzes einen Vertrauensmann für Angestellte und Gewerbliche vor, die würden ausreichen, da brauche man dann keinen Betriebsrat mehr.

In letzter Zeit scheinen die Unternehmer immer neuere Tricks zu verwenden, um so in der arbeitenden Bevölkerung als Heilsbringer und Sonnenscheinchen der Gewinnscheffelei gut anzukommen.

Wir haben einen Kollegen gefragt, ob es wirklich so sei, daß 99% der Kollegen hinter Kuhnert stehen würden? 'Nein, aber was willst denn machen, der hat als einziger hier in der Gegend sichere Arbeitsplätze, sonst gibts kaum was zum arbeiten. Da halten wir alle lieber die Schnauze, obwohl ein Betriebsrat schon wichtig wäre.'

Kuhnert: 'Wir sind eine Familie und regeln alles selbst!'

Bald wird der Chef dann wohl, mit Zustimmung seiner zwei 'Vertrauensleute' die Prügelstrafe einführen.

JUGENDZENTRUM IM SCHWABENLAND BESETZT

STETTEN 23.März

Das Jugendzentrum in Stetten (in der Nähe von Stuttgart) hat uns folgende Erklärung geschickt:

„Am Freitag, dem 18.3., haben wir unser Jugendzentrum besetzt. Im November letzten Jahres hat die Gemeinde unser

Jugendzentrum geschlossen, weil wir ihren Nutzungsvertrag nicht unterschrieben haben. Mit diesem Nutzungsvertrag versucht die Gemeinde, die Selbstverwaltung im JZ kaputtzumachen. (Keine Geldmittel für den Ausbau und die laufenden Kosten des JZs, jederzeitige fristlose Kündigung, kein Alkohol, keine Tanzveranstaltungen, sonstige Veranstaltungen auf der Basis der FDGO; wir sollen die Eigentümerhaftung der Gemeinde übernehmen usw.)

Die Gemeinde sagt uns, sie verhandele nicht mehr mit uns über den Vertrag, nur wenn wir unterschrieben, könnten wir - vielleicht - Geld bekommen.
Die Gemeinde bekam vom Regierungspräsidium einen Zuschuß von 10 000 DM für das JZ. Das hat sie uns verschwiegen und jetzt will sie uns das Geld nicht auszahlen. In Stetten bekommen wir nirgends Räume, wo wir uns treffen können, überall sind wir nicht erwünscht. Unsere Geduld ist zu Ende. Deshalb haben wir das Jugendzentrum wieder eröffnet und stellen an die Gemeinde folgende Forderungen:

- vollständiger Ausbau des Jugendzentrums
- sofortige Freigabe der 10 000 DM
- rechtliche Absicherung des Hauses auf der Grundlage des von uns vorgelegten Mietvertrages.

Unterstützt unsere Hausbesetzung und unsere Forderungen. Schickt Solidaritätsschreiben an:

Gemeinderat Kernen Bürgermeisteramt
7053 K e r n e n im Remstal

mit einem Durchschlag an uns:
Jugendzentrum in Selbstverwaltung
Postfach 2101; 7055 Stetten
Spendenkonto:
Jugendzentrum Stetten Konto-Nr. 32 99 32
Kreissparkasse Waiblingen "

DOCH ABRIß DER ALEXANDERSTRASSE

STUTTGART
15. März

Das Haus in der Alexanderstr. in Stuttgart, das am 21. Februar besetzt wurde und vorher vier Jahre leerstand, soll abgerissen werden. Bisher lag noch keine Abrißgenehmigung vor, vom Oberbürgermeister der Schwabenstadt, Rommel von der CDU, gabs lediglich die Stellungnahme: zumindest die Fassade ist erhaltenswert (s. ID 166). Die Initiative zum Erhalt für Wohnraum schreibt über die neusten Entwicklungen folgendes:

„Zwar stellte die Stadt laute Überlegungen an, ob sie dieses Haus nicht doch noch kaufen soll, um es zu erhalten und ein „Männerwohnheim" daraus zu machen. Angeblich ist dies die billigste Möglichkeit, das Haus zu erhalten!? Aber diese Überlegungen waren wohl eher dazu gedacht, die Nachbarschaft , die sich mit uns solidarisiert, gegen dieses Haus aufzubringen.

Um dieses Problem möglichst glatt über die Bühne zu kriegen, befaßte sich der Ältenstenrat des Gemeinderates am Dienstag, den 8.3., mit dem Doppelhaus Alexanderstr, 24/Uhlandstr. 27. Wohlgemerkt der Ältestenrat, der im Regelfall nur für Protokoll-, Verfahrensfragen u.ä. zuständig ist. Trotzdem haben die „erfahrenen" Gemeindepolitiker der verschiedenen Parteien und der Oberbürgermeister, die in diesem Gremium sitzen, in ihrer großen Weisheit beschlossen: der Spekulant Eger darf zweckentfremden, d.h. er darf drei große Wohnhäuser in der Stuttgarter Innenstadt abreißen und dafür einen anheimelnden Büroklotz hinstellen.

Hierbei war auch zu sehen, daß die SPD sich mit einem fortschrittlichen Mäntelchen zu umgeben weiß, sie stimmte gegen Abriß, hintenherum aber hat sie die größten Sauereien mitgetragen. Der zuständige Herr in diesem Fall, der SPD-Baubürgermeister Bruckmann, ließ sich die Modelle des neuen Büropalastes von Spekulant Eger ins Büro bringen und brach in hellstes Begeistern aus. Auch vorher schon hatte er mit größter Wahrscheinlichkeit Zusagen an den Spekulanten gemacht. Und deshalb wurde er auch von seinem obersten Dienstherren, OB Rommel (CDU), und dem ganzen Klüngel gedeckt. Daher war die Entscheidung für Abriß eigentlich schon lange klar. Wichtig war nur noch für alle Beteiligten, mit weißer Weste aus dem ganzen Schlamassel herauszukommen. Und das heißt ABREISSEN, sonst stehen diese Wohnhäuser auf lange Zeit für jeden eingefleischten Kommunalpolitiker als Mahnmal, daß Mauscheleien hintenherum doch wohl besser nicht an die Öffentlichkeit zu kommen haben."

Kontaktadresse: SSS Mönchhaldenstr. 7, 7000 Stuttgart 1, Tel. 296055

KOMITEE GEGEN POLITISCHE ENTLASSUNGEN, GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE UND BERUFSVERBOTE

FRANKFURT
22. März

In Frankfurt wurde eine Komitee gegen politische Entlassungen, Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote gegründet. Sein Pressedienst stellt sich folgendermaßen vor:

Dieser Pressedienst stellt sich die Aufgabe, allen Interessierten in der demokratischen Bewegung vierzehntägige Artikel und Ausschnitte aus der Presse beziehungsweise anderen Medien zukommen zu lassen. Wir werden vorrangig über die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands berichten, dabei jedoch auch Artikel berücksichtigen, die den Zusammenhang zwischen der Hegemoniepolitik der Sowjetunion und der USA in Europa und der politischen Unterdrükkung in beiden Teilen Deutschlands herstellen; außerdem werden Artikel und Berichte aufgenommen, die die politische Unterdrückung im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse sowohl in der DDR als auch in der BRD sehen.

Obwohl die Tagespresse wahrlich nicht die Rolle eines „Anwalts der Unterdrückten" übernimmt, werten wir folgende Organe aus:
Frankfurter Rundschau (FR)
Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
Tagesspiegel (TS)
Die Welt
Kölner Stadtanzeiger (KStA)
Süddeutsche Zeitung (SZ)
Der Spiegel
Unsere Zeit – uz (Zeitung der DKP)

Da wir meinen, daß die DKP nicht nur die Politik der Sowjetunion in unserem Lande vertritt, sondern zugleich selbst teilnimmt an der politischen Unterdrückung hier und diejenige in der DDR verteidigt, werden wir Artikel aus ihrem Organ zusammenfassen, um diese Politik zu verdeutlichen.

Neben den bisher genannten Zeitungen werden wir auch aus Zeitungen derjenigen Organisationen berichten, die von der politischen Unterdrückung hierzulande besonders betroffen sind und sich gegen diese Unterdrückung wenden.

Nach folgender Rubrizierung teilen wir unsere Berichte ein:
1. Zur politischen Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands
   DDR
   BRD
2. Zur politischen Unterdrückung in anderen Ländern Europas
3. Zur Hegemonialpolitik der Sowjetunion und der USA

(Kontaktadresse: RA Ulrike Hill, Schwanthaler Straße 52, 6000 Frankfurt)

ERSTE FRAUENVERSAMMLUNG IM WDR

KÖLN 20. März Der Februar-Nummer des Organs der RFFU (Rundfunk-Fernseh-Film-Union in der Gewerkschaft Kunst im DGB) entnehmen wir folgenden Bericht aus dem WDR (Westdeutscher Rundfunk):

Im WDR tut sich was an der weiblichen Basis. Nachdem das sogenannte Welser-Papier (Bericht zur Lage der weiblichen Mitarbeiter des WDR) im Frühjahr für hausinterne Turbulenzen gesorgt hatte, ist es jetzt erstmals zu Versammlungen der Mitarbeiterinnen dieses größten Senders gekommen. Am 6. Dezember 1976 trafen sich rund 40 Programm-Mitarbeiterinnen, um gemeinsame Sorgen und Nöte zu diskutieren: „Sperrzonen" für Frauen im Programm, Aufstiegschancen, Verhältnis zu Vorgesetzten, Untergebenen und untereinander, Fragen von Nachwuchs und Weiterbildung.

Am 14. Dezember 1976 fand in Anwesenheit der Rundfunkrat-Vorsitzenden Hilde Junker-Seeliger die erste Versammlung statt, die Cutterinnen und Sekretärinnen, Musikerinnen und Technikerinnen, Redakteurinnen und Sachbearbeiterinnen zusammenführte, insgesamt etwa 80 Frauen und vier männliche Sympatisanten. Eingeladen hatte die RFFU-Arbeitsgruppe „Frauen in den Medien", ein seit längerem bestehender, lockerer Zusammenschluß von WDR-Frauen verschiedener Berufsgruppen. Zur Debatte stand wiederum das Welser-Papier. Ursula von Welser selbst gab einen Überblick über die hausinternen Reaktionen auf ihren Bericht. So hatte sich zum Beispiel Fernseh-Produktionschef Harald Töldte so über die Darstellung der Cutterinnen-Situation erregt („einseitig", „subjektiv", „fahrlässig"), daß er sechs Damen seines Vertrauens bat, sich offiziell dazu zu äußern. Das geschah in einem von der Chef-Cutterin unterzeichneten Brief an den Intendanten, in dem die von Welser konstatierten Abhängigkeiten in diesem weiblichen Zuarbeiteberuf schlicht geleugnet wurden; der Brief gipfelte in der Feststellung: ..Die Emanzipation hat schon vor dreißig Jahren stattgefunden."

Da der Welser-Bericht den Mitarbeiterinnen des WDR noch immer nicht offiziell zugänglich gemacht worden ist, mußte auf dieser ersten hausinternen Frauenversammlung viel Zeit darauf verwandt werden, die Situation in den einzelnen Berufsgruppen noch einmal aufzurollen. Obwohl die meisten Kurzreferate konkrete Forderungen an die Spitze des Hauses enthielten — so wurde etwa für die Sekretärinnen die Anerkennung der Tatsache gefordert, daß sie vielfach die Arbeit von Redaktionsassistenten machen, für Autorinnen und Sprecherinnen wurde die Durchbrechung des „paternalistischen Regelkreises" gefordert, wonach männliche Redakteure männliche Autoren beschäftigen, deren Manuskripte wiederun von männlichen Sprechern verlesen werden — konnten diese Forderungen dann aus Zeitmangel nicht mehr diskutiert werden. Die Gemüter erhitzten sich jedoch zum Schluß noch an der Forderung nach einem WDR-eigenen Kindergarten, dessen Öffnungszeiten möglichst auch den Bedürfnissen der in Schichten arbeitenden Mütter oder Väter angemessen sein sollen. Personalratsvorsitzender Peter König wurde beauftragt, sich um eine entsprechende Bedarfsfeststellung zu kümmern.

PROJEKTE DES VERBANDS DES LINKEN BUCHHANDELS TREFFEN SICH IN FULDA

FULDA 18. März Am 30. April und 1. Mai treffen sich die Projekte (Buchhandlungen/-tische, Verlage und Vertriebe) des Verband des linken Buchhandels (VlB), die in der Provinz arbeiten, in Fulda. Wer Interesse hat zu kommen, selbst ein Buchprojekt machen will oder sonst was, kann sich melden bei:

Sofa-Buchladen, Ohmstr. 14
6400 Fulda Tel. 0661/72247

KINODIENST-MONATSSCHAU FÜR UNABHÄNGIGE KINOS

FRANKFURT 16. März Ein schon lang anstehendes Projekt soll jetzt realisiert werden. Eine Gruppe von DFFB-Studenten (Deutsche Film-und Fernsehakademie Berlin) wollen eine aktuelle ca. 15 minütige Monatsschau für die unabhängigen Kinos machen, den Kinodienst.

„Der Kinodienst soll so eine Art Wochenschaucharakter haben und in Form kurzer Beiträge zu einem Schwerpunktthema möglichst unterhaltsam die Verdrehungen der bürgerlichen Medien aufhacken. Unsere erste Nummer soll ca. Mitte April zum Thema „KKW" herauskommen und drei Punkte behandeln:
1) Satire auf die Notwendigkeit der AKW's.
2) Pressehetze gegen AKW-Gegner
2) Bericht vom 19.2. in Brokdorf/Itzehoe und die weitere Perspektive des Anti-KKW-Kampfes."

Kontakt: Dokumentarfilmgruppe R. Penzholz, W. Quest, A. Voigt, Grunewaldstr. 76 1 Berlin 62, Tel. 78 23 809

Über diese Adresse sind auch zwei 16 mm Filme zu beziehen:
1) „Wehren müssen wir uns täglich" — Dokumentarfilm über die Erfahrungen eines aktiven Gewerkschafters nach seiner Entlassung
2) „Wer sich nicht in Gefahr begibt kommt darin um".

ALTERNATIVE ZEITUNGEN IN MARBURG

MARBURG 18. März Im letzten Jahr firmierten sich in und um Marburg vier neue Zeitungen. Von der 'Dreihausener Zeitung' wurde schon berichtet (ID 150). Der 'Weidenhäuser Rundschlag' ist eine Stadtteilzeitung für ein verwinkeltes Viertel mitten im Stadtkern. Ansatzpunkt: das Nebeneinanderleben von 'Ureinwohnern' und Studenten. Ein von der Redaktion im Sommer 1976 geplantes Stadtteilfest wurde von den Behörden untersagt. Drei Nummern sind bis jetzt erschienen, Preis 1,- DM, Auflage 500, Nr. 4 ist für April geplant.

Kontaktadresse:
Vogel, Laufner, Reddemann
Weidenhäuser Str. 73
3550 Marburg

Der 'Maulwurf' wird von den Basisgruppen herausgegeben. Seit der Selbstbestimmung als 'undogmatisch, selbstkritisch, weltweit isoliert' und 'erscheint ab und zu' liegen bis jetzt zwei Nummern vor. (Bei Reisen in die DDR pflegt der 'Maulwurf' beschlagnahmt zu werden.)

Herausgeber:
Redaktionskollektiv 'WIR BERICHTEN ALLES'
c/o Roter Buchladen
Am Grün 28
3550 Marburg

Aus dem Marburger Biermann-Komitee bildete sich der Kern der Mitarbeiter von 'So oder So' heraus. Im DIN-A 5 Format sind bis jetzt 11 Nummern erschienen, Preis 50 Pfg. Im Semester erscheint die Zeitung wöchentlich.

Kontaktadresse:
Werner Fuchs, Petra Thiele
Bei St. Jost 13
3550 Marburg

Ausgehend von diesen vier Projekten von Gegenöffentlichkeit ist die Notwendigkeit einer übergreifenden Stadtzeitung für Marburg deutlich geworden. Mitarbeit von Nichtstudenten, Einbeziehung von Basisinitiaiven, Aufhebung der Einbahnbeziehung Redaktion/Leser-Betroffene, dies sind die drei wichtigsten Punkte der zur Zeit laufenden Diskussion.

BETRIFFT: MEDIENARBEIT

HAMBURG 23. März — Aus einem Informationsblatt des Medienpädagogik-Zentrums in Hamburg entnehmen wir:

'Wir, das Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V. und das Mediumzentrum Fuhlsbüttel e.V., wenden uns heute an alle, die in praktischer und/oder theoretischer Hinsicht an Medienarbeit und Medienpädagogik interessiert sind. Vielleicht habt ihr bereits einmal mit uns Kontakt gehabt: Sei es, daß ihr Videobänder, Filme, usw. von uns gesehen, eingesetzt oder Materialien, Broschüren etc. von uns bezogen habt.

Wir möchten Euch heute auf die von uns herausgegebene Informationsschrift 'medienarbeit' hinweisen, die wir seit Anfang 1975 (mit einigen Änderungen) herausgeben.
Die 'medienarbeit' informiert über:

- Praxisprojekte, -erfahrungen
- Mediengruppen oder Projektgruppen, die mit Medien arbeiten
- aktuelle medienpolitische Ereignisse und Entwicklungen
- Veranstaltungen, Tagungen, etc.
- Kurzinformationen.

Die 'medienarbeit' berichtet aus den Arbeitsfeldern Schule-Hochschule, Betrieb-Gewerkschaft, Jugendfreizeit-Stadtteil, Frauengruppen, Kindererziehung und Internationalismus. Sie will diejenigen unterstützen, die sich gegen die herrschende Öffentlichkeit zur Wehr setzen, selber Medienarbeit machen, Medienprodukte alternativ einsetzen und zur Entwicklung einer demokratischen Öffentlichkeit beitragen wollen.

Wir gehen davon aus - und unsere bisherigen Erfahrungen bestätigen dies -, daß für uns alle ein kontinuierlicher Informations- und Erfahrungsaustausch notwendig ist.
Es geht uns nicht nur um präzise Information und Ermöglichung von Kontaktaufnahmen zwischen den 'medienarbeit'-Lesern. Wir wollen mit der 'medienarbeit' auch den Arbeitsansatz, -form und den Standpunkt der Herausgeber und auch anderer Gruppen zur Diskussion stellen und damit einen Beitrag leisten für die Intensivierung der Auseinandersetzung und Zusammenarbeit aller Interessierten.

Deshalb ist die 'medienarbeit' für Selbstdarstellungen, Berichte, Kritik und ander Beiträge offen.

Medienpädagogik-Zentrum Hamburg e.V.
Thadenstr. 130 a
2000 Hamburg 50 Tel. 040/4397259

SCHULBUCH-ZENSUR DURCH DEN STAAT

Direkt aus dem Staatlichen Schulamt in Mannheim erreichte uns dieser Tage die Kopie eines Erlasses, den die dortigen behördlichen Herren im Dezember des vergangenen Jahres ausgeheckt haben :

MANNHEIM März 1977 — Rundschreiben Nr. 214/1976 / An alle Schulen / Betr.: Verwendung von Schulbüchern im Unterricht der Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen, hier : Überwachung dieser Verwendung durch die Schulaufsicht.

Anläßlich der Dienstbesprechung des Herrn Minister mit den Oberschulämtern und den Leitern der Staatlichen Schulämter am 20. Oktober 1976 wird auf den im Betreff genannten Sachverhalt hingewiesen:

1. Die „Richtlinien für die Zulassung von Schulbüchern" vom 27. Mai 1975 K. u.U. 13/1975, S. 803, regeln diesen Sachverhalt.

2. Die staatliche Schulaufsicht erstreckt sich u.a. auch auf die Überprüfung, ob diejenigen Schulbücher, die im Unterricht in der Hand des Schülers verwendet werden, zum Gebrauch vom Kultusminister zugelassen sind.

3. Die Schulleiter sind in geeigneter Weise von Zeit zu Zeit darauf hinzuweisen, daß sie sich bei Beschaffung von Schulbüchern vergewissern müssen, ob es sich hierbei um zugelassene Schulbücher handelt (siehe So-Nr. 2/76).

Es muß sichergestellt sein, daß sich die Schulaufsichtsbeamten bei Unterrichtsbesuchen ebenfalls davon überzeugen, daß es sich bei den in der Hand des Schülers verwendeten Schulbüchern ausnahmslos um zugelassene Bücher handelt.

4. Wird festgestellt, daß im Unterricht in der Hand des Schülers Schulbücher verwendet werden, die nicht zugelassen sind, **so untersagt der Schulleiter die weitere Verwendung und setzt die zuständige Schulaufsichtsbehörde unverzüglich in Kenntnis,** die ihrerseits das Nötigste veranlaßt."

Wir bitten alle Schulleiter der dem Staatlichen Schulamt unterstellten Schulen, ab sofort entsprechend zu verfahren. Es wird empfohlen, dieses durch das Kultusministerium veranlaßte Rundschreiben in einer Gesamtlehrerkonferenz zu besprechen.
A 262.7 Wacker

RADIO BREMEN WILL GEGEN BREMER BLATT KLAGEN

BREMEN 23. März — Wegen der Behauptung, bei Radio Bremen werde zensiert, hat die Rechtsabteilung des Senders eine Unterlassungsklage gegen das BREMER BLATT angedroht. BREMER BLATT wird herausgegeben von einer Initiative Bremer Journalisten und Mitgliedern verschiedener Bürgerinitiativen. Es ist parteipolitisch unabhängig.

Die Klageandrohung von Radio Bremen bezieht sich auf einen Bericht in der Februar/März-Ausgabe des BREMER BLATTES, der sich mit Praktiken der Informations- und Meinungsunterdrückung bei Radio Bremen beschäftigt. Genannt wurden unter anderem die folgenden Vorfälle:

- *Radio-Bremen-Redakteure wurden vom stellvertretenden Chefredakteur aus einer Sitzung geworfen, weil sie über Übergriffe der Polizei bei Demonstrationen gegen die Tariferhöhung der Bremer Straßenbahn berichten wollten.*
- *Der Chefredakteur von Radio Bremen versuchte, die Mitarbeiter des 'Vormittags-Magazins' im Hörfunk zu verpflichten, eine schriftliche Loyalitätserklärung für den neueingesetzten leitenden Redakteur dieses Magazins zu unterzeichnen.*
- *Eine Moderatorin des 'Vormittags-Magazins' wurde aus politischen Gründen von vier auf zwei Moderationen im Monat heruntergesetzt.*
- *Nach einer Beschwerde der Bremer Staatsanwaltschaft wurde ein freier Mitarbeiter von der Arbeit im Radio-Bremen-Bereich 'Chefredaktion' ausgeschlossen.*

Wegen einiger dieser Feststellungen verlangt Radio Bremen nun vom BREMER BLATT eine schriftliche Erklärung, daß die beanstandeten Behauptungen nicht wiederholt würden; andernfalls droht der Sender mit einer Unterlassungklage. Das BREMER BLATT sieht keinen Grund, von seiner Berichterstattung über Radio Bremen abzurücken. Die angedroht Klage kann gleichwohl wegen des zu erwartenden hohen Streitwertes die Existenz der nicht auf Gewinn gerichteten Zeitung gefährden, die nur durch die Unterstützung durch ihre Abonnenten existiert.

Kontaktadresse: BREMER BLATT
p. Adr. Jürgen Alberts
Kohlhölzerstr. 51
2800 Bremen 1 Tel. 0421/325344

ZUM KONFLIKT IM UND UM DEN WAGENBACH-VERLAG

FRANKFURT 16. März **Unter der Überschrift „Wieder Krach bei Wagenbach" druckten wir in ID 161 die Erklärung der sechs ehemaligen Angestellten des Verlags Klaus Wagenbach ab. Daran schloß sich eine längere Kette von Verwicklungen und Mißverständnissen an. Auch wenn der Anfang des Konflikts schon etwas länger zurück liegt und einige der uns vorliegenden Briefe zum Konflikt schon etwa älter sind, meinen wir, daß wir diesen ganzen Vorgang nicht totschweigen sollten, bis Gras darüber gewachsen ist. Wir veröffentlichen daher einige der Briefe ganz, andere teilweise. Dies deswegen, weil sich der ganze „Vorgang" schon zu einer beachtlichen Akte ausgeweitet hat und stellenweise die Briefe mehr Diskussionspapieren ähneln. Genossen, die hierüber Näheres wissen wollen, die Papiere gänzlich lesen wollen oder was auch immer, sollen sich an uns direkt wenden und mit uns eine Diskussion direkt und nicht über den Umweg einer Veröffentlichung im ID führen.**

Die Chronologie: Nach der Erklärung im ID 161 erreichte uns nach einigen Telefonaten ein Brief von Klaus Wagenbach, von dem wir nicht wußten, ob der nun zur Veröffentlichung gedacht war, oder nicht. Wir haben daraufhin einen Brief zurückgeschrieben, in dem wir auf die Punkte eingegangen sind, d die den ID betrafen und im übrigen eben die Frage der Veröffentlichung stellten. Diese beiden Briefe drucken wir ungekürzt ab. Danach erreichte uns ein weiterer Brief von Klaus Wagenbach, aus dem hervorging, daß sein erster Brief eben zur Veröffentlichung im ID gedacht war, ein Brief von Klaus Wagenbach an den VLB (Verband linker Buchprojekte) und ein „Offener Brief an die Linke in Sachen ‚Wagenbach-Konflikt'" von Peter Brückner. Diese letzten Papiere veröffentlichen wir auszugsweise. Okay? Dann also los:

„An den Informationsdienst unterbliebener Recherchen! Liebe Genossen, hier eine Antwort auf Euern kommentarlosen Abdruck eines „authentischen" Papiers. In der Hoffnung, daß dieser Vorgang – der ja nun wirklich einer von vielen bei Euch ist – Euch nun endlich zu Überlegungen bringt, dergestalt daß .... na, so würde Kleist fortfahren.

Im ID vom 22. Januar las ich ein Papier „Wieder Krach bei Wagenbach", das einige fette Lügen enthält – Gesamttenor: Wagenbach die Unternehmersau. Nun ist der Genosse Wagenbach aber seit langer Zeit Beirat im ID. Wie bringt Ihr dann das zusammen: Eine Unternehmersau im Beirat?

Jetzt verstehe ich auch, warum Ihr mich weder vorher noch nachher gefragt habt: Ich hätte ja grunzen können. Auf telfonische Anfrage wurde das Verfahren so erklärt: Der zugesandte Text sei ‚authentisch' und der ID drucke ‚authentische' Texte jedenfalls. Das ist doch abenteuerlich: Wenn Euch ein Text aus Krupsis zugesandt wird, Peter O. Chotjewitz feiere fortwährend Orgien – druckt Ihr das auch? Wenn Euch die KPD meldet, Rudi Dutschke sei jetzt ihr Mitglied – das recherchiert Ihr nicht?

Nein, was hinter dem kritiklosen Abdruck solcher „Kollektivpapiere" steht, ist eine außerordentliche Empfindlichkeit gegenüber unseren Hoffnungen oder Träumen, für deren Kritik oder gar Zusammenbruch dann unter allen Umständen einer haftbar gemacht werden muß, dessen Meinung deswegen auch noch sicherheitshalber unterdrückt wird. Ich fordere den ID auf, sich öffentlich zu dieser unkritischen, um nicht zu sagen unpolitischen Informationspolitik zu äußern. Zur Sache: Ich habe nach langjährigen Auseinandersetzungen den politischen Lektor des Verlages, Wolfgang Dreßen, kündigen müssen. Einige Wochen später lag ein Papier auf dem Tisch, das unter Androhung kollektiver Kündigung die Wiedereinstellung Dreßens forderte und außerdem die Manuskriptannahme „mit einfacher Mehrheit", die Kündigung und Einstellung „mit einfacher Mehrheit" verlangte. Diese Forderungen habe ich abgelehnt. Wer die Einführung des Parlamentarismus in einem linken Verlag fordert, hat andere Gründe. Die zu erforschen hätte Aufgabe des ID sein können.

Die weitere Arbeit des Verlages ist seit Mitte Januar durch den schnellen Einstieg von Freunden und die massive Unterstützung von Autoren (die den Konflikt anders einschätzen) gesichert. Falls der ID unser umfangreiches Programm für wissenswert hält, würde ich soweit gehen, ihn darüber zu informieren."

Der ID-Antwortbrief:
„Lieber Klaus Wagenbach! Du forderst den ID auf „sich öffentlich zu dieser unkritischen, um nicht zu sagen unpolitischen Informationspolitik zu äußern". Aber gerne, zumal deine Vorwürfe ins Leere treffen. Der ID druckt Nachrichten, Berichte, Erfahrungen der unterschiedlichsten linken Gruppen und Individuen ab, ohne sich redaktionell einzumischen. Das unterscheidet uns von dem ganzen „ausgewogenen" Journalismus, der die Sicht von unten höchstens als Material in entschärfenden Artikeln verbrät. Wir stehen voll hinter dem Abdruck „solcher Kollektivpapiere", weil zur Darstellung einer Situation die Betroffenen selbst am besten in der Lage sind. Und zwar aus ihrer Sicht; aus welcher sonst? Von so abgeflachten Artikeln wie „während die einen meinten, daß .... vertraten die anderen die Auffassung, das Gegenteil sei der Fall ..." haben wir die Nase voll. Wäre das nach deiner Auffassung eine „kritische" Bearbeitung gewesen? Wenn sämtliche 6 Angestellten bei Wagenbach kündigen und diesen Entschluß öffentlich und unter ihrem Namen begründen, dann ist der Bericht authentisch – und zwar ohne Anführungszeichen. Deine Methode, diese Art von Berichten mit Gerüchten a la „Orgien in Kruspies" gleichzusetzen, halten wir hingegen für äußerst „abenteuerlich".

Es hat niemals zur Debatte gestanden, deine Stellungnahme „sicherheitshalber zu unterdrücken". Solange der Wagenbach Verlag ein linker Verlag ist, nehmen wir auch die Äußerung von Klaus Wagenbach im ID auf. – Nur verschon uns bitte mit dem Anspruch, hier den Wahrheitssucher zu spielen. Was unter der Maske schon alles an Realität zensiert wurde, ist weitaus schlimmer, als ein ungeschliffenes, oft bruchstückhaftes und aufgefächertes Nachrichtenbild, wie es im ID sich darstellt – und nicht wie wir als Redakteure es darstellen.

Wir machen gar keinen Hehl daraus: so wie wir im ID arbeiten, gehen in die wöchentliche Produktion viele Zufälligkeiten mit ein. Es hätte ebensogut sein können, daß dich gleich jemand um eine Stellungnahme gebeten hätte. Von unserer Arbeitsweise und unseren Arbeitsbedingungen, denen nicht – wie du vermutest – eine bewußte Aussparung zugrunde liegt, werden wir uns nicht distanzieren.

„Zur Sache" sagst du lapidar: „Ich habe nach langen Auseinandersetzungen ... kündigen müssen." Wie bitte? Kündigen müssen. Aus. – Da steht doch im Kollektivpapier wesentlich mehr drin. Wir hatten erwartet, daß eine Äußerung von dir sich darauf bezieht. Das machst du in diesem Brief nicht. Nun streitest du über die Nachrichtenpolitik des ID, aber über den Inhalt der „langjährigen Auseinandersetzungen" schweigst du dich aus. Den Schwarzen Peter haben wir durch diese Wendung jedenfalls nicht in Händen. Wo die „fetten Lügen" in dem von dir nicht behandelten Papier sind, verrätst du nicht. Da der ID aber gerade das für wissenswert hält, nämlich deine Argumentation für die Kündigungen, deine Position bei den öffentlich gewordenen Auseinandersetzungen in einem linken Projekt, so gehe doch ruhig soweit, ihn darüber zu informieren.

Schließlich: das Thema Mitgliedschaft im ID Beirat steht auf einem total anderen Blatt. Das geht aus unserem Aufruf zum Beitritt, wie aus der personellen Zusammensetzung des Beirat hervor. Unser einziger Kommentar dazu: wir haben keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Aus deinem Brief ging nicht hervor, ob du ihn zur Veröffentlichung vorgesehen hattest. Wenn du diese Auseinandersetzung im ID dokumentiert haben willst, teil uns das, anderes oder zusätzliches bitte mit.
Auch Grüße, – ID Kollektiv –"

Als dann der nächste Brief von Klaus Wagenbach, in dem er schreibt, er habe „aus verschiedenen Gründen" auf unseren Brief nicht geantwortet. Z.B.: „Als ich in Eurem Brief las ‚Wenn sämtliche 6 Angestellte bei Wagenbach kündigen ...' da dachte ich: Also glaubt der ID einfach dem anderen Papier. Gut. Warum fragt Ihr mich dann aber, wo denn die ‚fetten Lügen' des Papiers, das Ihr abgedruckt habt, seien? Das ist doch eine, und Ihr wiederholt sie ...." Dann folgt eine längere Abhandlung über den faulen und schlampigen Wolfgang Dreßen mit Sätzen wie: „ ... oder habt Ihr in den letzten Jahren irgendeine politische Aktivität mit dem Namen Wolfgang Dreßen verbunden gesehen? Das könnt Ihr doch überprüfen!" und „Wenn Wolfgang nicht mein Freund gewesen wäre und Genosse, hätten wir uns schon früher getrennt." Wieder zum ID: „Ja, und als ich dann auch noch von Euch gefragt wurde, ob mein Text denn wirklich veröffentlicht werden solle – ach, liebe Genossen, kurz: da hab ichs aufgegeben und mir gedacht, würde doch der ID mal wenigstens soweit gehen, einen der Autoren, Kurnitzky oder Brückner oder Albrecht oder sonst wen, der an der Sitzung teilgenommen hat, befragen. Habt Ihr nicht. (...) Entschuldigung, die fetteste Lüge des Kollektivpapiers habe ich vergessen: daß nämlich keine Abstimmung über die Manuskripte gefordert worden seien. Das Gegenteil

ist der Fall und wer so etwas in einem linken Verlag fordert, muß seine politischen Motive offenlegen und kann sich nicht hinterher gewerkschaftlich herausreden."

Hier nun Auszüge aus Wagenbachs Brief an den VLB:

„1. Ich finde es nicht richtig, ein langjähriges Mitglied des VLB im INFO anzugreifen (oder: angreifen zu lassen), ohne ihm die Möglichkeit einer Antwort zu geben. Das verbindet den VLB mit dem BUG-INFO und dem ID, und die wieder mit einem großen Teil der bürgerlichen Presse. Haben alle dieselben Prinzipien, oder dieselbe Schablone? ...

3. Diskutiert werden müßten dann allerdings auch die eigentlichen Gründe für den Konflikt: meine Kündigung von Wolfgang Dreßen und die einige Wochen danach von ihm und anderen (im Papier vom 15.11.76) ergobene Forderung nach Entscheidungen über Manuskripte „mit einfacher Mehrheit" und über Kündigungen oder Einstellungen „mit einfacher Mehrheit". (....) Diskutiert werden müßte schließlich auch die Formen des Boykotts, die im Konflikt angewandt wurden: es wurde nicht nur tagelang gestreikt oder krankgefeiert, sondern am Ende wurden einfach sämtliche Arbeitsverträge gebrochen (statt drei- resp. sechsmonatiger Kündigung, die sofortige).

4. Diese Kampfformen und die anschließend inszenierte Pressekampagne wären bei einem bürgerlichen Verlag weder möglich gewesen noch angewandt worden. Eine Erklärung dieses Verhaltens scheint mir wichtiger als eine Antwort auf alle anderen Fragen, denn dieses Verhalten ist jedem, der länger in einem kollektiven Zusammenhang gearbeitet hat, vertraut: Die besonders agressive Wut bei Auseinandersetzungen unter Linken. Ich will eine Erklärung versuchen: Diese Wut entsteht aus der Entäuschung. Enttäuschung darüber, daß der Freiraum in einem linken Projekt doch kleiner ist als erhofft — dafür sorgen die Marktzwänge und der Staatsapparat. Enttäuschung darüber, daß die Arbeitsteilung kaum geringer ist als anderswo. Enttäuschung über eine Freizeit, in der man genauso auf sich zurückgeworfen ist wie sonst auch. Enttäuschung über die miserable Ökonomie. Enttäuschung über mangelnde Sensibilität, zu harte Kritik, zu geringe Zuwendung. Kurz: Da unsere Hoffnungen groß sind, groß sein müssen, geraten auch unsere Enttäuschungen zu groß. Man schafft es einfach nicht mehr und greift erschöpft gegenüber den älteren, erfahreneren Genossen — die es doch besser und also Rat wissen müßten — zum nächstbesten Argument: UnternehmerPatriarchChauvituttiquanti. Das ist dann am einleuchtendsten für alle und auch jahrelanger Brauch im VLB — man lernt aber dabei nichts aus den Zwängen und Frustrationen kollektiver Arbeit. Das Ideal bleibt sauber — es waren halt mal nur wieder ganz konkrete miese Leute, die es zu Fall gebracht haben. (...)

Ich schließe mit den weisen Worten des Helmut aus dem VLB-Info: „Wenn die linken Verlage keine Bücher liefern, haben die Buchhandlungen keine. Ganz einfach." Herzliche Grüße. Euer Klaus Wagenbach."

Als letztes nun der „Offene Brief an die Linke ...." von Peter Brückner, aus dem wir die Textstellen entnehmen, in denen er sich zum Verlagskonflikt aus der Sicht des Autors äussert und dabei über den Konflikt als „wagenbachspezifischen" etwas hinausgeht:

„Ich kann es mir sparen, auf diese Kündigung einzugehen (die die unlängst ausgeschiedenen Genossen nicht als Argument für sich vereinnahmen dürfen), weil es ja einen zweiten Grund für das Scheitern der Verhandlungen im Verlag gab: nämlich die Forderung der Mitarbeiter, nicht nur Informations-, Arbeitsorganisations- und einige Mitbestimmungsdesiderate formell sicherzustellen, wozu Klaus Wagenbach alles in allem bereit war, sondern auch die Entscheidung über Manuskripte zu kollektivieren.

Es gibt genügend Genossen, die solche Forderungen für die natürlichste Sache in der Welt der Linken halten und sich deshalb in der Beschimpfung von Klaus Wagenbach einig sind. Ich möchte diese Genossen darauf aufmerksam machen, daß es neben dem Verleger Klaus Wagenbach und den anderen Mitarbeitern des Verlags noch eine dritte Größe im Spiel gibt, die Interessen zu vertreten hat, und zwar auch durchaus politische: Die Autoren. Ich spreche für mich, wenn ich erkläre, daß meine Erfahrungen mit Publikationen mich zu einem Gegner dieses Kollektivierungs-Anspruchs gemacht haben. (1967/70 hatte ich da andere Auffassungen. Nicht gerade ich bin es, die ganze Linke ist es, die sich seither gewandelt hat.) Das gilt nicht zuletzt für Erfahrungen mit dem Meinhof-Taschenbuch: Erfahrungen in und nach dem Wagenbach-Konflikt. Das Verlagsgeschäft und die Buchproduktion sind jedenfalls kein bloß innerhäusiges Problem, die Autoren müssen darauf achten, ihre politischen Texte geltend zu machen, und ich glaube, daß für eine ganze Reihe von ihnen die Verlagskonstruktion bei Wagenbach, was Manuskript-Entscheidungen anging, richtig war und bleibt. Das ist kein Votum gegen andere Verlage, die auf Kollektivierung bestehen. Es bestätigt nur, daß Klaus Wagenbach hier nicht nur in seinem Interesse handelte.

Als die ausgeschiedenen Genossen auf einer Kollektivierung der Entscheidung über Manuskripte bestanden, wollten sie meiner Erfahrung und Beobachtung nach nicht eigentlich ihre Lage ändern oder den Verlag kollektivieren (worüber doch schon 1973 Vorentscheidungen gefallen waren), sondern sie wollten schlicht und einfach Klaus Wagenbach zu etwas zwingen, was Klaus Wagenbach, wie sie wußten, aus vielen Gründen nicht tun würde. Wer aber in wenigstens zwei strategisch aufgebauten Streit- und Verhandlungspunkten (W. Dreßen, Manuskript-Entscheidung) von Kontrahenten unconditional surrender fordert, eine totale Kapitulation wider dessen Auffassung, Erfahrung und Vernunft, sollte selber überprüfen, ob sich da wirklich Sozialismus und Solidarität mit breiten Schwingen auf ihm niedergelassen haben, ob er damit wirklich im Interesse aller „Angestellten des Verlages" gehandelt hat oder nicht vielleicht im Bann der Destruktion. (...)

Der Verlag, der von vielen produktiven Köpfen und Händen gemacht wird, steht nicht nur für dieses politische Programm, es ist Klaus Wagenbach, der vor Gericht dafür einsteht (also nicht etwa nur auf Buchtiteln als Namensgeber privat erscheint). Die erste Spaltung, 1973, an die heute vielfach erinnert wird, hat der Linken einen weiteren Verlag, den Rotbuchverlag, gebracht, den wir auch nicht mehr missen möchten. Der zweite Verlagskonflikt, 1976, ist keine „Spaltung", sondern bloß noch Gefährdung. Ihr solltet es nicht für selbstverständlich halten, daß der Wagenbach-Verlag durchhält, und Aufforderungen an die Autoren nicht mehr bei Wagenbach zu publizieren, wie ich sie in einer Alternativzeitung fand, sind zerstörerisch und selbstzerstörerisch. Die herrschende Klasse hat viele Privilegien, das Privileg auf Dummheit hat sie nicht. Dreht euch lieber mal um, der Klassenfeind steht woanders. (...)

Im einen oder anderen Fall schienen politische Differenzen — mit Klaus Wagenbach, mit dem neueren Verlagsprogramm — spürbar zu werden, allerdings nie als gründlich artikulierte. Gerade deswegen vielleicht nahmen diese Differenzen gegen Ende der Auseinandersetzungen manchmal die Form des Grabenkriegs gegen Wagenbach an — jedenfalls hat sich mir dieser Verdacht stark aufgedrängt. Wenn er zuträfe, bestätigte das nur erneut, daß die politische Repression, unter der Linke seit Jahren leben, und dann auch der interfraktionelle Streit, die Linke wirklich beschädigt; kaum einer wäre davon auszunehmen. Vielleicht bilden sich manche unzumutbaren Konflikte unter Linken, auch die in einem Verlag, gerade deshalb aus, weil mit dieser Beschädigung niemand wirklich rechnet; weil wir den Druck, unter dem wir stehen, in seinen Folgen für Intersubjektivität und Vernunft unterschätzen und diese Folgen als „Fehlleistungen" den Individuen zurechnen. Es will uns nicht in den dicken Kopf, daß die vielen Re-Privatisierungen materieller Probleme wirklich eine Konsequenz des roll-back der Staatsgewalt sind, und daß sogar so wichtige und unabdingbare Sachen, wie der Kampf gegen das Berufsverbot u.ä. zugleich Positionen sein können, in denen wir uns gegen die Einsicht in solche Beschädigungen von Subjekt und zwischenmenschlicher Beziehung verschanzen. Kein Wunder, daß es manchmal säuisch zwischen uns zugeht."

AUGENZEUGENBERICHTE VON GROHNDE — IN GROHNDE — UM GROHNDE — UND UM GROHNDE HERUM

GROHNDE — VOM SÜDEN HER

Frankfurt
24. März

"Wer leitete eigentlich die Demo, die Bullen oder wir? . Eine große Verarschung war es, jedenfalls für uns, die aus dem Süden kamen.
Die Anfahrt war zwar bestens organisiert und noch Brokdorf im Kopf, waren wir diesmal besser ausgerüstet, mit Helmen und so, aber sonst.......
Halb Sieben am Samstagmorgen trafen wir auf der Raststätte Kassel eine Menge Mitkämpfer und waren ab da in ständigem Kontakt mit unserer Demoleitung und mit ihren "Kradmeldern", die mit walki-talki's ausgerüstet — die Anfahrtsstrecke unter Kontrolle hatte. In riesenlangem Konvoi, nach Städten geordnet, kamen wir um halb zwölf in Grohnde an, ohne daß uns die Bullen mit einer Absperrung aufhielten oder einzelne zum Filzen rauswinkten.
Soweit war ja alles ganz sinnvoll, obwohl sehr zermürbend, aber wir waren auch noch lange nicht auf dem Bauplatz. Erstmal standen wir, so 4000 Leute, schön bunt anzusehen mit den Ausrüstungen, bemalten Gesichtern, Fahnen und

Transparenten (ein Staat ohne Atom ist wie ein Papst ohne Rom) ; an der Dorfkirche rum. Und da stand auch der Wagen der Demo-Leitung — die hatte dann auch ne lange Leitung, auf der sie zusätzlich fest draufstand. Angst hatte kaum einer von uns, nur viel Ungeduld nach dem ewigen Gefahre.

Unser Drängen, nun doch loszugehen, wurde mit dem Argument beantwortet, das müsse ja koordiniert werden mit denen aus dem Norden (die sich in Kircholsen versammelten). Da wären aber nur ca. 2000 und 50 Busse aus dem Norden würden irgendwo aufgehalten, in Kircholsen wäre auch keine Demoleitung vorhanden. Im übrigen sei die Demospitze für Grohnde noch nicht da — auf die würden wir jetzt warten — und außerdem sollten wir doch schon mal ordentliche 6er Reihen bilden.

Nach eineinhalbstündigem Hin und Her, ob wir jetzt in Kircholsen die aus dem Norden abholen oder nicht, gingen wir endlich Richtung Ortsausgang. Die Demoleitung führte uns unter fortwährenden Anweisungen zu einer mit quergestellten LKWs und zwei Hundertschaften blockierten Absperrung anstatt zu der anderen, nur mit Bullen gesicherten. Also weitere Verzögerung. Nun ging ein erneuter Kuhhandel los, der nur Zeit schindete für die Bullen. Die Wagen der Demoleitung wurden von den Bullen durchsucht. Irrsinnigerweise kam gleichzeitig aus dem Polizeihubschrauber die Aufforderung: "Gehen Sie so durch die Absperrung, wie Sie es sich vorgestellt haben". Es dauerte trotzdem eine halbe Stunde, bis wir in "festen Ketten" durch die Bullenperren strömten. Da sahen wir dann, wie sehr uns diese Demoleitung verschaukelte: viele Tausende kämpften schon seit eineinhalb Stunden am Bauplatz, sie hatten auf der Nordseite einen quergestellten LKW der Absperrung weggezogen, mit Material die Sperre durchbrochen, wobei etliche verletzt wurden, die Bahnlinie blockiert und die ersten Löcher in den Zaun geschnitten.

In dieser Situation getraute sich diese Demoleitung immer noch Anweisungen zu geben. Wir sollen langsam marschieren, feste Ketten machen, diszipliniert sein. Jedem war per Augenschein klar, daß wir hinter uns nur die zwei Hundertschaften hatten und die anderen Bullen auf dem Bauplatz waren. Wir ließen diese "Leitung", die sich wie gekauft verhielt, auf ihrer Leitung stehen und zogen zum Baugelände. Wir konnten überhaupt nicht begreifen, daß eine Demoleitung, die die ganze Region überblicken kann, nicht registriert haben will, daß etwa einen Kilometer weg die Erstürmung des Bauplatzes versucht wird. Wir haben nachträglich den Eindruck, daß diese Demoleitung bewußt versucht hat, uns vom Bauplatz bzw. dem Besetzungsversuch abzuhalten.

An der Querseite fingen wir an, den Zaun zu knacken. Wasserwerfer, Tränengas, Verletzte etc..... dann rückten die Staatsterroristen mit einigen Hundertschaften an und versuchten den Zaun abzusperren. War eine Fehleinschätzung derselben ; — wir waren zu viele und begannen sie einzukreisen. Die Bullen bekamen Muffensausen — wir machten Sprechchöre wie "haut ab, geht nach Hause, auch eure Kinder werden radioaktiv". Die Tränengaspatronen landeten wieder bei denen, die sie abgeschossen hatten.
Gingen die ersten drei Ketten drei Schritte vor, um die Bullen langsam wegzudrängen, blieben die hinteren einfach stehen. Oder an der anderen Seite wurde nicht nah genug an die Bullen rangegangen, sondern 30 m davor rumgestanden. Sie konnten in aller Ruhe eine Einsatzbesprechung abhalten, während sie uns gleichzeitig davon abhielten, am Zaun zu schnippeln. Durch Zufuhr mehrerer Hundertschaften verstärkten sie ihr Resevoir, — Was durch den linken Flügel der vielen Tausend durch einfache Kettenbildung verhindert gewesen wäre — und als sie stark genug waren, knüppelten sie gegen uns vor. Kennst du das Gefühl, wenn fünf Schritte neben dir die langen Knüppel der Prügelsadisten auf die Körper einklatschen?

Die Grünen machten eine gezielte Offensive: massiver Knüppeleinsatz auf breiter Front an der einen Seite und Reiterstaffel und Schützenpanzerwagen auf der anderen. Mit dem brutalen Einsatz der Reiter erzielten sie wohl den größten Erfolg — im vollen Galopp preschten sie durch die Menge und schlugen drauflos. Jetzt hatten sie uns — 15 000 — 20 000 auf der Flucht, z.T. in Panik, das tat weh, und war so traurig, daß uns zum Heulen war.

Wir haben nur noch gedacht: weg, weg! nicht mehr diese Abschlußkundgebung anhören, wo was von dennoch Erfolg oder so erzählt wird. Niederlagen zu Siegen erklärt werden.

Das Unwirklichkeitsgefühl: du bist fertig, müde, hast genau das gemacht, was du nicht wolltest: einen Flip. Nachts um 3 oder 5 so losgefahren, müde vom Kolonnenfahren kommst du an, wanderst als Exot durch das Dorf und den Bewohnern muß das vorkommen wir Kirmes und Ostern an einem Tag, machst am Putz mit, siehst wie die Dorfbewohner dabeistehen, die Dorfjugend zuguckt, dich mustert; merkst, da- in der Region sehr wenig läuft, bist frustriert. Sitzt müde und traurig danach an einen Baum gelehnt und registrierst, daß die Gegend noch einergermaßen okay ist, auch wenn die breiten Durchgangsstraßen durch die Dörfer gebrochen sind und die Weser ökologisch tot ist.

Oder diese Wahrnehumg auf der Rückfahrt an einem Sportplatz vorbei. Steht da eine Schlange von PKWs aufgereiht und auf dem Platz spielt ne Mannschaft Fußball. So als ob überhaupt nichts passiert sei. Da krieg ich das Gefühl, die letzten Stunden haben nicht stattgefunden und weiß doch genau, sie haben stattgefunden.

Unsere Überlegungen danach:
- Der Putz um solcherart befestigte Bauplätze ohne Hintergrund in der Region ist vorbei; wenn schon, dann Zauber in der ganzen Region;
- die Städter sollen sich um die Ansiedlungen der Atomindustrie kümmern und nachdenken, was alles „ziviler Ungehordsam" ist;
- irgendwo stand, daß die Anti-KKW-Bewegung vielleicht ganz andere Dämme einreißen könnte. Welch ein schöner Traum, wir machen wohl mit, weil wir ein anderes Leben im Alltag wollen und zum Teil jetzt selbst organisieren. In unserer Agitation erscheint das nie.
- an Ostern gibts vieles zu besichtigen und ein Sommerlager in Malville wär toll!

GROHNDE – VOM NORDEN HER

"So nach 20 km Autobahn von Hamburg aus in Richtung Hannover hatten wir die ganze Autobahn für uns. Vorweg ein Bullenwagen, der den Zug weit vorne anführte. Vergeblich versuchten zwei Zivilwagen der Bullen sich vor den Zug zu setzen, sie wurden zurückgedrängt.
Und plötzlich gabs die Nachricht: wir haben einen eigenen Sender. Schaltet das Radio ein. a
AKW-NEE meldete sich mit Musik und Informationen.

In Hameln ein totales Verkehrschaos. So gegen 12 Uhr waren wir noch sechs Kilometer vom Bauplatz weg und die erste Verkehrssperre wurde geräumt und wir konnten bis nach Kircholsen reinfahren. — Ein starkes Bild, ein langer Zug gelber Öljacken, Helme, Masken, Leitern, Seile, Stangen usw.
Plötzlich hieß es, die erste direkte Polizeisperre vor dem Bauplatz sei überwunden. Über Radioberichte, Lautsprecherwagen und Megaphone erfuhren es auch die hintersten Teilnehmer. Als wir durch die Sperre gingen — fest eingehakt,

die Wagen in der Mitte schützend – nur ein kleiner Durchgang, die Bullen massenweise an der Seite – kam die Angst hoch – jetzt biste drin im Kessel. Immer mehr Leute kamen nach uns. Am liebsten wollte ich zurück – das ging nicht mehr. So weiter voran in festgeschlossenen 10er und 8er Reihen. Als ich den weiten Bauplatz vor mir sah, konnte ich wieder durchatmen. Weit oben auf dem Berg die Schaulustigen. Ein merkwürdiges Gefühl. Mich wunderte es, daß die Bullen uns so ungehindert an den Zaun liessen. (Im nachhinein ist es mir klar: Das Feindbild sollte klar und deutlich gemacht werden. Wie man in den Medien liest, beginnt die spalterische Taktik ja schon).

Im Nullkommanix waren dann die Geräte ausgepackt und ran an den Zaun. Wasserwerfer, Tränengasbomben, das gewohnte Bild. Im innersten hatte es etwas von Vertrautheit an sich.
Scheiße, auf dem Baugelände konnte ich meinen Platz nicht richtig finden. Beim ersten Mal für mich in Brokdorf hatte ich Zeit, mich mit der Situation vertraut zu machen. Da konnte ich nach einiger Zeit meinen Platz finden, hier ging alles schneller. So nach einer Sunde ungefähr sah ich Unmengen von Bullen hinter uns auf der Wiese.
An den Zäunen die Leute, mitten in Rauch und Gasschwaden. Und die Einsatzleitung ließ ihre Sprüche los: "Hier spricht die Einsatzleitung, an die friedlichen Demonstranten, trennen sie sich von den Verbrechern." – Eine Wut stieg in mir hoch, diese Schweine. Dann noch dreimal die Durchsage, daß sie von den Schlagstöcken Gebrauch machen würden. Die Demoleitung schaffte es dann auch, die meisten Leute auf eine Seite zu bringen. Da sah ich auch, daß einige meterbreite Löcher in den Zaun gebrochen waren. Einige Zäune fielen schon durch gemeinsames Ziehen an Tauen. In dieser kritischen Situation rückten die Bullen an. Mit Pferden. Die Typen ritten einfach in die Menge und knüppelten drauf los. Ich fand mich neben Freunden wieder, bleiche Gesichter, denen die Angst in den Augen stand. Laufen der Bullen, Laufen der Demonstranten. Manchmal ging das gar nicht mehr, weil so viele Leute neben dir waren. Immer wieder versuchte die Demoleitung die Leute zur Geschlossenheit aufzurufen. Der Rückzug war trotz der Chaotik noch so organisiert, daß keine Geräte, soweit ich weiß, auf dem Platz zurückblieben. Neben mir lief jemand mit einer stark blutenden Kopfwunde. Unsere Sanitäter hatten alle Hände voll zu tun.

Wir zogen uns dann nach Grohnde zurück. Eine kurze Abschlußkundgebung und dann die Rückfahrt. Jedem standen die letzten Ereignisse von Brokdorf drei vor den Augen, wo die Bullen und das MEK sich Leute herausgegriffen hatten. Der Rückzug der PKW Fahrer (so 1000 – 1500) war zum Abschluß ein gutes Erlebnis für mich. Wie wir mit Fackeln von der Ferne aus dem Dunkeln von Bullenwagen beobachtet singend an den Bahngleisen zurückmarschierten. Es war wieder ein Gefühl der Kraft und Gemeinsamkeit da.
Ruhig und Pfeifend und singend sind wir dann durch den Ort marschiert. Keine Provokation durch Bullen. Wir brachten dann noch einige Leute auf die andere Seite der Weser. Als wir auf der Landstraße marschierten, kamen plötzlich die Mannschaftswagen der Polizei an uns vorbei. Einige hatten die Fenster auf und grinsten uns an. Mit einem Mal wieder Tränen in den Augen. "Sanitäter, Sanitäter". Haben diese Schweine doch einfach mal so aus dem Wagen "ein bischen auf uns gespritzt." Schätze, es war chemical mace. Das brachte meine Wut wieder hoch. Wir hörten auch davon, daß auf der Rückfahrt wieder einige Leute aus den Bussen und Wagen gegriffen wurden.

Wie solls weitergehen, haben wir uns auf dem Rückweg gefragt. Eine endlose Eskalation? Ich weiß es nicht.
Nur eines weiß ich: es muß weitergehen. Ein Bullenknüppel, so groß auch die Angst ist, ist immer noch konkreter als schleichende Radioaktivität.

ÜBERFALL DER "STAATSSCHÜTZER" AUF DER RÜCKFAHRT VON GROHNDE

Worpswede
21. März

Auf der Rückfahrt aus Grohnde beobachteten wir vor der DRK-Station in Kirchohsen um 18.30 Uhr folgendes:
"Ein grüner VW-Bus aus Detmold wurde von einem zivilen Kommando gestoppt. Der VW-Bus – Aufschrift "Womm-Press" – wurde von drei Autos eingekreist: 1 grüner Mercedes – Kennzeichen: H-KC 196, 1 Manta mit schwarzer Haube – Kennzeichen: H–JZ 753, 1 weinroter Mercedes 200 – Kennzeichen unbekannt. Aus diesen drei Wagen sprangen sieben Zivile, von denen einer mit einer Maschinenpistole und die restlichen mit Pistolen bewaffnet den VW-Bus umstellten. Drei Zivile öffneten die Bus-Türen, zerrten die völlig verdutzten Insassen heraus, durchsuchten sie und legten ihnen Handschellen an. Währenddessen richteten die anderen drei ihre Handfeuerwaffen auf die Köpfe der drei Personen. Danach wurden die Festgenommenen in je einen Wagen verfrachtet. Zwei Zivile bestiegen den VW-Bus, während der eine Zivile noch mit der MP die Straße sicherte.

Währenddessen waren einige Personen aus unserem Bus gestiegen, die sich vergebens nach dem Sinn der Aktion und nach den Namen sowohl der drei Festgenommenen als auch der Zivilen erkundigten. Auch die inzwischen eingetroffenen Polizisten verweigerten uns jegliche Auskunft, bis auf die Bemerkung, es hätte alles seine Richtigkeit und wäre völlig in Ordnung. Einer der Festgenommenen rief uns noch seinen Namen zu, bevor d er in dem grünen Mercedes abtransportiert wurde. Einer von uns wurde mit der Maschinenpistole gezwungen, wieder in den Reisebus einzusteigen, unter Hinweise darauf, da- es sonst Konsequenzen hätte.

Nach dem Überfall , konnten die Autos weiterfahren, unter denen sich auch ein Wagen des 'Deutschen Fernsehens' befand. Wir versuchten, diesen anzuhalten, um den Reportern die Situation zu schildern. Außerdem müssen sich aus der Entfernung mitgekriegt haben, daß sich der Zwischenfall ereignet hat. Er hielt kurz, fuhr dann aber schnell weg, bevor wir mit ihm reden konnten...... Die unabhängige Berichterstattung!

PRESSEERKLÄRUNG DER ERMITTLUNGSAUSSCHÜSSE DER BÜRGERINITIATIVEN

GROHNDE
20. März

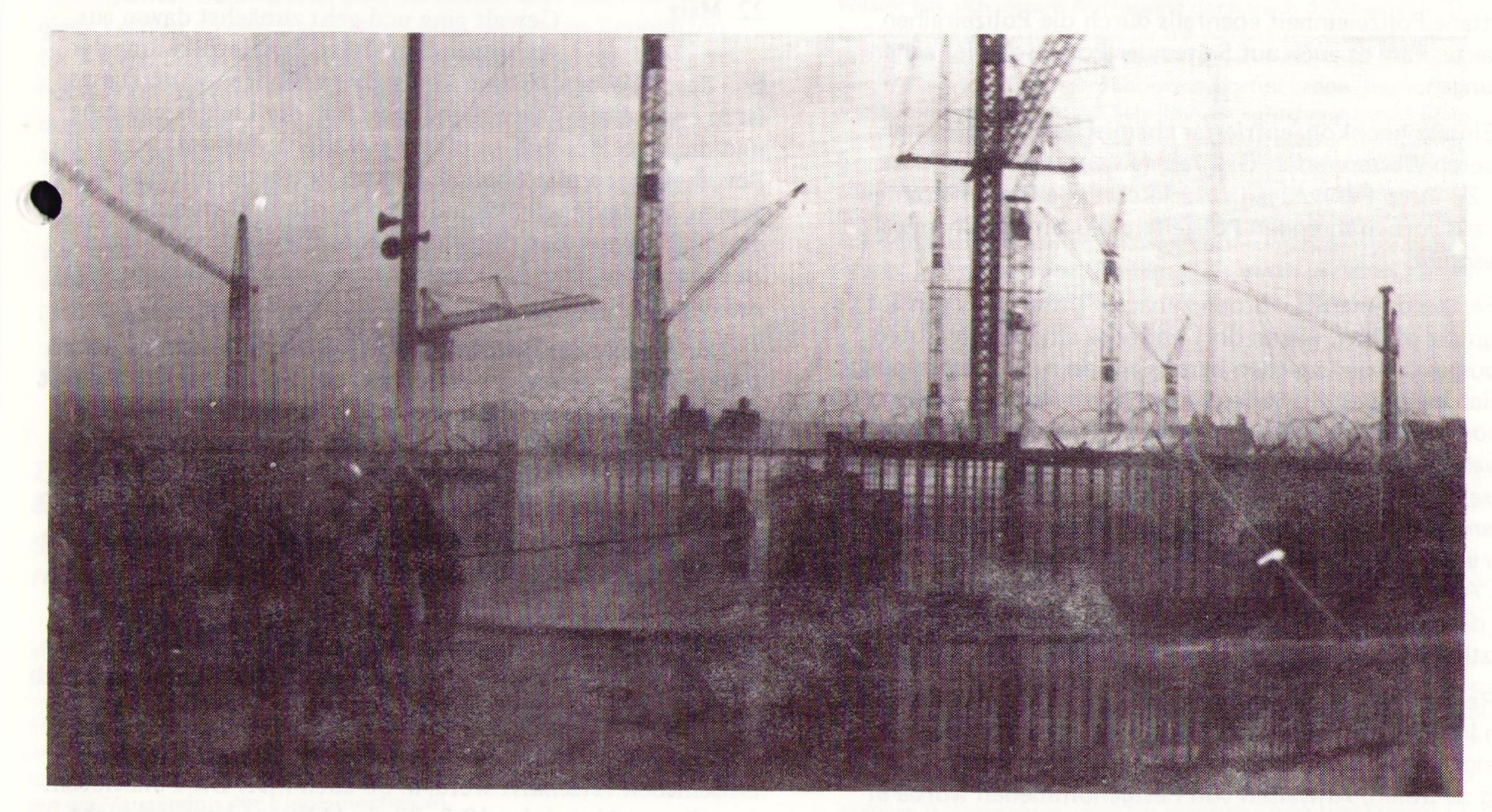
Einheiten von Landespolizei und Bundesgrenzschutz haben am 19.3.1977 die Protestaktionen von circa 20.000 Gegnern des AKW Grohnde durch außerordentlich brutale Gewaltaktionen zu verhindern versucht. Dabei kam es zu folgenden Übergriffen:

1. Bereits vor Beginn der Demonstrationen wurden früh angereiste Demonstranten in massiver Weise am Fotografieren gehindert und in diesem Zusammenhang auch festgenommen.

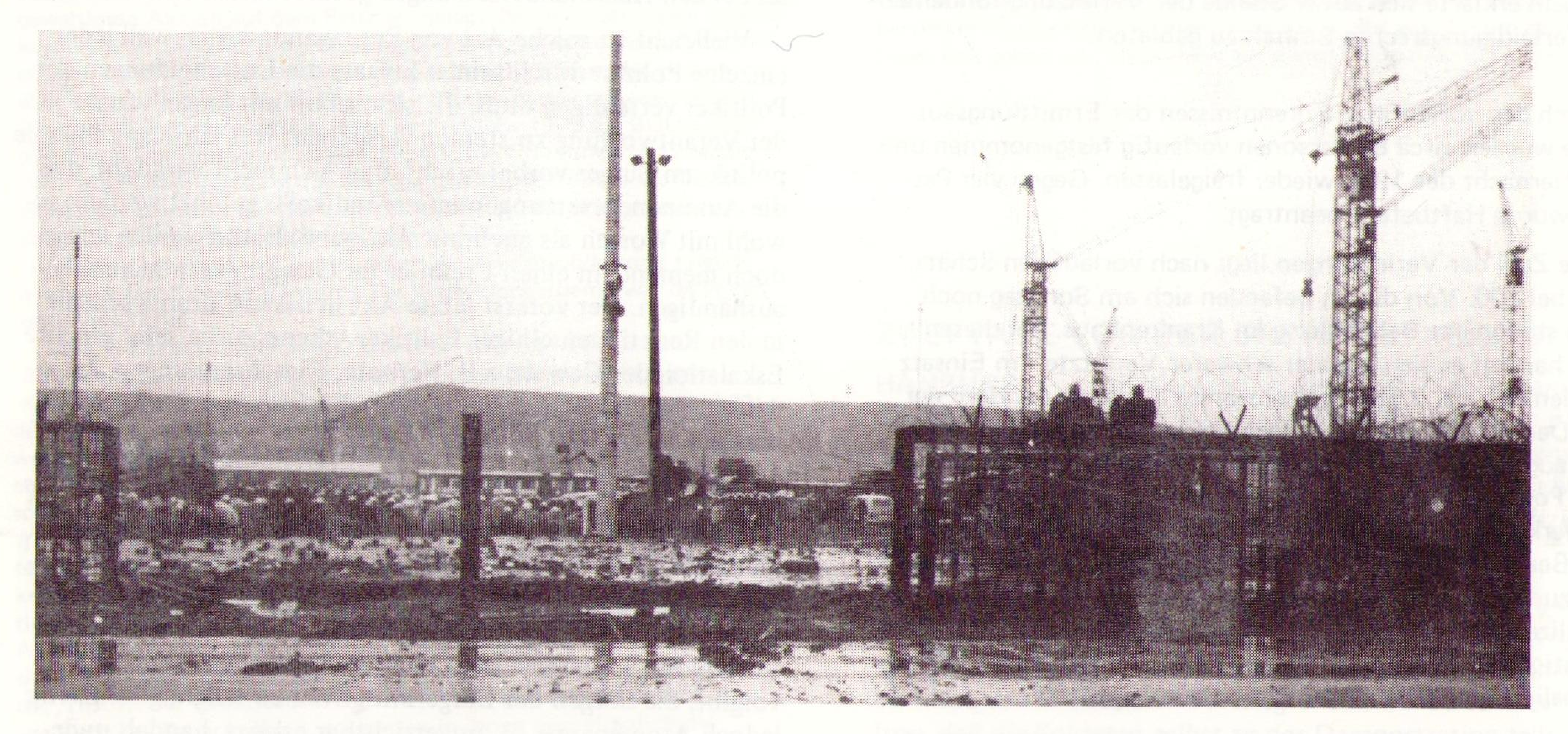
2. Passanten, die sich vor der zur Festung ausgebauten Polizeidirektion Hameln aufhielten, wurden willkürlich festgenommen, wobei der Grund der Festnahme auch auf Fragen nicht genannt wurde.

3. Während der Demonstration am Bauplatz stachen Polizeibeamte, die sich hinter dem Zaun auf dem AKW-Gelände befanden, mit langen Eisenstangen durch beide Zäune hindurch





KW-Gegner befestigen SEILE am zaun um ihn zu schleifen, polizei hinterm zaun spritzt



eine der beiden lücken im 1,8 mill. DM schweren ZAUN, laut presseberichten angeblich 3 m breit

wahllos auf sich am Bauzaun befindende Demonstranten ein. Dabei kam es zu schweren Verletzungen.

4. Während des Anmarsches der Polizeieinheiten zu Fuß und zu Pferde in militärischer Formation wurden die Demonstranten über die Lautsprecheranlage des Bauplatzes wörtlich aufgefordert, die friedlichen Demonstranten mögen sich von den 'Verbrechern' trennen. Als sich die Demonstranten daraufhin fest zusammenschlossen, führte die Polizei in weiter Formation den Angriff gegen die Demonstrationsteilnehmer durch.

5. Bei diesem Angriff wurden Reiterstaffeln eingesetzt gegen 16 Uhr. Die berittene Polizei ritt die Demonstranten rücksichtslos und in vollem Gallopp nieder und schlug brutal und zahllos auf die Demonstraten ein. Der Reitereinsatz führte zu schwersten Verletzungen, unter anderem Wirbelfrakturen und Kopfverletzungen.

6. Gegen 17 Uhr 30 wiederholte sich der Reiterstaffeleinsatz gegen die in Richtung Grohnde abziehende Demonstration. Da die berittene Polizeieinheit ebenfalls durch die Polizeireihen galloppierte, kam es auch auf Seiten der Polizei zu vielfachen Verletzungen.

7. Der Einsatz hochkonzentrierter chemischer Kampfmittel wurde durch Wasserwerfer, Gasgranaten und Chemical Mace geführt. Zu ihren Fahrzeugen zurückkehrende Demonstranten wurden aus vorbeifahrenden Polizeifahrzeugen mit Chemical Mace besprüht.

8. Die Festgenommenen wurden zunächst unter Schlägen auf den Bauplatz geführt, waren dort teilweise einem Spießrutenlaufen ausgesetzt und wurden bereits auf dem Platz erkennungsdienstlich behandelt. In vielen Fällen rissen Polizeibeamte den Festgenommenen die Schutzhelme vom Kopf und schlugen ihnen wahllos auf den ungeschützten Kopf wie ins Gesicht. Teilweise mußten Festgenommene verletzt und durchnäßt in Gefangenengroßtransportern auf dem Hof der Polizeidirektion Hameln über fünf Stunden auf weitere polizeiliche Behandlung warten. Auch während dieser Zeit waren Festgenommene ständig den Schlägen der anwesenden Beamten ausgesetzt. Eine ärztliche Versorgung wurde den Verletzten verweigert.

9. Die Rechte der Festgenommenen wurden von der Polizeiführung in massiver Weise mißachtet. Fast ausnahmslos wurde den Festgenommenen untersagt mit Rechtsanwälten in Verbindung zu treten. Anwälten von Festgenommenen wurde in der zentralen Revierwache in Hameln rechtswidrig und ohne Begründung 'Hausverbot' erteilt. Der Direktor des Amtsgerichts Hameln erklärte sich außer Stande der Verletzung fundamentaler Verteidigungsrechte Einhalt zu gebieten.

10. Nach den vorläufigen Erkenntnissen der Ermittlungsausschüsse wurden circa 80 Personen vorläufig festgenommen und bis Mitternacht des 19.3. wieder freigelassen. Gegen vier Personen wurde Haftbefehl beantragt.

11. Die Zahl der Verletzungen liegt nach vorläufigen Schätzungen bei 800. Von diesen befanden sich am Sonntag noch fünf in stationärer Behandlung im Krankenhaus. Bei diesen Fällen handelt es sich um vier schwerer Verletzte. Im Einsatz befanden sich da. 3.500 Polizeibeamte aus allen Ländern der BRD. Der Einsatz des BGS beschränkte sich auf das unmittelbare Baugelände. Alle Polizeibeamte waren bereits an sämtlichen Polizeiaktionen der vergangenen Monate gegen Kernkraftwerksgegner eingesetzt worden. Diese Auswahl der beteiligten Beamten war Teil der psychologischen Gesamtstrategie, die dazu führte, daß die Übergriffe und gewaltsamen Aktionen der Polizei den bisherigen Höhepunkt der Versuche darstellten, die Anti-AKW -Bewegung auf breiter Ebene zu diskriminieren, kriminalisieren und letztendlich zu zerschlagen.

Die Ermittlungsausschüsse der Bürgerinitiativen, die bei Grohnde den Schutz der Demonstranten organisiert hatten und diese vorläufige Aufstellung der Polizeiübergriffe am 19.3. vorlegen, rufen die demokratische Öffentlichkeit im In- und Ausland auf, gemeinsam mit uns gegen dieses Vorgehen der Polizei zu protestieren.

Sofortige Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren!

Die Ermittlungs- und Sanitätsausschüsse der Bürgerinitiativen Hamburg, Kassel, Göttingen.

Kontaktadresse: Klaus-Dieter Romeikat, Rappstr. 13, 2 Hamburg 13
Ermittlungsausschuß Kassel, Emmerichstr. 20a, 3500 Kassel

PRESSEERKLÄRUNG DER ÖRTLICHEN BÜRGER INITIATIVEN ZU DEN EREIGNISSEN VOM 19.3. 77 AM AKW GROHNDE

GROHNDE
22. März

ESKALATION DER GEWALT:

Gewalt ging und geht zunächst davon aus, daß gegen den Willen der Bevölkerung der Bau des AKW beschlossen und sofort vollzogen wird. Dieses ist in erster Linie dadurch möglich, daß die Landesregierung und die Betreiber sich zu einem gewaltigen Bündnis gegen die Bevölkerung formiert haben. Unsere Versuche, mittels Diskussionen, Unterschriftensammlung, Petition, Erörterung und durch Klage vor dem Gericht unseren Einwendungen Gehör zu verschaffen, sind ignoriert worden und haben an der Fortsetzung der Bautätigkeit in Grohnde nichts geändert.

Der Ausbau des Bauplatzes zu einer Festung und die verstärkte Observierung der Anwohner stellen für uns die nächste Stufe der Gewalt dar. Seit das AKW zwischen Grohnde und Kirchohsen in Bau ist, wissen wir, daß der Atomstaat, wie ihn R. Jungk beschreibt, keine Utopie mehr ist. Nicht zu übersehen war die unnötige Machtdemonstration der Polizei am 12.3. 77, bei der die Menschen unserer Ortschaft durch umgehängte Maschinenpistolen eingeschüchtert wurden.

Wir verurteilen entschieden die Gewalt, die z.B. von Steinwürfen auf Menschen ausgeht. Wir verurteilen ebenso entschieden die Gewalt, die davon ausgeht, daß man Pferde durch eine Menschenmenge galoppieren läßt.

Jede Art von Auseinandersetzung kann durch Propaganda entschieden verschärft werden. So auch hier: Die Polizeibeamten, die am Abend des 19.3. 77 als Ablösung herangebracht wurden, erhielten die Falschinformation, einer ihrer Kollegen sei bei den Auseinandersetzungen getötet worden.

Vielleicht ist solche Art von Propaganda nötig, weil jeder einzelne Polizist durch seinen Einsatz die Entscheidungen der Politiker verteidigen muß, die sich schon seit langem aus der Verantwortung zu stehlen versuchen. Wer jahrelang Energie politik am Bürger vorbei macht, darf sich nicht wundern, daß die Auseinandersetzungen immer radikaler geführt werden, sowohl mit Worten als auch mit Aktionen. Damit wollen wir jedoch niemandem einen Freibrief für Gewalt gegen Menschen aushändigen. Der vorerst letzte Akt in diesem Drama scheint in den Reaktionen einiger Politiker erkennbar zu sein: erneute Eskalation der Gewalt, z.B. Verbote, Einschränkungen, Änderung der Polizeiausbildung, Verschärfung von Strafbestimmungen. . .

ALBRECHT UND SEINE „KOMPLIZEN"

Ministerpräsident Albrecht hat die Bürgerinitiativen als „Komplizen der Gewalt" diffamiert. Er möchte die sogenannten „echten Bürgerinitiativen" für sich selbst als „Kulisse" benutzen, um davor den treusorgenden Landesvater zu spielen. Wir lassen uns dazu nicht mißbrauchen, denn wer vorgibt, die Sorgen der Bürgerinitiativen zu teilen, gleichzeitig jedoch Atomenergie fü unverzichtbar erklärt, handelt undemokratisch und unmoralisch.

Wir befürchten, daß durch die Äußerungen von Dr. Albrecht die Bürgerinitiativen insgesamt diskriminiert werden sollen. Könnte es möglich sein, daß sich unsere Landesregierung auf diese Weise nicht nur der Bürgerinitiaven gegen Atomkraftwerke entledigen will, sondern auch der lästigen Bürgerinitiativen gegen die niedersächsische Kreis- und Gebietsreform?

Kontakt: Hans-Georg Lehmkuhle, Eulenflucht 3, 3254 Emmerthal 1

KKW–NEE-OSTERSPAZIERGÄNGE

KASSEL 24. März — Die Arbeitsgruppe 'Spaziergang' der Bürgerinitiativen und des BASTA (Bürger-Aktion Stop Atomenergie) Kassel laden ein zu einem Vorbereitungstreffen für die Osterspaziergänge (ID 169) Beginn: **2.April 77, 14 Uhr, Emmerichstr. 20 a,Kassel,Tel.: 0561 / 77 425.** Übernachtungsmöglichkeiten sind da.

„Unter Osterspaziergang verstehen wir: Ein mehrtägiges Treffen an den Bauplätzen oder geplanten Bauplätzen für AKWs. Dabei wollen wir nach dem Vorbild der Volkshochschule Wyhler Wald gemeinsam Projekte planen und durchführen, wie z.B. alternative Energieversorgungssysteme für den Eigenbedarf aufbauen. Insgesamt suchen wir noch Leute, die die workshops für den Bau von Windgeneratoren und Sonnenkollektoren mit vorbereiten. Wer etwas von Motor-, Triebwerks-, Heizungs- und Leistungstechnik versteht oder Modellbauer ist, ist sehr willkommen. Mehr über Spaziergänge findet ihr in unserer Denk-Schrift; zu bestellen bei obiger Adresse für 30 Pfennige."

ZUR DISKUSSION UM BROKDORF – ITZEHOE ETC.

Stellungnahme vom Pressesprecher der BUU/Marschen, die zu Itzehoe aufgerufen hatte.

Über Stärke und Geschlossenheit einer Bewegung zu reden, lohnt sich nur im Hinblick auf ein Ziel, das wir in Itzehoe auf eine denkbar schlichte Formel gebracht haben: Stop dem Atomprogramm!! Jene mißverstandene Formel der DKP, kein AKW gegen den Willen der Bevölkerung, gab die reale Agitaiton in der Marsch wieder. Sie folgte der Forderung, kein AKW ohne Gerichtsentscheid. Damit ist der Widerstand in den Marschen gestörkt worden. Offenbar banden diese Aussagen am Verständnis der Einheimischen an.

Die Einheimischen, jahrelang waren sie das Paradepferd vor allem der Hamburger, die den Widerstand in hervorragender Weise unterstützt haben. Gemeinsam hatte man die Grundlagen der Arbeit bis hin zur gewaltlosen Aktion auf dem Platz festgelegt. Noch in der ersten Landeskonferenz vertrat Hamburg den Standpunkt, „es sollen keine Entscheidungen erzwungen werden. Vor allem sollen die Bürger der Region überzeugt sein, denn der Widerstand muß von diesen getragen werden. (Protokoll)." Andererseits wurden im Frühjahr 1976 die BUU-Sitzungen wegen Überfremdung ausgesetzt, erst die Gründung der Gruppen der Marschenkonferenz schuf die Möglichkeit, den durch die Gewaltaktion der Baustelleneinrichtung neu entstehenden Widerstand zu einem beginnenden Selbstbewußtsein zu führen.

Rasch erstarkende Gruppen gerade der Landbevölkerung zeigten eine neue Qualität des Kampfes. Die erste Treckerdemo war dafür ein optisches Signal.

Die Veränderung der Träger des Widerstandes in der Region um Brokdorf veränderte natürlich auch das Bewußtsein, in dem jener Kampf steht. Es entstanden Konflikte zu jenen, die – einem ganz anderen Sozialisationsbereich entstammend – bisher stimmenführend waren. Die Einheimischen lernen, aus ihrer eigenen Erfahrung Aktionen abzuleiten. Ausgangspunkt ist nicht mehr die politische Analyse, sondern die Empörung über den Auswuchs des demokratischen Rechtsstaats. Die erste Reaktion ist dabei der Ruf nach dem Gericht und weitere Aktionen werden noch im bisherigen Verständnis angelegt. Antikapitalistische Endlosdebatten fördern die Entwicklung solcher Aktionen sicher nicht. Hier liegt der Bruch in der Bewegung gegen das AKW-Brokdorf. Es zeigte sich, daß die Mehrzahl der Hamburger nun sich nicht etwa flugs der Bewegung anschlossen, sondern es sentstand die 'Theorie der Großbauern.' Jene, die jahrelang selbstverständlich am Tisch der Bauern sassen, erkannten in ihnen nun plötzlich die Großbauern, die die wirkliche revolutionäre Bewegung der Kleinbauern und des Landproletariats hemmten. Eine neue Basis war zumindest in den Köpfen entstanden. Die Bevölkerung steht hinter uns! hieß es entsprechend immer wieder auf der Konferenz in Wilster am 6.2.77: Adieu der Realität.

Damit war für die neubestimmte Avantgarde das Signal gegeben. Auf der Landeskonferenz in Rendsburg war keine Rede mehr von 'Überzeugung'. Dort galt es nur noch, mit Kampfabstimmungen einen 'richtigen' Beschluß zustandezubringen, auch gegen den ausdrücklichen Willen der ansässigen Gruppen. Die Mehrheit der Hamburger Delegierten, erstaunlicherweise immer noch die uns bekannten Leute, obwohl mittlerweile über 50 Stadtteilgruppen entstanden – verweigerten ausdrücklich die Zustimmung, zu einer friedlichen Kundgebung aufzurufen. Interessanterweise fanden sich dazu besonders jene Gruppen, die erst nach der letzten Kundgebung in Brokdorf am 13.11. in Aktion getreten waren. Diesem Diktat der politischen Sektierer verweigerten sich 26 Holsteiner und Hamburger Gruppen und riefen nach einem Beschluß der Marschenkonferenz zu einer Alternative auf. Die Marschenkonferenz hat dabei die Grundsätze ihrer Arbeit, gewaltlose Aktionen und breite Verankerung ihrer Aktionen in der Bevölkerung, erneuert. Das war die Spaltung von jenen, die die Arbeit der Bürgerinitiativen als Übungsfeld für den bewaffneten Aufstand mißverstehen. In Itzehoe haben wir für unsere Grundsätze eine überzeugende Zustimmung gefunden. Aber auch bei der Veranstaltung in Wilster hat sich unsere Auffassung doch noch durchgesetzt. Darin sahen wir eine gute Grundlage für die weitere Arbeit gegen Atomanlagen, nach wie vor teilen wir nicht die politische Auffassung derjenigen, die am 19.2. nach Brokdorf aufgerufen haben, die vor keiner Verleumdung in Wort und Schrift zurückgeschreckt sind. Damit sprechen wir nicht von jenen, die sich insgesamt aus verschiedenen Gründen für Brokdorf entschieden haben. Wir wenden uns auch nicht allgemein gegen Leute, die in linken Gruppen arbeiten wollen. Das haben wir in unserem Protest gegen das Demonstrationsverbot deutlich gemacht. Wir wehren uns im Gegenteil ganz entschieden gegen politische Diskriminierung. Als Bürgerinitiativen beziehen wir allerdings die Gerichte in unsere Strategie ein, aber wir haben immer betont, daß die Gerichte nur aufgrund der Gesetze entscheiden, die jene Politiker machen, die wir bekämpfen. Darum wollen wir durch Mobilisierung die Politiker zwingen, dem atomaren Wahnsinn ein Ende zu machen, auch wieder mit dem Versuch einer Bauplatzbesetzung, wenn es nötig wird. Darum sprechen wir auch mit Parteien, und es ist für uns ein Erfolg, daß die Opposition in Schleswig-Holstein unsere Führungsrollen in einer so wichtigen Frage anerkennen mußte und uns unterstützt hat. Nun ist den Sektierern klar: „Die Bürgerinitiativen sind von bürgerlichen Kräften unterwandert."

Für uns geht es darum, an Hand der Aufklärung über die Gefahren der Atomenergie eine starke Bewegung der Bevölkerung unabhängig von ihren politischen Standpunkten gegen die Atomanlagen zu erreichen. Eine Einigung der AKW–Gegner gibt es nicht an sich, sie muß sich an den Sachproblemen und den sich daraus ergebenden Aktionen jeweils neu herstellen. Wir werden in der nächsten Zeit besonders über die Katastrophenpläne informieren und unsere weiteren Aktionen daraus ableiten. Wer das unterstützt, vereinigt sich mit uns. Ebenso sind wir bereit, andere Aktionen zu unterstützen.

Gestern sind wir nach Gorleben gefahren, am Tag nach der vorläufigen Entscheidung, dort die Wiederaufbereitungsanlage zu bauen. Ein schönes Land, ein schwarzes Land – mit Großbauern, sogar einem Großgrundbesitzer, mit Gewerbevertretern, Bürgermeistern und einem Bauernführer, der stolz seine politische Heimat hervorkehrte, entsteht dort der Widerstand. Wir wurden um Hilfe gebeten und gaben sie. Verhindern wir damit die soziale Revolution?

ZWEI TAGE VOR DER BROKDORF–DEMO:

HAMBURG 22. März — Offiziere ließen die Gasmasken einsammeln. In der Röttiger-Kaserne in Hamburg-Fischbeck im Flugabwehrbatallion Nr. 3 wurden am 17.2. (also zwei Tage vor der Brockdorf-Demonstration) die ABC-Schutz-Masken (Gasmaske) eingesammelt. Offizielle Begründung: Kontrolle.

Die Soldaten haben allerdings sehr wohl verstanden, daß diese Maßnahme verhindern sollte, daß die Gasmasken nicht weitergegeben werden sollten, um vor Tränengas und Chemical-Mace von Polizei und Bundesgrenzschutz zu schützen, bzw. daß die Soldaten selbst an der Demonstration teilnehmen.



1) Wenn wir im Sommer über die Marschwiesen gehn
Und indie Ferne malnach Brokdorf rüber sehn
Dann wissen wir genau:Heh!Mann !Jetzt fang wir doch erst an!

A (Alle) (Frau,Ella,Jimmi,Otto,Karin,Werner)

2) Und wenn wir dann noch einmal rund um uns spähn
und dann auch keine Bullen mehr sehn
Dann wissen wir genau:Heh.......!Jetzt fang wir doch erst an!

Zwischenspiel

3) Und wenn dann überall der Stacheldraht fällt
und der Bauer seinen Acker wieder bestellt
Dann wissen wir Genau:Heh,,,,...!Jetzt fang wir doch erst an!

4) Und wenn am Horizont auch kein Kühlturm mehr dampft
Und die Kuh auf der Wiese friedlich Gräser mampft
dann wissen wir genau:heh!.....!Jetzt fang wir doch erstan!

Zwischenspiel

5) Und wenn wir dann nie wieder einen AKW-Platz sehn
womit sie uns schon lange auf die Nerfen gehn
Dann wissen wir genau:Heh!........!Jetzt fang wir doch erst an!

6) Und wenn die KEWA nicht mehr Gift und Gas versprüht
und die Natur in Zukunft ungehindert blüht,
Dann wissen wir genau:Heh........!Jetzt fang wir doch erst an!

Zwischenspiel

7) Und wenn auf jedem Dach ne Strommühle peest
egal woher wohin der wind auchimmer bläst,
Dann wissen wir genau:Heh........!Jetzt fang wir doch erst an

8) Und könn wir dann mit achzig Jahren immer noch gehn
und nirgendwo im Lande mehr KKW-s stehn
Dann wissen wir genau:Jetzt fang wir doch erst an!!!

(Ein Flugblatt aus Grohnde)

SOLIDARITÄSRESOLUTION FÜR VERFOLGTE AKW–GEGNER

NIEBÜLL 12. März Die Westküstenkonferenz nimmt mit Empören zur Kenntnis, daß verschiedene Sprecher der Bürgerinitiativen und prominente Atomkraftgegner zunehmend Übergriffen von seiten der KKW-Erbauer und des Staates ausgesetzt sind. Insbesondere wenden wir uns gegen die existenzgefährdende Androhung einer Geldstrafe von 500.000,-DM , die gegen den Sprecher der HH-BUU Fritz Storin verhängt wurde.
Als noch erschreckender ist es zu bewerten, daß dem Atomkraftwerksgegner Heinz Brandt wegen Kritik an verschiedenen Führern des DGB, denen er vorwarf, mit der Atomindustrie zusammenzuarbeiten, aus dem DGB ausgeschlossen werden soll.

Wir solidarisieren uns ebenfalls mit einer Reihe von NDR-Redakteuren, deren Berichterstattung über die Anti-KKW-Bewegung in der letzten Zeit zunehmend zensiert wird. Wir fordern die Zurücknahme der Strafandrohung gegen Fritz Storin und des Gewerkschaftsausschlusses gegen Heinz Brandt. Fritz Storin hat bereits Anwaltskosten von mehr als 6000.--DM gehabt. Wir erklären uns mit ihm solidarisch und rufen auf zu Spenden auf das Konto:
Rechtshilfekonto des Ermittlungsausschusses der BUU Vereins- und Westbank HH Nr. 1118413 Kennwort: Fritz Storin
Einstimmig beschlossen auf der Westküstenkonferenz am 6.3.77
c/o Jugendzentrum Niebüll, Gotteskoogstr. 22, 226 Niebüll

DEMONSTRATION GEGEN AKW NECKARWESTHEIM

SONTHEIM 12. März Gut ist, was Konzernen nützt. Dies war eine der Parolen, mit denen am Samstag, dem 5.2., zwischen 500 und 1000 Personen gegen den geplanten Ausbau des GKN (Gemeinschaftskernkraftwerk Neckar) (siehe ID 169) bei Neckarwestheim demonstrierten. Über hundert Traktoren und doppelt soviele PKW formierten sich in Sontheim zu einem Korso von eindrucksvoller Länge. Die meisten Fahrzeuge waren mit Plakaten behängt, auf denen man eine Probezeit des ersten Blocks oder eine sofortige Betriebsstillegung forderte. Man schoß gegen die Landesregierung und die Atomlobby, von denen man sich nicht „verschaukeln" lassen will. Ähnlich wie in Wyhl war der „Landesvater" Ziel des Angriffs: „Gott erhalte Filbinger — hoffentlich bald ...."

Als sich der Zug, der übrigens von den gesamten Bürgerinitiativen im Raum Heilbronn organisiert war, kurz nach 14.00 Uhr in Bewegung setzte, war die Stimmung gemischt. Freute man sich einerseits über die unerwartet hohe Beteiligung, so trübten andererseits ein paar Herren das Bild, die alle Autonummern der beteiligten Fahrzeuge notierten und so die Demonstranten wissen ließen, daß sie sich um den Schutz der Verfassung keine Sorgen zu machen brauchen....
Der Autokorso endete vor der Harmonie, wo vor ca. 1000 Personen eine Kundgebung stattfand, auf der als erster Redner der Sprecher der Schutzgemeinschaft gegen Atomkraftwerke und Umweltschäden Lauffen e.V., Dr. Weizäcker, sich prinzipiell gegen den Bau des 2. Blocks aussprach, da ein Block bereits zuviel sei. Nicht so weit ging der Lauffener FDP-Abgeordnete Mauk, der vor dem weiteren Ausbau eine Beobachtungszeit von 5 Jahren mit anschließendem Gutachten forderte. Hier werden übrigens die zwei Strömungen deutlich, die in den gesamten Initiativen vorhanden sind, und die z.Zt. verstärkt diskutiert werden. Während die letztgenannte Position die Problematik Atomkraftwerke hauptsächlich bezogen auf das GKN diskutiert und zu der Forderung nach einer längeren Probezeit kommt, ordnet der andere Teil das Problem politischer ein: man sieht klar die tödliche Gefahr der KKWs und fordert einen sofortigen Baustopp. Die wirtschaftlichen Interessen haben sich dem Recht auf Leben unterzuordnen, daher lehnt man das Argument der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie ab. Dies brachte auch der letzte der Redner, ein Mitglied der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen zum Ausdruck, der darauf hinwies, daß mit mehr Strom Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.

Ein Problem ganz anderer Art hatte die Initiativen vor der Demonstration beschäftigt: Man fürchtete den Auftritt von „Radikalen", die die Aktion umfunktionieren könnten. Erschienen war der KBW, der Flugblätter verteilte, und eine Gruppe, die sich „Initiative gegen Kernkraftwerke Heilbronn" nennt, bei der ebenfalls einige KBW-ler mitmachen. Die Initiative verstand nicht, warum diese Gruppe mit ihnen konkurriert, anstatt in den bestehenden Initiativen ihre Position zu vertreten, wie etwa das Hineintragen der Problematik in die Gewerkschaften, was man ja keinesfalls ablehnt.

Wer dagegen massiv auftrat, war der Verfassungsschutz, der während der gesamten Kundgebung fotografierte. Als man einen der Fotografen zur Herausgabe des Films zwingen wollte, warf er die Kamera schnell einem in der Nähe stehenden Polizisten zu und verschwand. Grotesk also, daß die Initiativler, die sich auf eine Auseinandersetzung mit Radikalen eingestellt hatten, selbst als solche Objekt der Verfassungsschützer wurden. Deutlich wurde hier wieder einmal, daß der Begriff Radikaler sprich Verfassungsfeind nichts mit einer Parteizugehörigkeit zu tun hat, sondern daß all jene Kräfte dem Staat gefährlich werden, die gegen Staat und Wirtschaft ihren berechtigten Interessen organisiert Ausdruck verleihen. Dazu gehören auch die Bürgerinitiativen, die nicht der Meinung sind, daß alles gut ist, was den Konzernen nützt.

GKN = Gemeinschaftskrematorium Neckarwestheim!
GKN Block zwei — weg mit dem Teufelsei!!!
(aus: 's Blättle, Stadtzeitung für Stuttgart)

INTERNATIONALES

75 STRAHLENTOTE IN JAPAN

FRANKFURT 24.März *Wir bringen hier die Übersetzung eines Artikels aus der spanischen Tageszeitung ‚El Pais' vom 18.3.1977 über japanische ‚Zustände':*

„ANKLAGE GEGEN DIE JAPANISCHEN KERNKRAFTWERKE EFE, TOKIO —
Ein Abgeordneter der Opposition im japanischen Parlament hat angezeigt, daß seit 1966 ca. 75 Personen in Folge von Strahlungen in japanischen Kernkraftwerken den Tod gefunden haben.

Diese Information erlangte man durch eine nichtstaatliche Untersuchung, die die Sozialistische Partei Japans — die bedeutendste Oppositionspartei — durchführte.

Derselbe Abgeordnete, der Sozialist Yanosuko Narazaki, verlangte von der Regierung den Stop der acht Kernkraftwerke, die Japan unterhält, damit diese strengen Sicherheitskontrollen unterzogen würden. Er erklärte, daß in den genannten Zentralen 32 Arbeiter an Krebs und drei an Leukämie gestorben seien. Die übrigen Toten seien an anderen Krankheiten gestorben, jedoch hätten alle hohe Dosen radioaktiver Strahlung empfangen.

Das japanische Parlament beeilte sich, die Erklärungen zu dementieren."

Die folgenden Artikel stehen auch in der Courage, Berliner Frauenzeitung, Nr. 3 vom 15. März

ABTREIBUNG DES HISTORISCHEN KOMPROMISSES

ROM/BERLIN
21. März

7 Jahre lang haben die italienischen Frauen einen erbitterten Kampf um die Freigabe der Abtreibung geführt. Ende Januar hat jetzt endlich das 'Abtreibungsgesetz' die entscheidende Hürde im Parlament überwunden. So die neue Regelung: Schwangerschaftsunterbrechung ist frei, während der ersten 90 Tage der Schwangerschaft, wenn eine ernste Gefahr für die Gesundheit oder die Psyche der Frau besteht, wenn sie aus ökonomischen, sozialen oder familiären Gründen die Schwangerschaft nicht fortsetzen kann, bei Vergewaltigungen oder bei zu erwartenden Mißbildungen des Kindes. Das Gesetz stellt die Entscheidung über einen Abbruch allein in das Ermessen der Frauen. Frauen müssen sich an einen Arzt ihrer Wahl wenden, der aber 5 Jahre Praxis haben muß, und sich dann selbst eine Klinik suchen. Die Krankenkassen bezahlen den Eingriff. Gegenüber dem was den Frauen in Deutschland und Frankreich an Hindernissen zugemutet wird: ein enormer Sieg der italienischen Frauenbewegung. Trotzdem haben Frauen noch während der laufenden Debatten, vor dem Parlament protestiert. Warum? Die Frauenbewegung hatte eine allgemeine, nicht auf die ersten 3 Monate beschränkte Freigabe gefordert. Das Gesetz wird in der Praxis fast wirkungslos sein, weil keinerlei medizinische Regelungen damit verbunden sind. Die Chance daß Frauen wirklich eine Schwangerschaft unterbrechen können, ist nach wie vor, vor allem in den Kleinstädten und auf dem Land ganz aussichtslos. Kliniken und Ärzte können sich 'aus Gewissensgründen' weigern, den Frauen zu helfen. In einer Befragung hatten sich vor einiger Zeit 90% aller Ärzte gegen das geplante Gesetz ausgesprochen,so bleibt es den Frauen überlassen, nach den restlichen 10% zu fahnden und das in der kurzen Zeit von 2-3Monaten.

Die kommunistische Partei Italiens, die kräftig dazu beigetragen hat, den Gesetzesvorschlag der Frauenbewegung bis zur Unkenntlichkeit abzumildern, spricht heute von einem 'guten Gesetz'. Die italienischen Frauen aber glauben, daß man ihnen dieses Gesetz geschenkt hat, um durch eine Scheinfreigabe der Abtreibung ihre Kämpfe zu untergraben. In Wirklichkeit hat sich an der Misere der Frauen nichts geändert und kann sich ohne einschneidende Änderungen in den Kliniken auch nichts ändern. Deshalb haben sie mit Plakaten vor dem Parlament gestanden: 'Mit diesem Gesetz werden die Frauen auch in Zukunft an heimlichen Abteibungen sterben'.

PROZESS WEGEN ABTREIBUNG

PARIS/BERLIN
21. März

Am 10. März 1977 mußten sich 6 Frauen der MLAC (Bewegung zur Legalisierung der Abtreibung) vor Gericht verantworten, weil sie als Nicht-medizinerinnen 1975 einen Schwangerschaftsabbruch an einer Minderjährigen praktiziert hatten und weil sie seit Jahren Frauen medizinisch aufklären. Die Anklage: 'fortgesetzte illegale Abtreibung' und 'illegale Ausübung der Medizin'. Die Frauen könnendafür mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft werden.

Das 75 erlassene französiche Abtreibungsgesetz ist völlig ungenügend. Am härtesten trifft es Minderjährige, die ohne Erlaubnis der Eltern keinen Eingriff vornehmen lassen können und die Frauen, die sich einen Krankenhausaufenthalt (ca. 400,–DM) nicht leisten können. Die MLAC hat - das war allgemein bekannt - seit langem selbst Abtreibungen gemacht, in Aix haben sogar Ärzte Schwangere zu ihnen geschickt. Jetzt versucht der Staat mit diesem 'Musterprozeß' die Selbsthilfe der Frauen kaputt zu machen. Die Frauen haben die Alleinzuständigkeit der akademischen Medizin in Frage gestellt, sie haben endlich Schluß gemacht mit dem Unwissen der Frauen über ihren Körper, mit der Abhängigkeit von den Ärzten. Dafür sollen sie bestraft werden. In Aix hatte es sich, wie überall, gezeigt, daß Frauen, die bei der MLAC gewesen waren, nicht länger 'bequeme Patientinnen' waren, die sich mit jedem Unsinn abspeisen ließen.

Im Februar begann eine Kampagne zur Unterstützung der 6 Frauen, um das Gericht zu einem Tribunal gegen die Justiz und die Ärzteschaft zu machen und um zu zeigen, daß hier nicht nur 6 Frauen vor Gericht stehen, sondern eine ganze Bewegung, die sich solidarisch zuschützen weiß.

Frauen die genaueres wissen wollen:
MLAC d'Aix en Provence, La Commune, Chemin de la Pierre de Feu, Le Pey Blanc, 13 100 Aix en Provence, Frankreich

FRAUENKRANKENHAUS BESETZT

LONDON/BERLIN
21. März

'Seit dem 15. November 1976 wird das Elisabeth Garrett Anderson Krankenhaus in London von den dort beschäftigten Frauen besetzt. Das EGA hat seit vielen Jahren Frauen die Möglichkeit gegeben, sich zu Ärztinnen und Krankenschwestern ausbilden zu lassen und hat zugleich in allen medizinischen Fragen eine Behandlung durch Frauen angeboten.

Während der letzten 10 Jahre wurde der Unterhalt des EGA immer mehr vernachlässigt, notwendige Reperaturen nicht ausgeführt. Anfang 76 kündigte die damalige Gesundheitsministerin Barbara Castle die Schließung an, im Zusammenhang mit den drastischen Kürzungen der englischen Regierung besonders im Gesundheits- und Sozialwesen. Die Regierung nimmt einen alten Plan zur Errichtung riesiger, zentraler Krankenhauskomplexe zum Vorwand, kleine spezialisierte Krankenhäuser zu schließen. Mit dem EGA würde das größte der beiden einzigen Krankenhäuser in England, in denen Frauen von Frauen behandelt werden, verloren gehen. In den Auseinandersetzungen spielt der Platz des Krankenhauses eine große Rolle: es ist leicht erreichbar in der Nähe von einem der Londoner Hauptbahnhöfe, der Boden dort hat einen hohen Spekulationswert. Seit Anfang 1976 haben die Frauen des EGA versucht, das Gesundheitsministerium unter Druck zu setzen: Demonstrationen, Spaziergangsdemos, Versammlungen. Ohne Wirkung. So haben sie am 15. November ihr Haus besetzt, und führen es weiter wie bisher.

Sie werden unterstützt von Patientinnen, Frauengruppen, vielen lokalen Gruppen und den Gewerkschaften. Sie wollen die notwendigen Reperaturen bezahlt haben, sonst das Haus in seinem jetzigen Charakter erhalten. Inzwischen haben sie eines erreicht: die Schließung, die für Anfang Januar geplant war, wurde um 2 Monate verschoben, in der Hoffnung, die Besetzung und ihre Unterstützung hätten sich bis dahin totgelaufen. Es sieht so aus, als wenn die Hofffnung der Regierung ganz unbegründet ist.

SCHWULENRECHTE WERDEN WEITER GESETZLICH VERANKERT

N EW YORK (LNS/ID)
16. Februar

Dade County in Florida und Tucson, Arizona sind die ersten beiden Ortschaften in den USA, die in diesem Jahr Gesetze zum Schutz der Homosexuellen verabschiedeten. Insgesamt haben damit 39 Ortschaften in den USA auf den Druck der Schwulenbewegung und Lesbenbewegung reagiert und Gesetze durchgebracht, die eine öffentliche, aber auch private Diskriminierung von Homosexuellen verbieten.

In Dade County, zu dem auch Miami gehört, wurde erbitterter Widerstand gegen die Gesetze geleistet. Um die Öffentlichkeit dagegen aufzuhetzen, wurden Alvin Dark, eine Baseballberühmtheit und Anita Bryant, ex-Miss America, die jetzt im Orangensaftreklamesektor tätig ist, in den lautstarken Vordergrund geschoben. Sie hatten keinen Erfolg mit ihrer Propaganda. In Tucson wagte sich niemand so recht, öffentlich gegen die Gerichtsentscheidungen vorzugehen, da hier vor kurzem ein Schwuler von einem Haufen Schüler überfallen und zu Tode getreten wurde. In dieser Stadt hatte sich vor allem unter Schülergruppen eine Art Hetzjadgstimmung gegen Schwule breitgemacht, die von den Älteren wohlwollend belächelt oder als Witz abgetan wurde. So liefen viele Highschoolkids mit Unterhemden herum, auf die sie Sprüche gegen Schwule gemalt hatten. Mitglieder der Schwulenorganisation „Gay Activist Alliance" (GAA wurden permanent anonym angerufen, bedroht, ihnen uwurde öffentlich nachgerufen und es gab schon des öfteren Schlägereien. Der Tucson Gesetzestext ist der umfassenste in den ganzen USA; er wurde einstimmig von dem neugewählten 7–köpfigen Stadtrat verabschiedet. Sowohl öffentliche wie private Diskriminierung aufgrund ,,„sexueller oder emotionaler Bevorzugung oder aufgrund des Heiratsstatus", ist bei der Arbeit (also auch Einstellung) , auf dem Wohnungsmarkt, in öffentlichen Einrichtungen, beim Kreditwesen, der Versicherung und bei Banken verboten. Jegliche private Diskriminierung, auch Hilfeleistungen dazu von Dritten werden verboten. Die Hauptsache beim Tucson-Gesetzestext besteht jedoch darin, daß der Staatsanwalt die Personen, die gegen das Gesetz verstoßen, anklagen kann. In anderen Städten dürfen die Diskriminierten nur Anklage bei der örtlichen Menschenrechtskommission stellen, die dann ihrerseits wiederum diese Klage weiterleiten kann.

TRUPPEN–DROHUNG ZWINGT ZUR BEENDUNG DES STREIKS BEIM WINDSCALE

WINDSCALE 14. März

Am Sonntag, 13. März, fand eine Massenversammlung von 2 500 Arbeitern beim Windscale-KKW-Zentrum statt. Zwei-Drittel der versammelten Arbeiter haben gegen eine Verlängerung des 6 Wochen alten Streiks gestimmt, obwohl die wichtigste ihrer Forderungen von der Geschäftsleitung nicht erfüllt worden war. Was ist denn passiert?

Am Freitag, den 11.März,kriegts Windscale Besuch von Antony Benn. Labours ‚linkem' Energie-Minister. Der läßt die Streikenden wissen, daß aus 'Sicherheitsgründen' Truppen das KKW-Zentrum besetzen, wenn der Streik sich fortsetzen sollte. Angesichts dieser massiven Drohung, Truppen als Streikbrecher zu benutzen, gaben die meisten Arbeiter nach. Die Regierung konnte das düstere Bild von einem unbestimmten Sicherheitsrisiko gut benutzen, um die Intervention der Truppen zu rechtfertigen. Die Arbeiter akzeptierten das Angebot der Geschäftsleitung von einer einmaligen Zahlung in Höhe von DM 500 und 10 Pf. mehr die Stunde.

Der Windscale-Streik ist beispielshaft für den Kampf, den britische Arbeiter führen gegen den Sozialpakt (Der Social Contract ist ein Pakt, abgeschlossen zwischen der Regierung und der Gewerkschaftsführung, der die Arbeiter verpflichtet, ‚freiwillig' ihre Lohnforderungen zu beschränken). Der Sozialpakt ist das Fundament des Versuches der Labourregierung, den britischen Kapitalismus einigermaßen zu stabilisieren.

Trotz des Sozialpakts und trotz der Lohnleitlinien ist die Anzahl der Streiks in Großbritannien nicht zurückgegangen. Formell wird die Lohnleitlinie anerkannt, aber zahlreiche Streiks haben die Möglichkeit entdeckt, wodurch diese Lohnleitlinie durchbrochen werden kann.

Der Windscale-Streik zeigt dies deutlich. Die Arbeiter von Windscale haben argumentiert, daß sie ein Sonderfall sind, und sagen, daß auf Grund der besonderen Gefahren, denen die Arbeiter im Kernkraftbereich ausgesetzt sind, sie mehr Geld kriegen müssen. Diese Argumentation – wir sind ein Sonderfall – wird dann von Arbeitern in anderen Betrieben, in allen möglichen Wirtschaftszweigen übernommen. In Windscale sind quasi einheitliche Forderungen für alle Arbeiter aufgestellt worden, was die Einheit der Belegschaft während des Streiks ermöglichte. Aber sehr oft – und dies zeigt die Schwäche dieser Taktik –, der jetzige Streik beim British Leyland ist dafür ein Beispiel, wird diese Argumentation von privilegierten Teilen der Arbeiterklasse, hochqualifizierten Facharbeitern etc. benutzt, um die Lohnunterschiede zu Nicht-Facharbeitern beizubehalten. Die Verallgemeinerung dieser Taktik – wir sind alle Sonderfälle – was gleichzeitig eine politische Offensive gegen die Labourregierung bedeuten würde, kommt nicht zustande. Die sectional interests der Arbeiteraristokratie verhindern eine Vereinheitlichung der verschiedenen Widerstandsmomente. Die chronische Schwäche der britischen Arbeiterklasse, ihre Weigerung, politische Schlußfolgerungen aus ihrer praktischen Militanz zu ziehen, wird in einer neuen Variation wiederholt.

ZUM VERSTÄNDNIS VON ARTIKELN ÜBER DIE BRITISCHE ARBEITERBEWEGUNG

Sämtliche Selbstverständlichkeiten, die sich in unseren Köpfen gebildet haben, weil wir hier in der BRD leben, gelten für Großbritannien nicht. Dort wird das Verhalten der Arbeiter durch Gesetz (wie dem Betriebsverfassungsgesetz) weder vorprogrammiert noch geregelt. Wo ähnliche Gesetze existieren, (z.B. aus dem 19. Jahrhundert) werden sie weitgehend ignoriert. 1972 versuchte die damalige konservative Regierung, sowas wie ein Betriebsverfassungsgesetz einzuführen. Die ‚wilden' britischen Arbeiter sollten die Macht des Gesetzes kennenlernen, kurz nach der Verabschiedung im Juli 1972 wurden 5 Docker festgenommen, wegen eines Verstoßes gegen das neue Gesetz. Sofort kam es zu einem spontanen Massenstreik, der fast zum Generalstreik wurde. Arbeiter/innen belagerten das Gefängnis, Londoner Busfahrer blockierten mit ihren Bussen die Straßen vor dem Gefängnis, 5 Tage und 5 Nächte fand ein Volksfest statt, danach sind die Docker freigelassen worden. Damit war das Gesetz de facto gestorben. 1974 ist es aus den Gesetzbüchern verschwunden. Die Gerichte spielen keine Rolle in betrieblichen Auseinandersetzungen (vgl. Erwitte), der Kampf wurde durch die Solidarität der Arbeiter/innen oder durch sein Fehlen, und nicht durch einen Richterspruch entschieden. Wenn ein Betrieb besetzt wird, will keiner wissen, ob es ‚erlaubt' ist oder nicht – was man über die deutsche Arbeiterklasse sagen kann , ‚die wird nie was gegen die Regierung unternehmen, weil es von der Regierung verboten ist,' hat in Großbritannien keine Gültigkeit.

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informations-Dienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Indulis Bilzens

Dazu kommt eine sehr rigide Arbeitsplatzdefinition seitens der Gewerkschaften. Öfter hört man von irgendeinem Großbetrieb, der durch einen Streik von zum Beispiel 10 Ölern lahmgelegt wird. Sogar die deutschen Genossen/innen sagen:

'die spinnen, die Arbeiter!' (Daß England nur ein Teil von Großbritannien ist, vergessen sie!) Was spielt sich bei so einer Auseinandersetzung ab? Die britische Gewerkschaftsbewegung hat sehr früh gelernt, daß man einen Streik brechen kann, wenn man andere Arbeiter an den Arbeitsplatz der Streikenden einsetzt. Deshalb wird jeder Versuch der Unternehmer, einen Streik so zu bekämpfen, mit aller Kraft widerstanden. Wenn ein Unternehmer z.B. Vorarbeiter einsetzen will, um die Arbeit der Öler vorübergehend zu machen, dann streikt meistens die ganze Belegschaft, weil die das als einen allgemeinen Angriff auf alle Arbeiter verstehen. Solidarität ist das oberste Gebot.

Diese Arbeitsplatzdefinition hat aber auch eine negative Seite: Sie wurde von der Arbeiteraristokratie (siehe der jetzige Streik bei British Leyland) benutzt, um ihre Privilegien gegenüber anderen Arbeitern zu verteidigen. Kein Hilfsarbeiter soll durch seine praktischen Kenntnisse zum de facto Facharbeiter aufsteigen können. Der Fachmann sagt, daß die Hilfsarbeiter solche Privilegien gar nicht verdienen. Was für uns hier in der BRD als ein militanter Arbeitersteik erscheint, ist aber ein rücksichtsloser Kampf der qualifizierten Werkzeugmacher, um die Lohnunterschiede zu den Hilfsarbeitern gegen die nivellierende Tendenz der Lohnleitlinie (siehe Windscale Artikel) beizubehalten. Durch den Streik einiger Hunderter Werkzeugmacher entstehen wahnsinnig hohe Lohneinbusen für Tausende von anderen Arbeitern, die den Kampf der Werkzeugmacher mit Recht nicht unterstützen. Nicht jeder Streik ist unterstützungswürdig. Man muß erstmal gucken inwieweit die Forderungen zur Einheit beitragen (siehe Windscale und Bergbauarbeiterstreiks 1972 u. 1974); Die Forderungen der Werkzeugmacher von British Leyland tragen nichts zur Einheit der Belegschaft und zum Abbau der ständischen Interessen bei.

Trotz dieser Einschränkung ist der 'traditionelle' Klassenkampf immer noch die Realität des Alltags in Großbritannien, wogegen er in der BRD durch allgemeinen Konsens als ein altmodisches Überbleibsel der Steinzeit 'abgeschafft' worden ist.

DEMONSTRATION GEGEN DIE KANDIDATUR DER NATIONAL FRONT IM WAHLKREIS STECHFORD

ANMERKUNG ZUR NATIONALFRONT

Die National Front ist die stärkste faschistische Partei Englands. Sie ist offen rassistisch, der zentrale Inhalt ihrer Politik ist, die Hetze gegen Schwarze und indische Immigranten zu schüren. In Städten, wo der Anteil der Immigranten sehr hoch ist, kann die National Front mit der Unterstützung des Teils des weißen Kleinbürgertums rechnen, der sich am unmittelbarsten bedroht fühlt, beispielsweise durch oft vollständige Veränderungen eines Wohnviertels. Dazu kommt häufig eine Hilfeleistung von gelangweilten, arbeitslosen weissen Jugendlichen — natürlich läuft das alles auf einer inoffiziellen Ebene ab, aber es ist jedem klar, daß die rassistische Hetze der National Front die Voraussetzungen schafft für den Versuch dieser weissen Jugendlichen, schwarze, indische Immigranten zu terrorisieren.

Vor vier Monaten sind im Londoner Stadtteil Mile End, wo die National Front aktiv ist, 2 Immigranten von weißen Jugendlichen umgebracht worden. Danach folgten mehrere Brandanschläge (Mollies etc.) gegen Immigranten und organisierte Anti-Faschisten. Die Opposition gegen die National Front wird von Immigranten-Organisationen, der außerparlamentarischen Linken und Teilen der Labour Linken gebildet. In vielen Städten finden nicht nur Demonstrationen statt wie die in Stechford, sondern Selbstverteidigungskomitees wurden gebildet, um die Abwehr der faschistischen Angriffe selbst in die Hand zu nehmen.

BIRMINGHAM
März '77

Rund 2000 Leute demonstrierten am 26. Februar im Wahlkreis Stechford gegen die National Front (NF). In diesem früheren Sitz des rechtsstehenden Labour-Abgeordneten Roy Jenkins (inzwischen Präsident der EG-Kommission in Brüssel) findet in Kürze eine Nachwahl statt. Obwohl der exakte Wahltermin noch nicht feststeht, sind von der NF und anderen rassistisch-faschistischen Parteien vier Kandidaten aufgestellt worden. Aus diesem Anlaß zogen die NF und ihre nahestehenden Gruppierungen am gleichen Nachmittag durch den stark von Farbigen bewohnten Wahlkreis.

Als Antwort auf diese nur als rassistische Provokation zu verstehende Demonstration riefen die farbigen Selbsthilfe-Organisationen zu einer Gegendemo auf, die von zahlreichen linken Gruppen, insbesondere von den in England relativ starken trotzkistischen Gruppierungen unterstützt wurde. Die Labour Party und die Birminghamer 'Arbeiterkammer' (= lokale Dachorganisation sämtlicher Gewerkschaften) lehnten die Teilnahme an dieser Demo aber ab. Stattdessen riefen sie zu einer bereits am Vortag stattfindenden Demo auf, die nur knapp 200 Leute stark war.

Erwartungsgemäß wurden bei den Demos am Nachmittag massiv Bullen eingesetzt, die dafür sorgten, daß es zwischen den Linken und den Faschisten zu keinen Zusammenstößen kommen würde. Tatsächlich lagen die Demos aber so weit auseinander, daß eine solche Konfrontation von vornherein ausgeschlossen war. Bei der Gegendemo gab es lediglich kleinere Zwischenfälle, die auf das provokative Verhalten einzelner Passanten zurückzuführen waren.

Obwohl Stechford als relativ sicherer Labour-Sitz anzusehen ist, kann sich die NF bei der bevorstehenden Wahl eines Stimmenzuwachses ziemlich sicher sein. Hauptargument der Partei ist es, daß die Farbigen für die ökonomischen und sozialen Probleme Großbritanniens verantwortlich seien. Die NF versteht es also, die in diesen verfallenden Vorstadtgegenden wohnenden weißen Arbeiterfamilien gegen die Farbigen aufzuhetzen und sie hat in letzter Zeit mit dieser Taktik einen ziemlich großen Erfolg verbuchen können. Die Spitzenfunktionäre der Partei berufen sich zum Teil ausdrücklich auf 'Mein Kampf' und scheuen nicht davor zurück, mit Hakenkreuz und anderem Nazi-Klimbim fotografiert zu werden.

Zwar reihten sich zahlreiche Farbige und Weiße spontan in die Gegendemo ein, doch es wurde augenfällig, daß die unter solch miserablen Bedingungen wohnenden Weißen mittels faschistischer Argumentationen sehr leicht zu gewinnen sind. Die Gegendemo verstand sich als erster Versuch, die Gefahr eines Stimmenzuwachses für die NF zurückzuschlagen.

SITUATION DER IRISCHEN POLITISCHEN GEFANGENEN

OBERURSEL
5. März

Dieser Aufruf wurde von der Londoner Gefangenenhilfsorganisation „Prisoners Aid Comittee" c/o Drummond Street, London NW 1, veröffentlicht. Über 300 Personen und 60 Organisationen haben ihn bisher unterzeichnet.

„Zur Zeit sind über 80 irische Männer und Frauen in britischen Gefängnissen inhaftiert, deren Bestrafung im Zusammenhang mit ihren politischen Aktivitäten im Konflikt England/Irland steht.
Michael Gaughan, Frank Stagg und Noel Jenkinson sind die Todesopfer, die Isolation und Haftebdingungen bisher forderten. Allein 46 irische Gefangene wurden in den letzten 12 Monaten in Isolationshaft gehalten, gegen ihren Willem, aber angeb-

lich zu „ihrer eigenen Sicherheit". Liam McLarnon hat zwei Jahre seiner Strafe bis heute in Isolationshaft verbracht, andere Gefangene werden mißhandelt und verletzt. Allein in den letzten Monaten wurden über zwanzig Häftlinge in Polizeigewahrsam oder in ihrer Zelle zusammengeschlagen: Arm- und Beinbrüche, Rippenfrakturen, zerschlagene Gesichter ect.
Shane Paul O'Doherty sitzt immer noch in Isolationshaft und darf keinerlei Besuche empfangen, weil er sich aus Protest, nicht in ein irisches Gefängnis überführt zu werden, weigert, die Gefängnisuniform zu tragen.
Weil sie einen über 200 Tage andauernden Hungerstreik mit Zwangsernährung überlebten, und wegen der breiten Solidarität konnten bisher 4 Gefangene nach Irland gebracht werden, darunter die bekannten Price Sisters.
Allen anderen irischen politischen Gefangenen wurde dieses Recht verwehrt. Daher rufen wir alle Individuen und Organisationen auf, die Forderung zu unterstützen, daß alle irischen politischen Gefangenen, die in englischen Gefängnissen mißhandelt werden, die gleichen Rechte bekommen, wie die Kriminellen der Britischen Armee: Das Recht, ihre Strafe im eigenen Land abzusitzen."

Protesttelegramme können an folgende Adresse geschickt werden:
Westdeutsches Irland-Solidaritätskomitee, 637 Oberursel 5, Postfach 35

FASCHISTEN WEITERHIN VOLL IN AKTION

MADRID/FRANKFURT
21. März

In Spanien erschießt und mordet die Guardia Civil und die extreme Rechte weiter, trotz aller 'Demokratisierungs'prozeße - und bleibt dabei ziemlich unbehelligt. Seit der Machtübernahme von Juan Carlos zählt man 48 Getötete die meisten davon im Baskenland. Vor kurzem wurden in Itxaso (Baskenland) zwei Angehörige der ETA bei einer Verkehrskontrolle erschossen, der Dritte wurde verwundet, seine Freundin, eine Krankenschwester, wegen ihrer Beziehung zu ihm festgenommen. Daraufhin kommt es in der baskischen Provinz Guipuzcoa zu zahlreichen Demonstrationen; alle öffentlichen Einrichtungen, die Schulen und Fabriken stehen still, bei einer erwerbstätigen Gesamtbevölkerung von 206 000 streiken 120 000.

In der Altstadt von Pamplona werden Barrikaden errichtet, in San Sebastian ebenfalls, hier kommt es zu harten Zusammenstößen mit der Polizei. In der Provinz Viskaya finden Solidaritätsstreiks statt. Die offizielle Version von einem überraschenden zufälligen Zusammentreffen der Guardia Civil mit den ETA-Leuten wird auch von den Medien in Zweifel gezogen. Einige Tage später stirbt in San Sebastian Jose Luis Aristizabal durch eine 'fehlgeleitete' Hartgummikugel der Polizei; 44 baskische Bürgermeister verurteilen die Gewaltaktionen der Polizei, der totale Streik in der baskischen Provinz hält an. Die Spuren der Mörder des Studenten Arturo Ruiz und der Rechtsanwälte in Madrid führen hin zu der rechtsextremen Organisation Fuerza Nueva und den Christkönigskriegern. Als vermutete Mörder der Rechtsanwälte werden Jose Fernandez Cerra und Carlos Garcia Julia festgenommen; der Auftraggeber soll der Provinzsekretär des faschistischen Syndikats im Transportbereich Madrid sein, Francisco Albadaleja Corradera. Drei andere Verdächtige, die schon mehrmals wegen Attentaten angeklagt waren, aber immer wieder freigelassen wurden, werden festgenommen. Sowohl das Syndikat als auch einige der Verhafteten haben Verbindungen zu Fuerza Nueva, die Polizei vermeidet, den Namen der Organisation auszusprechen. Der als Mörder des Studenten Arturo Ruiz verdächtigte Fernandez Guaza erscheint auf Fotos als vermutlicher Leibwächter des Faschisten Blas Pinar (Boß von Fuerza Nueva).

In Madrid fliegt eine kleine Waffenindustrie auf: kugelsichere Westen, Maschinenpistolen und Zeichnungen für Waffen aller Art werden gefunden. Das Haus in dem die Werkstätte sich befand, war von Nonnen an Christkönigskrieger vermietet worden. Bleibt abzuwarten, ob gegen die offensichtlichen Umtriebe der Faschisten etwas unternommen wird. Bis jetzt verliefen derartige Erkenntnisse im Sand, die Schuldigen verlor man aus den Augen, sie wurden immer wieder freigelassen.

Carrillo, Chef der KP, jedenfalls betont auf einer Pressekonferenz in Gijon (Asturien): 'Wir werden niemals Fuerza Nueva, Falange oder Alianza Popular das Recht absprechen, zu bestehen und für ihre Ideen zu kämpfen . . . .' und meint, daß die Amnestie auch für die Mörder der Rechtsanwälte in der Calle Atocha gelten solle.

Kurzinformationen zur 'Demokratisierung' in Spanien:
Amnestiebestimmung: Freilassung aller von der letzten Amnestie ausgeschlossenen politischen Gefangenen, die keine Körperverletzungen begangen haben, Anwendung von Gnadenmaßnahmen (individuelle Begnadigung, Strafe auf Bewährung) für die übrigen, Erlaß eines Viertels der Strafe für die gewöhnlichen Gefangenen.
Streikrecht: 5 Tage Ankündigungsfrist, im öffentlichen Dienst 10 Tage, Beamte haben kein Streikrecht und können im Streikfall strafrechtlich verfolgt werden. Verbot von Bummel-, rotierenden,- Solidaritäs- und politischen Streiks und Dienst nach Vorschrift.

DAS MUSEUM DES GENERALDIREKTORS IST BESETZT – DIE ARBEITER BEI SCHLUMPF –

MULHOUSE
21. März

Um 5 Uhr in der Frühe drang am 7. März eine kleine Gruppe von Gewerkschaftern in das Automobilmuseum der Gebrüder Schlumpf in Mühlausen (Elsaß) ein. Einige Minuten später stand das Privatmuseum mit seinen 584 Oldtimern offen für die Frühschicht der naheliegenden Fabrik Gluck. Im Laufe des Tages kamen die Arbeiter der Fabrik in Malmerspach mit Bussen zur Besichtigung.
„Wir bekommen, was uns zusteht", meinten die Arbeiter. Sie liefen ein bißchen überrascht durch die Säle im Stile Ludwigs 16, mit den dick bedeckten Teppichbäden des Museums.
„Wir waren etwas verblüfft," sagte ein Arbeiter, „Wir waren schon auf etwas Außergewöhnliches gefaßt, aber nicht auf so etwas." In dem seit 1964 existierenden Museum stehen Wagen, von denen einige einmalig in der Welt sind: Mercedes von hohen Nazi-Funktionären, „Königliche" Bugattis, Talbot, Hispano-Suiza. . . , alles Autos, die von etwa 50 Mechanikern geputzt und instand gehalten wurden.

„Dieses Museum ist unseres, es ist das Ergebnis unserer Arbeit", so benachrichtigten die CFTD-Gewerkschafter und die Mitarbeiter der ehemaligen Schlumpf-Gruppe die Presse über die Besetzung.

Zwei Wochen später arbeiten die Schlumpf-Arbeiter weiter in den Spinnereien und halten die Besetzung des Museums aufrecht. Schon 30 000 erstaunte Besucher (auch aus der BRD und der Schweiz) sahen den „elsäßischen kulturellen Bestseller", wie man in Mühlhausen das Schlumpf-Museum inzwischen nennt, das bisher einer breiten Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Ganze Schulen samt Lehrerkollegium werden von den CFDT-Gewerkschaftern empfangen, die alle Besucher zu Beginn des Besuches an die Tatsache erinnern, daß das Museum „der Besitz der Arbeiter ist" und „eine Lektion über den Kapitalismus. Das ist der Baum, der den Wald verdeckt: was sie hinter diesen 500 Autos sehen müssen, das ist der Schweiß der Arbeiter aus den Spinnereien. 13 000 Arbeiter, die für ihren Arbeitsplatz kämpfen." Die Schlumpf-Arbeiter haben nun vor jedem Wagen – eine Art Verfremdungseffekt–

ein Schild mit dem Namen, Vornamen und Gehalt einer Arbeiterin und eines Arbeiters der Fabrik angebracht.

Bereits am 29.9. letzten Jahres besetzten rund 500 Arbeiter der Spinnerei in Malmerspach das Grundstück der Familie Schlumpf und ließen diese nicht aus ihrem Haus heraus. „Wir werden unsere Chefs erst dann wieder freilassen, wenn sie uns über ihre Machenschaften aufklären und sich bereitfinden, uns durch ihre private finanzielle Hilfe aus der Notlage, in die sie uns gebracht haben, herauszubringen.", erklärten die Arbeiter damals (s. ID 147). Der wolleverarbeitende Schlumpf-Konzern mit seinen 4 Fabriken und den ca. 2000 Angestellten war bereits damals finanziell am Ende. Jahrelang hatten die Gebrüder Schlumpf das Geld aus den Spinnereien veruntreut, um damit ihren Fanatismus für alte Autos zu pflegen. „Jetzt verstehe ich, was mit den Altersprämien passiert, die ich nie bekommen habe", sagte ein Arbeiter, der seit 30 Jahren in dem Werk von Mulhouse arbeitet.

Am 2. März 1977 verkündete die Handelskammer endlich in Mulhouse die Erweiterung der Rechtsregelung auf das Privatvermögen der Gebrüder Schlumpf, das auf 100 Millionen Franc geschätzt ist. „100 Millionen", sagt die CFDT, „das dürfte reichen, um die Arbeitspätze zu sichern."

Außerdem erging eine Aufforderung an die Gebrüder Schlumpf, die sich in der Schweiz aufhalten, vor Gericht zu erscheinen.

Inzwischen erfolgte die Gegenreaktion der Gebrüder, die natürlich alles daran setzen, um von der Schweiz aus ihr Museum wiederzubekommen. Sie beantragten beim Gericht eine einstweilige Verfügung gegen die verantwortlichen CFDT-Gewerkschafter, um die Arbeiter aus dem Museum zu vertreiben. Die richterliche Entscheidung ist verschoben worden (die CFDT hatte eine längere Vorbereitungszeit zur Verteidigung beantragt).

Die regionale Gewerkschaftsvertretung unterstützt weiterhin die Besetzer: „Die Besetzung des Museums ist nur eine legitime Reaktion auf die Unzulänglichkeit des Unternehmerrechts, das oft genug das Recht auf Anstellung unterdrückt und den Arbeitern keine Kontrolle über die Früchte ihrer Aktivitäten erlaubt." Die CFDT und die PS wollen das Museum übrigens in ein „Volksmuseum des Automobils" verwandeln.

Was die industri e Lösung für die Schlumpf-Fabriken angeht, so ist auch hier die Entscheidung vertagt worden. Eine Reihe von Kreditgebern der Schlumpfs, die natürlich alles daran setzen, ihr Geld zu kriegen, widersetzten sich der Forderung des Rechtsverwalters, ein Darlehn von 12 Millionen Franc (das die Gehälter garantieren soll) zu gewähren, um den drei Fabriken wirtschaftlich wieder auf die Beine zu helfen.

Ein anderer Vorschlag zur Sanierung der Schlumpf-Gruppe erfolgte von der CFDT, die nach einem Treffen mit einer Delegation des europäischen Gewerkschaftsbundes erklärte: „„Der europäische Sozialfond könnte sich an der Finanzierung beteiligen, falls die Regierung oder der Landrat es fordern würden." Die CFDT ist erstaunt, daß bis heute weder die Regierung noch der Landrat eine solche Forderung gestellt hat. Um die Sache zu beschleunigen, wird die Gewerkschaft beim Ministerium und beim Landrat intervenieren, „damit die angebotenen Möglichkeiten genützt werden."

Der Beschluß, die Entscheidung über die Bewilligung des Darlehns bis zum 23. März rauszuschieben, kommt der CFDT einer klaren, einfachen Sabotage des Plans der Wiederbelebung der Schlumpf-Fabriken gleich. Wartet man auf die Woche nach den Kommunalwahlen, um zum entscheidenden Schlag auszuholen?

aus: Liberation

ÜBER DIE OFFIZIELLE GESCHICHTSSCHREIBUNG NACH DEN AUSEINANDERSETZUNGEN IN BOLOGNA/ROM

17. – 23.März 77 / Bologna

Eine knappe Woche nach den militanten Auseinandersetzungen auf die Ermordung Francesco Lo Russos hin, werden die ersten der insgesamt 130 Verhafteten im Schnellverfahren verurteilt. Ein Genosse, der eine nicht explodierte Tränengasgranate der Polizei in der Tasche hatte, wird zu 1 Jahr und 6 Monaten auf Bewährung verurteilt, wegen „porto di arma da guerra" (Führen von Kriegswaffen). Die beiden anderen kriegen 2 Jahre und 8 Monate ohne Bewährung. Einer der beiden hatte bei seiner Verhaftung eine Kette (zum Abschliessen des Mopeds) bei sich. Er war bei der Festnahme und hinterher so verprügelt worden, daß er auf einer Bahre in den Gerichtssaal getragen werden mußte. Die Anwälte der Verurteilten wurden erst kurz vor dessen Beginn zum Prozeß in Kenntnis gesetzt und hatten zur Vorbereitung 2 Stunden Zeit.

Nachdem inzwischen so gut wie klar ist, daß der Mörder von Francesco Lo Russo von Polizei und Carabinieri gedeck wird, wird der Öffentlichkeit eine infame Theorie über den/die wirklichen Schuldigen präsentiert, die von Polizei und Justiz zusammengebastelt und in erster Linie von der PCI-Zeitung ‚Unita' weiter kolportiert wird:
Unita-Überschrift vom 18.März:
„Es gab Leute, die die Unruhen in der emilianischen Provinzhauptstadt vorhergesehen hatten. Die Untersuchungen bestätigen: es handelte sich um einen vorausberechneten Plan." – Untertitel: „Einer der Verhafteten von Radio Alice hatte eine Zeitung gedruckt und während der Unruhen verbreitet, die dazu aufrief ‚den Staat zu zerstören' – Verbindungen mit dem ‚Collettivo via dei Volsci'".

Das Manöver sieht folgendermaßen aus: Zunächst wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von dem Polizisten der auf F.Lo Russo geschossen hatte, abgelenkt; es gibt nämlich einen Carabiniere, der auch in den Auseinandersetzungen geschossen und dies selbst zugegeben hat. Dessen Pistole hatte jedoch ein anderes Kaliber als die tödliche Kugel. Was nur noch nebenbei erwähnt wird, er hat an einer ganz anderen Stelle der Stadt geschossen. Was jedoch für das Manöver wichtig ist: es gibt einen unschuldigen Carabiniere. An diesem Punkt wird nun ein ‚schuldiger' Zivilist aufgebaut. Einer der Zeugen hat nämlich am fraglichen Ort einen Zivilisten mit einer Pistole gesehen, der möglicherweise auch geschossen hat. Und warum sollte eigentlich dieser Zivilist nicht ein Linker gewesen sein, der als Provokatuer aufgetreten ist. Denn, so hat man herausgefunden, die Linken hatten ein Interesse daran, daß es zur Guerriglia kommt. Als Zentrum der Provokation wird nun das Collettivo via dei Volsci, die organisierten Autonomisten in Rom, aufgebaut, und es werden Verbindungen zu den Bologneser Genossen von Radio Alice und den Zeitungen ‚A Traverso' und ‚La Rivoluzione' hergestellt. Es wird der Öffentlichkeit suggeriert, daß in einer großangelegten Aktion der Achse der Provokation Rom-Bologna zunächst von Bologna aus über die Zeitung ‚La Rivoluzione' das Klima für den Bürgerkrieg angeheizt worden sei und dann die Genossen der via dei Volsci, die in der bürgerlichen Presse der letzten Woche als Bande schießwütiger Verbrecher dargestellt wurden, in Aktion getreten seien. Nicht gesagt, aber angedeutet wird, daß einer von ihnen der Mörder gewesen sei.

Als Kontaktmann in Bologna wird jetzt Franco Berardi, genannt ‚Bifo', verfolgt, von dem bekannt ist, daß er Mitarbeiter von Radio Alice und A/Traverso war und der als Verantwortlicher für die Zeitung ‚La Rivoluzione' be-

trachtet wird. Gegen ihn ist inzwischen Haftbefehl erlassen worden, wegen Aufforderung zu strafbaren Handlungen (3 bis 7 Jahre) und subversiver Vereinigung (5 bis 12 Jahre).

Die Infamie dieser Kriminalisierungsversuche läßt es fast überflüssig erscheinen, über das tatsächliche Verhältnis der Bologner Genossen zu denen von via dei Volsci aufzuklären: erste hatten in eben der von der staatlichen Reaktion und PCI inkriminierten Ausgabe von ‚La Rivoluzione' geschrieben: ..Die Restauration der paranoiden Szenerie der Politik, mit ihrem ganzen Arsenal von Aggressivität, Volontarismus und Ver-drängung läuft Gefahr, die Realität, das Existente, die Revolte abzuwürgen und zu ersticken, die Revolte, die aus der Veränderung des Alltäglichen und dem Bruch mit den Zwangsmechanismen entsteht. — Aber das Obszöne kommt wieder hervor und fegt die Bühnen der Politik weg: die der institutionellen Leichen und die der Militanz-Paranoiker".
(Mit institutionellen Leichen sind in erster Linie die Genossen der Pdup gemeint, mit ‚Militanzparanoiker' die Gruppen der organisierten Autonomia, in Rom das Collettivo dei Volsci).

Diese politischen Differenzen innerhalb der ‚area dell autonomia' (Autonomistenscene), die besonders stark auf der nationalen Versammlung der streikenden Studenten in Rom vom 26./27.2. (siehe ID 168,S.25) offen aufbrachen und die [illegible]ürlich mit Freuden auch von der bürgerlichen Presse aufgegriffen worden sind, dürften den italienischen Staatsschützern hinreichend bekannt sein. Aber die Herren wissen eben auch, daß der kreative Zweig der autonomia (Radio Alice, A/traverso, La Rivoluzione, die indiani metropolitani etc.) der stärkste und deutlichste Ausdruck der neuen Studenten/Arbeitslosenbewegung ist. Jetzt soll (das Manöver ist nicht neu) die ganze Bewegung kriminalisiert werden, indem erst ihr militantester Teil, die organisierte Autonomia versucht wird, zu isolieren und zu kriminalisieren, und dann der ganze Rest unterschiedslos damit identifiziert wird.

Inzwischen beginnt die Kampagne gegen die Schließung der beiden Bologneser Radiosender und gegen die Drohungen Cossigas, noch weitere zuzumachen. In Rom sind innerhalb kürzester Zeit bereits 10 000 Unterschriften gesammelt worden. Bifo, der sich vor der drohenden Verhaftung noch rechtzeitig aus dem Staub machen konnte, hat in einem Brief an die Presse erklärt:

„Radio Alice hat nichts anderes getan, als die Bewegung zu Wort kommen zu lassen, als Telefonanrufe in Direktüber[illegible]ung zu senden. (Dem Sender war nämlich vorgeworfen worden, er habe zum Molli-Schmeißen aufgerufen, Anm.D.R.) Aber inzwischen wird versucht, die ganze Bewegung zu treffen, indem eines ihrer Informationsinstrumente getroffen und kriminalisiert wird. (...) Ich habe weder Komplotte gebildet noch Verbindungen gehalten, noch organisiert. Ich habe versucht, eine unaufhaltsame Tendenz auf die Befreiung hin zu verstehen und sie formulieren. Für die Idiotie der Macht heißt das Organisierung eines Komplotts, wenn diese Tendenz auf den Begriff gebracht wird."

JAHRESTREFFEN VON LOKALEN SELBSTHILFEGRUPPEN AUS GANZ EUROPA

KOPENHAGEN 22. März

Im Freistaat Christiania findet vom 20. — 28. Mai das Community-Action-Symposium statt.
Im letzten Jahr wurde in Dalarö beschlossen, daß man in Zukunft jährliche Treffen für europäische Actionsgruppen abhalten sollte, die sich Entwicklungen und Entscheidungen wiedersetzen, die die Lebensbedingungen in verschiedenen Land- und Stadtgebieten verschlechtern.

Trotz Unterschieden in den direkten Zielsetzungen haben diese Gruppen oft gemeinsam, daß sie aus Leuten in einer ziemlich machtlosen Position bestehen, die versuchen, die wenigen Rechte, die sie haben, so effektiv wie möglich zu nutzen. Das, wogegen diese Gruppen kämpfen, kann meistens auch auf die gleichen Ursachen zurückgeführt werden:

- private Bodenspekulation, die zur Zerstörung örtlicher Gemeinschaften und zu Zwangsräumungen und Polarisierung in den Städten führt,
- unverantwortliche Entwicklungspläne von nationalen oder örtlichen Behörden,
- Manöver von transnationalen Konzernen zur Monopolisierung der Märkte (z.B. Verkapitalisierung der westeuropäischen Landwirtschaft mit Landflucht und Millieuverschlechterung als Folgen),
- undurchdachte, menschenfeindliche technologische Entwicklung (z.B. Einführung und Ausbau von Atomenergie ohne Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Konsequenzen, oder massiver Gebrauch von Chemikalien in der Landwirtschaft).

Ziel des Symposiums (Erfahrungsaustausch) soll sein:

- welche Ziele haben sich die Gruppen gesetzt, welche Strategien und Methoden haben sie angewandt, um ihre Ziele zu erreichen?
- wie haben die Gruppen die Menschen, deren Probleme sie aufgreifen, einbezogen und aktiviert?

Nähere Informationen sind zu bekommen über: „Community Action", Dronningensgade 14, Kopenhaben K., DK 1420 Dänemark, Tel. (o1) 579357.

MINDERHEITEN—CHARTA IN ÖSTERREICH

WIEN März 77

Über das österreichische Informationsblatt 'Götz von Berlichingen' bekamen wir folgende Nachricht:

'In den nächsten Tagen werden die Unterzeichneten u.a. bei der Vereinsbehörde die Gründung des Vereins 'Charta verfolgter und benachteiligter Minderheiten' anmelden und die Statuten einreichen.

Es scheint nicht allgemein bekannt zu sein, daß es nicht nur in Diktaturen, Volksdemokratien usw. benachteiligte und von Bürokraten verfolgte Minderheiten gibt, sondern auch in einem Sozialstaat wie Österreich.

Zu den verfolgten und benachteiligten Minderheiten zählen nicht nur Arme sondern Klein- und Kleinstgewerbetreibende, Bergbauern, kinderreiche Familien, Klein- und Schrebergärtner sondern noch viele, viele andere kleine Gruppen. So z.B. auch Leute die für die 'ARENA'-Bewegung eintraten, Alt- und Kleinstrentner, Invalide, Senioren usw. selbst Kinder, und im Geschäft mittätige Ehegattinnen.

Kampfziel der 'Charta verfolgter und benachteiligter Minderheiten' soll u.a. sein: Zusammenschluß aller Minderheiten-Aktionen gegen Übergriffe der Bürokratie und des Amtsschimmels - Aufzeigen und Abwehr von Benachteiligungen - Sammlung von Informationen und Berichten - Archivierungen - Zusammenstellung von Dokumentationen und Verbreitung dieser an Massenmedien, Politiker, Persönlichkeiten im In- und Ausland.

Emmerich und Elisabeth Selinger, A 1234 Wien, Ketzergasse 26/15/4 Tel: 67-15-87

(*Nr. 170*)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

D 1870 CX

Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

!?!

Achtung, liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !?! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen — sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !?!

Nummer des Abonnements | **bezahlt bis ID-Nummer** | **Exemplare**

Bei Nichtaushändigung den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

WAS GESCHIEHT MIT 'EHEBRECHERINNEN' IN SPANIEN?

MADRID 21.März Vor dem Frauengefängnis Yeserias in Madrid demonstrierten am Sonntag, dem 13.März 200 Feministinnen gegen die bestehenden,für Frauen diskriminierenden Artikel des Strafgesetzes und für eine Amnestie der Frauen, die davon betroffen sind.

'Dank' dem Gesetz „gegen soziale Gefährlichkeit" können in Spanien Frauen, die das väterliche oder eheliche Haus verlassen, Frauen, die Ehebruch begangen oder abgetrieben haben, die ein „schluddriges Sexleben" führen, die sich prostituieren oder drogenabhängig sind, eingesperrt werden. Eine Frau ist erst ab 23 Jahren volljährig, verläßt sie die Familie vorher, so kann der Vater sie verklagen. Für vermuteten (!) 'Ehebruch'schon kann die Ehefrau mit bis zu sechs Jahren Gefängnis bestraft werden. Der Mann hingegen macht sich nur dann schuldig, wenn sein Ehebruch nachweislich in der gemeinsamen Wohnung der Ehepartner vollzogen wurde.

Erst 1962 wurde ein Gesetz eingeführt, nach dem ein Mann bestraft werden kann, wenn er seine Frau, die Ehebruch begangen hat, ermordet (!). Da es in Spanien keine Scheidung gibt, ist jede Frau, auch wenn ihr Mann sie längst verlassen hat, auf dessen Gnade und Toleranz angewiesen, da dieser sie jederzeit denunzieren und Gefängnisstrafe für sie beantragen kann (da der Ehebruch ja auch nur vermutet zu werden braucht). Diese Gesetze stehen nicht nur auf dem Papier, sie werden zu haarsträubender Wirklichkeit:

Am 24.November wurden in Madrid eine verheiratete Frau und ihre Freund zu je sieben Monaten Gefängnis verurteilt — wegen 'Ehebruchs'. Zusätzlich mußten sie eine Geldstrafe von 50 000 Pesetas an den 'beleidigten' Klärger — den Ehemann — bezahlen. Er hatte sechs Jahre Haft und nicht weniger als 5 Mio. Pesetas (200 000 DM) gefordert. In Pontevedra (Galizien) wurde ein anderes 'Ehebrecher'-Paar am 30.November zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.
Die erste massive Protestbewegung gegen diese Zustände löste der Prozeß gegen eine 'Ehebrecherin' im Oktober 1976 in Zaragoza aus. Eine Frau, die von ihrem Mann getrennt lebte und mit einem Freund in Urlaub gefahren war, wurde von ihrem Ehemann verklagt. Die Frau wurde auf den Druck von Frauengruppen und einer alarmierten nationalen Öffentlichkeit hin (15 000 Unterschriften) freigesprochen.

In Barcelona erregte Ende 76 ein neuer 'Fall' die Öffentlichkeit. Die 29jährige Angeles Munoz wurde 1970, kurz nach der Geburt ihrer Tochter, von ihrem Ehemann verlassen. In der Folgezeit ließ er sich kaum blicken. Als Angeles sich jedoch mit einem anderen Mann anfreundete, klagte sie der Ehemann wegen Ehebruch an.
Der Richter bestimmte, Frau Muno müsse das Kind, für das sie nun 6 Jahre lang gesorgt hatte, an die Eltern des Ehemanns geben. Frau Munoz weigerte sich; an ihrer Stelle erschienen vor Gericht, wo das Kind übergeben werden sollte, 500 Frauen von den Frauengruppen, den Nachbarn- und Hausfrauenvereinigungen. Auf Transparenten protesierten sie gegen die Ehebruchgesetze, viele unter ihnen trugen grosse Umhängeschilder mit der Aufschrift: ich bin auch Ehebrecherin. Die Demonstrantinnen riefen: Nieder mit dem Männerkult! Sein Heim ist dein Gefängnis, Frau! Amnestie für die Frauen!
Das Gericht gab jedoch nicht nach. Angeles mußte, abgeschirmt von der gesamten Nachbarschaft, mit ihrem Kind untertauchen, um dessen Auslieferung zu verhindern.

Obwohl die Frauenbewegung in Spanien nach 40 Jahren Faschismus (und Machismus, der damit h e r r lich harmonisiert) relativ unterentwickelt ist, sind konkrete Anläße von Diskriminierung vielleicht schneller hier als sonstwo Aufhänger für eine sich ausbreitende Bewegung. Im Falle von Angeles Munoz zeigt die rasche Solidarisierung und Identifizierung, die in großen Demonstrationen und einer Kirchenbesetzung gipelten, davon, daß ein Funke hier schnell zur Explosion und Bewußtwerdung von Unterdrükkung führen kann. Der Nährboden ist nach Jahrzehnten total er Rechtlosigkeit, Frauenverachtung und -demütigung bestens gegeben.